

4. HEFT / APRIL 1906

JULIUS FRÄSSDORF · DIE DEUTSCHE UNFALL- UND INVALIDENVERSICHERUNG NACH IHREN NEUESTEN RECHNUNGSERGEBNISSEN

VOR kurzem sind dem Reichstag die Ergebnisse unserer Unfall- und Invalidenversicherung in dem Jahre 1904 vorgelegt worden. Sie bieten dem Sozialpolitiker eine Fülle des Interessanten und Beachtenswerten, wovon im nachfolgenden einiges wiedergegeben und besprochen werden soll.

Beginnen wir mit der Unfallversicherung.

Die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen betrug bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften und bei den Ausführungsbehörden 8 686 944. gegen das Vorjahr ein Mehr von zirka 410 000. Unter diesen Versicherten sollen sich ungefähr $1\frac{1}{2}$ Millionen befinden, welche, weil teilweise auch in der Landwirtschaft beschäftigt, auch dort mitgezählt werden. Immerhin lässt die ausserordentliche Erhöhung der Zahl der in der Industrie Tätigen eine steigende Beschäftigung unserer Industrie erkennen. In der Landwirtschaft sollen durchschnittlich 11 189 071 Personen versichert sein; diese Zahl hat, da sie schon im Jahre 1895 bei der Berufsstatistik ermittelt wurde, keinen Anspruch auf Genauigkeit. Es dürften aber insgesamt zirka 18 500 000 Personen der Unfallversicherung unterliegen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, sowie den Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden werden die Vollarbeiter ermittelt, indem man auf einen Versicherten 300 der festgestellten Arbeitstage auf ein Jahr rechnet. Auf diese Weise wurden 7 496 516 Vollarbeiter festgestellt, 341 810 mehr, als im Vorjahre.

Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle betrug 583 965, gegen 530 507 im Vorjahre. Erstmals zur Entschädigung kamen — im allgemeinen solche, die eine mehr als 13wöchige Erwerbsschädigung im Gefolge hatten — 137 673 Unfälle, gegen 129 375 im Jahre 1903. 3961 dieser entschädigungspflichtigen Unfälle betrafen jugendliche Personen unter 16 Jahren. Dauernd völlig er-

werbsunfähig wurden 1604 Versicherte, eine Steigerung von 66 gegen das Vorjahr. Die Zahl der dauernd erwerbsunfähigen Verletzten ist relativ fortgesetzt gefallen. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man annehmen, dass dieses Ergebnis schärferen Massnahmen zur Verhütung von Unfällen allein zu danken sei; vielmehr hat die *praktische Rechtsprechung* der Schiedsgerichte, der Landesversicherungsämter und des Reichsversicherungsamts die Zahl der völlig Erwerbsunfähigen dauernd gesenkt, indem man die Leute immer mehr als Teilrentner deklarierte, ohne Rücksicht darauf, dass sie nach schwerem Unfall auf dem Arbeitsmarkte meist keine Arbeitsgelegenheit mehr finden.

Der Regierungsrat im Reichsversicherungsamt Dr. Klein machte im Jahre 1904 für die gewerblichen Berufsgenossenschaften folgende Angaben über die Unfallfolgen (bei 100 Verletzten):

Jahr	Erste Beurteilung (etwa ein Jahr nach der Feststellung der ersten Entschädigung)				Abgeschlossene Beurteilung (etwa nach 4 bis 5 Jahren)			
	Tod	Dauernde Erwerbsunfähigkeit		Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Dauernde Erwerbsunfähigkeit		Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit
		völlige	teilweise			völlige	teilweise	
1886	24,91	15,92	38,88	20,29	25,89	3,50	39,65	30,96
1887	18,51	17,70	50,88	12,91	19,49	3,11	46,98	30,42
1888	15,65	10,03	54,60	19,72	16,68	3,25	50,67	29,40
1889	15,14	10,43	57,24	17,19	15,93	2,80	52,21	29,06
1890	13,62	7,08	61,01	18,29	14,22	2,30	55,63	27,85
1891	12,85	5,55	61,79	19,81	13,39	2,06	56,20	28,35
1892	11,47	5,26	63,07	20,20	12,05	2,12	56,28	29,55
1893	11,51	4,42	63,33	20,74	12,24	2,01	51,54	34,21
1894	10,48	2,61	61,06	25,85	11,04	1,85	51,81	35,30
1895	10,80	2,31	57,26	29,63	11,40	1,65	49,69	37,26
1896	10,48	1,54	52,55	35,43	11,02	1,48	47,69	39,81
1897	10,18	1,50	50,90	37,42	10,71	1,33	47,09	40,87
1898	10,28	1,20	49,79	38,73	10,77	1,24	45,96	42,03
1899	9,71	1,18	48,47	40,64	10,24	1,10	45,46	43,20
1900	9,88	1,15	47,95	41,02
1901	8,97	1,07	47,11	42,85
1902	7,98	1,06	46,61	44,35

Die Durchschnittsrente der Unfallverletzten ist fast durchweg gefallen; sie betrug auf einen entschädigungspflichtigen Unfall im Jahre 1887 237,17, 1891 189,68, 1901 150,47 und 1904 151,47 Mark. Die Zahl der im Berichtsjahre an Folgen von Betriebsunfällen Verstorbenen stieg auf 8752, das ist die höchste bisher festgestellte Zahl. Seit 1886 starben 123 322 Personen an Unfallfolgen. 36 473 wurden vollständig, 707 743 teilweise und 548 190 vorübergehend erwerbsunfähig; die innerhalb 13 Wochen Geheilten sind dabei nicht mitgezählt. Gegenwärtig beziehen neben den Hinterbliebenen Getöteter 834 815 Unfallverletzte Renten. Für Verletzte und Hinterbliebene wurden im Jahre 1904 126 641 740 Mark verausgabt. Dass die Betriebsunfälle zum grossen Teil auf nicht vorhandene oder nicht beachtete Schutzeinrichtungen zurückzuführen sind, ist allgemein bekannt. Es ist geradezu unverständlich, auch vom wirtschaftlichen Standpunkt der Genossenschaften aus, dass diese nicht viel mehr für Unfallverhütung aufwenden; denn nichts kann für sie rentabler sein, als die Unfallverhütung. Aber freilich, die Unternehmer sollen durch die Kontrollbeamten nicht *überlaufen*, nicht *belästigt* werden, und um sie nicht zu

verschnupfen — andere Gründe kann man nicht einsehen — lässt man den alten Schlendrian bestehen.

60 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit zirka 600 000 Betrieben und den vielen Hoch- und Tiefbauten haben 235 technische Aufsichtsbeamte, und bei der gesamten Landwirtschaft mit 11 189 000 Versicherten sind ganze 11 Aufsichtsbeamte tätig. Da ist es nicht verwunderlich, dass bei der relativ weniger gefährlichen Landwirtschaft die Unfallziffern steigen und prozentual denen in der Industrie immer näher kommen. Diese technischen Beamten sind ausserdem noch zu einem wesentlichen Teile mit der Kontrolle der Rentner zum Zwecke der Rentenherabsetzung und mit der Revision der Lohnbücher beschäftigt. Daraus ist zu ersehen, dass die scharfe Rüge, die Graf Posadowsky im Winter 1903-1904 den Genossenschaften, besonders den Baugewerksberufsgenossenschaften, wegen ungenügender Kontrolle der Betriebe erteilte, sehr wenig Wirkung hatte. Die Unternehmer fassten die Sache anscheinend mehr als Theaterdonner auf. Eine durchgreifende erfolgreiche Unfallverhütung wird sich nur dann erzielen lassen, wenn unabhängige Arbeiter an der Betriebs- und Bautenkontrolle umfangreich beteiligt sind. Freilich, wo bliebe da der *Herr im eigenen Hause*?

Zu bemängeln ist auch, dass die Berufsgenossenschaften nicht bereits vor Ablauf der 13. Woche die Behandlung der Unfallverletzten viel häufiger übernehmen und aus ihren viel grösseren Mitteln deren sachgemässere Behandlung herbeiführen, als sie vielen, besonders kleinen Krankenkassen, zu leisten möglich ist. Hier versagen die Berufsgenossenschaften leider meist zu ihrem Schaden und besonders zu dem der Versicherten. Wenn in den Genossenschaften Arbeitervertreter bei Gewährung von Heilbehandlung und Festsetzung der Renten mitwirkten, würde nach dieser Hinsicht vieles besser sein, und die berechtigten Klagen würden mehr und mehr zurückgehen.

Die Unfalluntersuchungen und Feststellungen der Entschädigungen erforderten 4 067 261 Mark. Hierunter fallen die sehr reichlichen Arzthonorare für Untersuchungen bei Rentenherabsetzungen und dergleichen. Das Streitverfahren vor den Schiedsgerichten verursachte 1 758 083, das vor dem Reichversicherungsamt 27 730 Mark Kosten. Für Überwachung der Betriebe, Erlass von Unfallverhütungsvorschriften und Rettung Verunglückter wurden 1 135 126 Mark ausgegeben: eine lächerlich kleine Summe im Verhältnis zum Umfange der Versicherung. Von dem Rechte, Verletzte mit ihrer Zustimmung in einem Invalidenhaus oder dergleichen unterzubringen, ist nur sehr wenig Gebrauch gemacht worden. Für 14 Personen wurden zu diesem Zwecke 2810 Mark verausgabt. Wenig erfreulich ist es auch, dass 2945 inländische Rentenempfänger sich mit einem Betrage von 1 041 248 Mark für alle Zeiten abfinden liessen. Das kann bekanntlich nur unter Zustimmung der Verletzten bei Renten bis zu 15 % geschehen. Die abgefundenen Rentenempfänger haben nie wieder, auch bei Verschlimmerungen nicht, Anspruch auf Rente.

Die Lohnsumme, welche der Unfallversicherung zu Grunde liegt, ist nur bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften festzustellen. Sie beträgt dort bei 6 868 496 Vollarbeitern 6 538 304 011 Mark, oder pro Kopf 951,93 Mark. Freiherr von Rheinbaben hätte also, wie man sieht, keinen Grund, die Lage der Arbeiter so rosig darzustellen. Dabei ist aber zu bemerken, dass einerseits der Betrag, den ein Versicherter über 1500 Mark pro Jahr verdient, nur

mit einem Drittel in Anrechnung gebracht ist, andererseits freilich die Löhne jugendlicher Versicherter oder schwacher Personen mit dem ortsüblichen Tage-lohn erwachsener Arbeiter respektive Arbeiterinnen in Ansatz gebracht sind. Bei der Land- und Forstwirtschaft werden der Versicherung fixierte Jahres-arbeitsverdienste zu Grunde gelegt, die für männliche erwachsene Personen bis auf 300 Mark und für weibliche erwachsene Arbeiterinnen auf 180 Mark heruntergehen, oder auf 1 Mark respektive 60 Pfennig pro Tag. Wenn in solchen Fällen Versicherte durch Unfall vollständig erwerbsunfähig werden, so erhalten sie eine Jahresrente von 200 respektive 120 Mark. Unter diesen Um-ständen zeugt es sicher nicht von sozialpolitischem Verständnis, wenn, wie dies im preussischen Abgeordnetenhaus geschehen, Konservative, Liberale und Klerikale die Teilrenten bis 20 % ganz in Wegfall gebracht sehen wollen. Im Reichstage freilich behält man solche Pläne — obwohl sie auch dort vorhanden sind — vorsichtigerweise mehr für sich.

Die Klagen der Unternehmer über die angeblich unerschwinglichen Lasten sind ganz unangebracht. Der Direktor des reichsstatistischen Amtes Dr. Zacher sagte im Jahre 1904: »Für die Unfallversicherung berechnet sich der Beitrag nach dem Prämierendurchschnittsverfahren im Gewerbe auf 12,36 Mark, in der Landwirtschaft auf 2,54 Mark und im Durchschnitt auf 6,08 Mark für jeden Versicherten. Die Beitragslasten der gesamten Arbeiterversicherung im Jahresdurchschnitt stellen sich, wie folgt:

Art der Versicherung	Arbeit- geber Mark	Arbeit- nehmer Mark	Reich Mark	Zusammen Mark
Krankenversicherung	5,15	10,30	—	15,45
Unfallversicherung	6,08	—	—	6,08
Invalidenversicherung	4,65	4,65	2,88	12,18
zusammen	15,88	14,95	2,88	33,71

Bei durchschnittlich 300 Arbeitstagen bezahlt hiernach der Arbeitgeber für einen Beschäftigten jährlich 15,88 Mark oder pro Tag zirka 5,3 Pfennig. Natürlich fällt und steigt dieser Betrag, je nachdem die Beschäftigten an den Versicherungszweigen beteiligt sind und nach der Gefahr des Betriebes und der Höhe des Lohnes. Die Lasten der Arbeiterversicherung sind also keineswegs für die Unternehmer besonders drückend, dagegen sind diese von der Haftpflicht befreit, die vorher für den einzelnen allerdings sehr fühlbar war. Übrigens, soweit die Sozialreform die Lage der Arbeiter hebt, kommt das auch den Unternehmern zu gute. Haben doch zum Beispiel selbst die Unternehmer der chemischen Industrie es direkt zugegeben, dass ihnen die Eroberung des Weltmarktes nur möglich wurde — nach Einführung der Arbeiterversicherung. Wenden wir uns jetzt zur Invalidenversicherung.

Die Zahl der Versicherten lässt sich hier nicht genau feststellen, nur die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge lässt einen Schluss darüber zu. Es dürfte danach zirka 14 000 000 Versicherte geben. Als Träger der Versicherungen dienen 31 Versicherungsanstalten und 9 Kasseneinrichtungen, welche letztere für Eisenbahn- und Bergwerksbetriebe errichtet respektive zugelassen sind. Im Jahre 1904 wurden 596 463 642 Wochenbeiträge entrichtet, das sind 21 125 619 mehr, als im Vorjahre. 1903 war aber schon eine Steigerung von

24 118 395 zu verzeichnen. Auch hier lässt die fortgesetzte Steigerung auf eine Besserung des Arbeitsmarktes schliessen.

Die Versicherten sind nach Lohnklassen eingeteilt; bis zu 350 Mark Jahresarbeitsverdienst gehören sie der ersten, bis zu 550 Mark der zweiten, bis zu 850 Mark der dritten, bis zu 1150 Mark der vierten und darüber hinaus der fünften Klasse an. Die höheren Lohnklassen zeigten in den verflossenen Jahren eine andauernde steigende Tendenz. Von den Beitragseinnahmen fielen 1904 bei den Versicherungsanstalten 7,98 auf die erste, 26,26 auf die zweite, 25,68 auf die dritte, 22,08 auf die vierte und 18,00 auf die fünfte Klasse. Letztere war im Jahre 1900 noch mit 11,59 festzustellen. Bei den Kassen-einrichtungen der Bahn- und Bergwerksbetriebe, wo relativ viel mehr gross-jährige und männliche Arbeiter versichert sind, bringt die fünfte, die höchste Beitragsklasse 54,23 der Beitragseinnahmen. Von 1000 Wochenbeiträgen kommen bei den Versicherungsanstalten 119, bei den Bahn- und Bergwerksbetrieben 458 auf die fünfte Klasse. Der Durchschnittsbeitrag betrug 1904 bei den Versicherungsanstalten 23,79 Pfennig, bei den Bahn- und Bergwerksbetrieben 30,07 Pfennig, gegen 22,55 respektive 29,89 Pfennig im Jahre 1900. Die niedrigsten Beiträge hat die Versicherungsanstalt Niederbayern, ihr folgen Mecklenburg, Ostpreussen und Oberpfalz. An Beiträgen wurde im Jahre 1904 vereinnahmt 154 087 799 Mark; dazu kamen 37 042 214 Mark an Zinsen und zirka 260 000 Mark an Strafgeldern. Der Zinsertrag ist durchschnittlich 3,54, gegen 3,67 im Jahre 1891. Abgesehen von den Kursdifferenzen belief sich somit die Reineinnahme auf zirka 181 390 000 Mark. Das Vermögen beträgt ohne Inventar 1 160 405 468 Mark, während im Jahre 1903 ein solches von 1 084 281 004 Mark zu verzeichnen war.

Wie steht es mit den Leistungen? Für Renten wurden insgesamt 128 849 097 Mark verausgabt, eine Steigerung gegen das Vorjahr um 10 %. Immerhin ist ein relativer Rückgang zu konstatieren. Das Reich gewährte einen Zuschuss von 45 125 431 Mark und einen Anteil für militärische Dienstleistungen von 149 794 Mark. Die Rückerstattungen der Beiträge bei Tod, Verheiratung, schweren Betriebsunfällen erforderten 7 858 169 Mark, sie steigen zwar gegen das Vorjahr um 4 %, relativ gingen sie jedoch gegenüber den Vorjahren zurück. Bekanntlich haben wir Invalidenrenten, sogenannte *Krankenrenten* — nach 26wöchiger Erwerbsunfähigkeit — und Altersrenten. Die Krankenrenten erforderten im Berichtsjahre rund 400 000 Mark mehr. Die Altersrenten gingen an Zahl wiederum zurück: 1903 wurden 12 374, 1904 12 060 zuerkannt. Dementsprechend sank auch der dafür verausgabte Betrag um rund 1 200 000 Mark. Der Zuwachs der Rentenzahlungen kommt also ganz auf die Invalidenrenten. Nichtsdestoweniger gingen auch die bewilligten Invalidenrenten von 150 209 im Jahre 1903 auf 142 296 zurück. Daraus ersieht man, dass wir wohl in der Zahl der Rentner auf absteigender Linie sind, der Betrag der Renten durch längere Beitragsleistungen aber weiter ansteigt und ansteigen muss. Bei den im Jahre 1904 bewilligten Invalidenrenten haben wir im Durchschnitt einen Jahresbetrag von 155,13 Mark, gegen 152,27 Mark im Vorjahre. Ostpreussen hatte die niedrigste Durchschnittsrente mit 136,95 Mark, die höchste hatte der allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit 201,94 Mark. 1904 ist der durchschnittliche Jahresbetrag der Krankenrenten 158,87 Mark, 1903 155,94 Mark. Die durchschnittliche Altersrente, welche 1904 bewilligt wurde,

beträgt 157,18 Mark, gegen 155,38 Mark im Vorjahre. Die laufenden, früher bewilligten Renten sind alle entsprechend niedriger.

Interessant sind die folgenden Nachweise über das Alter der Alters-, Invaliden- und Krankenrentner; sie lassen erkennen, wie frühzeitig die Arbeiterschaft dahinsiecht. Auf die nebenbezeichneten Alter entfallen:

Alter zur Zeit der Rentenbewilligung	von dem gesamten Zugang an Altersrenten		von 1000	
	Zahl	Jahresbetrag Mark	der Zahl	des Jahresbetrages
			der Altersrenten	
70	9 326	1 478 925,00	773	780
71	2 171	333 523,20	180	176
72	294	43 251,00	24	23
73	110	16 645,20	9	9
74	62	9 377,40	5	5
75 bis 79	80	11 920,20	7	6
80 bis 84	18	2 504,40	1	1
85 bis 89	6	662,40	1	0
90 und mehr	2	220,80	0	0
zusammen	12 069	1 897 029,60	1 000	1 000

Alter zur Zeit der Rentenbewilligung	von dem gesamten Zugang an Invalidenrenten		von dem gesamten Zugang an Krankenrenten	
	Zahl	Jahresbetrag Mark	Zahl	Jahresbetrag Mark
20 bis 24	3 688	493 443,00	1 013	135 575,40
25 bis 29	6 247	920 108,40	1 657	247 169,40
30 bis 34	6 073	957 021,00	1 470	236 227,20
35 bis 39	6 352	1 023 207,00	1 322	216 353,40
40 bis 44	7 562	1 221 007,20	1 286	214 380,60
45 bis 49	10 014	1 615 128,60	1 255	209 724,60
50 bis 54	14 802	2 367 333,00	1 218	200 968,80
55 bis 59	20 557	3 248 989,20	774	125 992,80
60 bis 64	28 813	4 464 403,20	408	65 613,00
65 bis 69	24 907	3 803 199,00	107	17 657,40
70 und mehr Jahre	13 281	1 960 569,60	7	1 138,20
zusammen	142 296	22 074 409,20	10 517	1 670 800,80

Die folgenden Nachweise über die Rückerstattung der Beiträge zeigen uns, in welchem Alter die weiblichen Versicherten heiraten. Dass hierbei die Beiträge zurückerhoben werden, ist sehr bedauerlich; denn damit geht auch der Anspruch auf Rente, Heilbehandlung etc. verloren. Alle Agitation der Arbeiterpresse, der Arbeitervertreter und die Einwirkungen der zuständigen Behörden sind ohne Erfolg geblieben. Die Fortsetzung der Versicherung nach der Verheiratung ist sehr leicht; 10 Beiträge à 14 Pfennig pro Jahr genügen, um die Anwartschaft zu erhalten. So winzig die Renten auch sind, so ist die Versicherung infolge des Reichszuschusses von 50 Mark pro Jahr zu jeder Rente günstiger, als jede Privatversicherung. Bei einer Gesetzesänderung wird man zweckmässigerweise auf Aufhebung der Rückzahlungen in Heiratsfällen hinzuwirken haben; auch muss man zusehen, ob die Weiterversicherung nicht noch mehr erleichtert werden kann.

Alter zur Zeit der Bewilligung	Auf die nebenbezeichneten Alter kommen							
	von der Gesamtheit der Erstattungen in Heiratsfällen		von 1000 derGes- des Be- samt- trages		von der Gesamtheit der Erstattungen in Todesfällen		von 1000 derGes- des Be- samt- trages-	
	Zahl	Betrag Mark	der Erstat- tungen		Zahl	Betrag Mark	der Erstat- tungen	
unter 20	5	115	0	0	0	0	0	0
20 bis 24	66 334	1 856 258	430	332	345	10 866	11	5
25 bis 29	64 401	2 560 389	418	458	1 970	101 213	60	44
30 bis 34	16 190	806 422	105	144	3 022	197 548	93	87
35 bis 39	4 632	234 951	30	42	3 723	265 869	114	117
40 bis 44	1 710	85 965	11	15	4 249	310 788	131	136
45 bis 49	674	33 312	4	6	4 613	341 779	142	150
50 bis 54	228	11 170	2	2	4 657	343 135	143	151
55 bis 59	66	2 994	0	1	4 126	297 910	127	131
60 bis 64	8	326	0	0	3 408	241 222	105	106
65 bis 69	2	120	0	0	2 051	144 592	63	63
70 und mehr Jahre	0	0	0	0	350	22 013	11	10
zusammen	154 310	5 592 022	1000	1000	32 523	2 270 875	1000	1000


Die Beiträgererstattung in Heiratsfällen betrug durchschnittlich 36,23 Mark, bei Todesfällen 70,01 Mark. Die Rückerstattungen bei schweren Unfällen (857) haben keine allgemeine Bedeutung.

Von grösster Bedeutung für die Versicherten ist die durch das Gesetz zugelassene — nicht vorgeschriebene — Heilbehandlung zur Verhütung der Invalidität. Die Behandlung kann ambulant, sowie in öffentlichen oder privaten, aber auch in eigenen Heilanstalten erfolgen. Der Bau von Heilanstalten seitens der Versicherungsanstalten, besonders für Lungenkranke, ist in den letzten Jahren wesentlich gefördert worden. Für Heilbehandlung wurden im Berichtsjahre insgesamt 10 908 430 Mark ausgegeben. Doch partizipieren daran die Versicherungsanstalten respektive Bahn- und Knappschaftskassen in sehr verschiedenem Masse. Die Versicherungsanstalt Berlin gab von ihren ungefähr 10 000 000 Mark betragenden Jahreseinnahmen für Heilbehandlung 1 510 550 Mark aus, der Saarbrückener Knappschaftsverein mit einer Einnahme von 1 000 000 Mark dagegen auch nicht einen Pfennig. Berlin am nächsten stehen die Versicherungsanstalten der Rheinprovinz und des Königreichs Sachsen, während die Versicherungsanstalten der mehr landwirtschaftlichen Provinzen sehr wenig für Heilbehandlung ausgaben. An der Spitze der Versicherungsanstalten stehen hohe Staatsbeamte, unter denen es sicher eine ganze Anzahl mit sozialpolitischem Verständnis gibt; bei vielen fehlt es daran leider vollständig. Wenn letzteren dann noch rückständige Arbeitgebervertreter beigesellt werden und die Arbeitervertreter nur Marionetten in den Händen der beamteten Vorstandsmitglieder und der Arbeitgeber sind, was in mehreren Versicherungsanstalten der Fall ist, dann ist auf diesem Gebiete in der betreffenden Versicherungsanstalt nichts zu erhoffen. Aufgabe der Gewerkschaften, der Gewerkschaftskartelle und der Krankenkassenvorstände ist es daher, in den Versicherungsanstalten für tüchtige Arbeitervertreter zu sorgen. Das ist um so notwendiger, als die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten die Beisitzer für die Schiedsgerichte im Bezirke ihrer Versicherungsanstalt wählen.

Die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeitgeber in den Verwaltungen der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen ist zurzeit meist sehr gering. In den sozialpolitisch rückständigen Versicherungsanstalten fehlt es an den treibenden Kräften aus der Arbeiterschaft gänzlich; da kann der bürokratische Geist zum Schaden der Versicherten schalten und walten. Die Selbstverwaltung verbürgt Leben und Fortschritt; ohne Selbstverwaltung keine wirkliche Sozialreform!

XX

MAX SCHIPPEL · SOMBARTS AMERIKASTUDIEN

ERNER Sombart hat eine Reihe fesselnder Studien über die nordamerikanischen Arbeiter veröffentlicht.¹⁾ Die von unserem Parteigenossen A. M. Simons in Chicago geleitete *International Socialist Review* gibt sie auszugsweise übersetzt wieder und nennt sie, als eine der tiefgründigsten (most searching) Analysen der amerikanischen Gesellschaftsstruktur, selbst für Amerikaner »überaus bemerkenswert«. In der Tat verdient die Sombartsche Untersuchung, trotz mancher allzu einseitig und scharf zugespitzter Urteile, in Parteikreisen gelesen und beachtet zu werden. Um hierzu anzuregen, seien einige Gedankengänge Sombarts wiederholt und ein paar eigene Betrachtungen damit verknüpft.

Bisher hat Amerika zweifellos alle unsere Hoffnungen auf einen raschen Eroberungszug der sozialistischen Idee bitter enttäuscht. Viele Parteigenossen werden sich erinnern, wie, nach der langen verheerenden Depression der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten, die ersten Erfolge der Henry Georgeschen Agitation eine neue, bessere Ära anzukündigen schienen. Der öffentliche Kampf gegen das Privateigentum und den Mehrwert hatte nunmehr in der neuen Welt auf grosser Stufenleiter begonnen, wenn er sich auch zunächst nur gegen den Bodenbesitz und die Grundrente kehrte. Der Tag der grossen endgültigen Abrechnung konnte, wie wir nach den leidenschaftlichen Georgeschen Anklagen meinten, drüben gleichfalls nicht mehr fern sein:

»Die üblen Wirkungen des Umstandes, dass der [Grund-] Besitz eines ganzen Volkes zum ausschliesslichen Eigentum einiger Personen gemacht wird, treten schon hervor . . . Wir haben gar nicht nötig, nach ihnen in der Zukunft auszuschaun, sie sind schon in der Gegenwart vorhanden und fühlbar. Sie sind mit unserem Wachstum gewachsen und sind noch im Zunehmen begriffen . . . Wir pflügen neue Felder, wir eröffnen neue Bergwerke und gründen neue Städte; wir treiben die Indianer zurück und rothen die wilden Büffel aus; wir umgürten das Land mit Eisenbahnen und ziehen durch die Luft ein Netz von Telegraphendrähten; wir häufen Wissen auf Wissen, Erfindung auf Erfindung; wir gründen Schulen und Universitäten — aber es wird für die grosse Masse unseres Volkes in keiner Weise leichter, sich ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer abhängiger, die Kluft zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer erweitert sich täglich mehr; die sozialen Gegensätze verschärfen sich . . . Überall in den Vereinigten Staaten kann man die schlechteren Zeiten, die niedrigeren Löhne, die zunehmende Armut beobachten . . . Als wir das vierzehnte Amendement annahmen, schafften wir die Sklaverei damit noch nicht ab. Um die Sklaverei abzuschaffen, müssen wir den Privat[grund]besitz

¹⁾ Werner Sombart: *Studien zur Entwicklungsgeschichte des nordamerikanischen Proletariats* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, III. Bd. /1905/, pag. 210 ff., 308 ff., 556 ff.

abschaffen . . . Sonst werden unsere freien Institutionen, werden unsere Volksbildungsstätten zwecklos sein: unsere Entdeckungen und Erfindungen werden nur dazu dienen, die Kraft zu verstärken, welche die Massen niederdrückt.²⁾

In der Chicagoer Bombenaffäre von 1886, im Debsschen Eisenbahnerausstand, in den grossen Hütten- und Grubenstreiks mit ihren bürgerkriegsähnlichen Folgen hörten wir das Rabenrauschen vor der unwiderruflichen kapitalistischen Götterdämmerung. Heute — suchen wir nach den Gründen, warum die für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten abgegebenen Stimmen nicht mehr als 2½ % der Gesamtstimmzahl ausmachen, warum die fast verschwindende Zahl der sozialistischen Stimmen von einem Jahre zum anderen auch noch merkwürdig auf und nieder schwankt, als ob sie den wechselnden Launen des Zufalls, nicht aber grossen und dauernden historisch-ökonomischen Notwendigkeiten zu danken sei; warum, mit einem Worte, trotz höchster kapitalistischer Entwicklung so wenig parteilich-organisierter und politisch-tätiger Sozialismus in Amerika vorhanden ist.

Die grössere Unstetigkeit der Bevölkerungszusammensetzung, das immer wiederkehrende Eindringen und Vordringen neuer Fremdelemente mit anderen Lebensgewohnheiten und Ansprüchen, mit anderer Sprache und Anschauung erschwert selbstverständlich die einheitliche Zusammenfassung und Zusammenhaltung der Arbeiter für eine junge besondere Partei. Aber warum überwinden die Gewerkschaften diese Hemmnisse, die für sie gleichfalls bestehen, ziemlich leicht? Zum Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Klassenkampfes ist heute in Amerika die *Federation of Labor* geworden; ihre Mitgliederzahl schwoll während der letzten zehn Jahre enorm an: von 272 315 im Jahre 1896 auf 548 321 im Jahre 1900, auf 1 676 200 im Jahre 1904. Offenbar üben also die näherliegenden Aufgaben des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch immer eine ungleich höhere Anziehungskraft aus, als das Endziel: die gänzliche Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und jeglichen Tributes an diesen Besitz.

Vorläufig ist in der Tat der typische amerikanische Arbeiter — soweit er sich über *prinzipielle Grundfragen* überhaupt den Kopf zerbricht — ähnlich, wie sein englischer Geistesverwandter, nicht für Abschaffung des Kapitals, sondern für Expansion und Vollentwicklung der kapitalistischen Produktion. In dieser Ausweitung, Ausreifung und Höherentfaltung des Kapitals sieht er nicht nur keine unheimliche Gefahr, sondern eine unerlässliche Vorbedingung für die Vollentwicklung und Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse selber, solange ihm, dem Arbeiter, der Boden der liberalen, bürgerlichen, wirtschaftlichen und politischen Rechtsgleichheit, der freien Organisationsbewegung und der ungehinderten Wahrnehmung der Lohn- und Lohnarbeiterinteressen nicht unter den Füssen weggezogen wird. In dem folgenden Urteil gebe ich, in den Grundzügen, Sombart durchaus recht:

»Der amerikanische Arbeiter steht dem kapitalistischen Wirtschaftssystem als solchem nicht feindlich gegenüber, weder mit dem Verstande, noch mit dem Gefühl. Wieder möchte ich anführen, was Mitchell [der hervorragendste amerikanische Bergarbeiterführer, der Verfasser der *Organisierten Arbeit*] über diesen Punkt

²⁾ Vergl. Henry George: *Progress and poverty* (San Francisco 1879), nach der deutschen Übersetzung von F. Dobbert, pag. 346 ff.

äussert. Die Stellen in seinem Buche, in denen er den Standpunkt der Gewerkschaften dem Kapitalismus gegenüber rein opportunistisch bezeichnet, lauten folgendermassen: »Die Gewerkschaftsbewegung ist weder unwiderruflich bestimmt, das Lohnsystem aufrecht zu erhalten, noch es zu beseitigen. Wir verlangen eine beständige Verbesserung der Lage der Arbeiter, wenn möglich, unter Aufrechterhaltung des bestehenden Lohnsystems, wenn nicht möglich, mit dessen Beseitigung.« Seine persönliche Überzeugung ist jedoch die, dass es zu dieser Beseitigung nicht notwendig zu kommen braucht. Denn »die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beweist, dass mit Hilfe des Staates und durch die gemeinsame Anstrengung der Arbeiter eine bedeutende und allgemeine Verbesserung ihrer Lage platzgreifen kann unter dem herrschenden Lohnsystem«. Andere namhafte Arbeiterführer betonen positiv die Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit. Sie seien Partner und sollen den Ertrag der Wirtschaft in gutem Einverständnis teilen. Die Zukunft werde die volle Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, die jetzt nur vorübergehend gestört sei, wieder herstellen. Aber ich [Sombart] glaube, die Beziehungen des amerikanischen Arbeiters zum Kapitalismus sind noch intimer, als sie in diesen Freundschaftskundgebungen und Achtungsbeweisen zum Ausdruck kommen; ich glaube, er liebt ihn. Wenigstens gibt er sich ihm ganz hin, mit Leib und Seele. Wenn irgendwo in Amerika das rastlose Streben nach Erwerb, das völlige Aufgehen im Geschäftsgetriebe, die *Businessleidenschaft* zu Hause sind, so beim Arbeiter. Er will, tunlichst unbehindert, so viel verdienen, wie seine Kräfte ihm gestatten . . . Genug, der Kern der amerikanischen Gewerkschaften trägt jenen kapitalistischen Charakter: »Trade Unionismus ist die geschäftsmässige Praxis [the business method], die Besserstellung des Arbeiters unter den verwickeltsten Bedingungen des modernen Wirtschaftslebens zu erreichen, »Tarifverträge sind Geschäftsabschlüsse«, in solchen Aussprüchen bester Kenner der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung kommt deren Geist unzweideutig zum Ausdruck.«³⁾

Im Einzelurteil über den noch immer typisch-amerikanischen antisozialistischen Arbeiterschädel wird man sogar noch weiter, als Sombart, gehen können. Wenn Sombart zum Beispiel einschränkend auf die Verstadtlichungs- und Verstaatlichungsforderungen des *Federation*programmes (über Strassenbahnen, Wasserwerke, Gas- und Elektrizitätswerke, Telegraphen, Telephone, Eisenbahnen und selbst Bergwerke), wie auf sozialistische Unterströmungen hindeutet, so ist selbst aus diesen Programmpunkten noch nicht das geringste beabsichtigte sozialistische *Rütteln an den Grundlagen unserer bestehenden Gesellschaftsordnung* herauszulesen. Die weitergeführte Konzentration, die planmässigere Zusammenfassung und einheitlichere Anwendung der Produktions- (oder Verkehrs-)mittel ist an sich noch gar nichts Sozialistisches, so zweckmässig und fortschrittlich sie sonst sein mag, und so sehr sie deshalb willkommen zu heissen und sogar aktiv zu fördern ist. Andernfalls hätten wir Deutsche schon in der Stephan-Bismarckschen Ära mit beiden Füßen im Arbeiterzukunftsstaaate gestanden; und gerade in England und Amerika, wo die ganze hierhergehörige Reformliteratur durchaus bürgerlichen Ursprunges und Charakters ist, macht der *A n s c h l u s s* der Gewerkschaften an diese, wie an so viele andere Reformbewegungen die bezeichneten Wünsche noch lange zu keiner spezifischen Klassenforderung des Proletariats, zu keiner aus eigenartigen Klassenonderinteressen der Lohnarbeiterschaft emporgewachsenen wirtschaftlich-politischen Forderung — und nur insoweit sollte man heute von *Sozialismus* sprechen.

Die relativ günstige ökonomische Lage der amerikanischen Arbeitermehrheit lässt die geschilderte verhältnismässig konservative Tendenz der Arbeiterpolitik begreiflich erscheinen. Aus einem reichhaltigen, durchaus kritisch be-

³⁾ Vergl. Sombart, loc. cit., pag. 230 ff.; die letzten englischen Zitate habe ich übersetzt.

nutzten Zahlenmaterial kommt Sombart zu dem Ergebnis, dass der amerikanische Durchschnittsarbeiter »in behaglichen Verhältnissen« lebt, im grossen und ganzen ein drückendes Wohnungselend nicht kennt, gut genährt ist, sich *gentleman-* und *ladylike* kleidet und so schon äusserlich von der herrschenden Klasse nicht so scharf, wie bei uns, geschieden ist. Dazu führte das Unternehmerbedürfnis, die — schwerer, als bei uns, zu ersetzenden — Arbeiter nach Möglichkeit für den Betrieb zu sichern, vielfach zu engeren Interessenverbindungen zwischen dem gründenden und leitenden Kapital und der ausführenden Arbeit. Die Arbeiter werden häufiger, als bei uns, an technischen Fortschritten durch Prämien und Tantiemen beteiligt. Nicht selten wird ein Teil der Aktien, mitunter aus recht schiefen Gründen, den Angestellten aufgehast. So identifiziert gerade der Elitearbeiter häufig seine allerpersönlichsten Interessen bis zu einem gewissen Grade mit denen des Kapitals; das *generös Sein in kleinen Dingen* hat wesentlich zur Abstumpfung der — selbstverständlich nirgends ganz erlöschenden — Klassenantipathieen beigetragen.

Andererseits ist damit nicht das geringste gegen unsere sozialistischen Vorstellungen von den Grundzügen der normalen kapitalistischen Entwicklung dargetan. Wenn wir von den Gesetzen des Lohnes und Mehrwertes, ferner der Mehrwertsteilung zwischen Grundbesitz und Kapital, zwischen Unternehmergewinn und Zins des Leihkapitals sprechen, so betrachten wir bestimmte Voraussetzungen als erfüllt, die in kolonialen und halbkolonialen Pflanzstaaten Europas, trotz der jedesmaligen Wiedergeburt der wesentlichsten unserer ökonomischen Grundlagen, vielfach noch fehlen. In solchen Ländern — und dazu gehört bis heute noch die Union — besteht zwar die Klassenordnung unserer alten europäischen Industriestaaten, aber die Klassen haben sich noch nicht in unserer Weise fixiert; ihre Bestandteile wechseln; sie treten noch, viel mehr, als bei uns, in beständigem Flusse ihre wechselnden Bestandteile an einander ab. Der Industriearbeiter der sechziger, der siebziger und noch der achtziger Jahre konnte leicht morgen Farmer im Westen sein; der an seine Stelle nachrückende städtisch-gewerbliche Lohnarbeiter war gestern noch Kleinbauer, Kleinbürger oder landwirtschaftlicher Tagelöhner in Europa gewesen. Trotz einer im einzelnen ereignisreichen Vergangenheit fehlen so dem amerikanischen Proletariat die alteingewurzelten, selbständigen historischen Traditionen, die scharfumrissenen Charakterzüge in der eigenen politischen Betätigung, welche die Bestrebungen unseres Proletariats von denen aller anderen Klassen abheben, welche es überhaupt erst ermöglichen, von einer bestimmten und klaren Klassenpolitik dieser Bevölkerungsschichten zu sprechen. Dies hebt auch Sombart klar und anziehend hervor:

»In all dem Geschwätz der Carnegie und ihrer Nachbeter, die das Volk, den grossen Lummel, damit einlullen wollen, dass sie ihnen Wundergeschichten von sich und anderen erzählen, die als Zeitungsboy angefangen und als Milliardäre geendigt haben, ist immerhin ein Körnchen Wahrheit: die Chancen, aus seiner Klasse herauszukommen, waren für den Arbeiter druben zweifellos grösser, als für den Arbeiter im alten Europa. Die Neuheit der Gesellschaft, ihr demokratischer Grundzug, der geringere Abstand der Unternehmerklasse von der Arbeiterschaft, die koloniale Frische vieler Eingewanderter, die anglosächsische Zielstrebigkeit und manches andere wirkten zusammen, um den einfachen Arbeiter in gar nicht so seltenen Fällen die Staffeln auf der Leiter der kapitalistischen Hierarchie bis zu den obersten oder fast den obersten Stufen empersteigen zu lassen. Andere wiederum befähigte die — im Vergleich mit europäischen Verhältnissen — viel breitere Basis ihre

Ersparnisse, sich als kleinbürgerliche Existenzen (Krämer, Wirte u. s. w.) zu selbständigen. Der grossen Masse unzufriedener Lohnarbeiter aber winkte noch ein anderes Ziel, das Hunderttausende und Millionen tatsächlich im Laufe des verflossenen Jahrhunderts erstrebt und erreicht haben, und das ihnen Befreiung vom Drucke des Kapitalismus, und zwar Befreiung im vollsten Sinne des Wortes brachte: die freie Heimstätte im unbesiedelten Westen . . . Bei uns ist es im wesentlichen der Zug aus den vorwiegend agrarischen Gebieten in die Städte und Industriebezirke, der die Bevölkerung in Bewegung setzt. Dieser fehlt nun in den Vereinigten Staaten, namentlich im Osten, keineswegs und wird von Jahr zu Jahr stärker. Aber neben ihm her und ihn an Stärke weit überflügelnd geht doch eine entgegengesetzte Bewegung: aus den dichter besiedelten, mehr industriellen Gebieten in die menschenleeren Gegenden mit freiem Lande. Dass es sich dabei um Völkerwanderungen grössten Stiles handelt, lehrt ein Blick auf die Ziffern, die der Zensus in überreicher Fülle darbietet . . . Dass dadurch die Stellung des Proletariats zu den Problemen der zukünftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens ganz und gar eigenartig werden musste, liegt auf der Hand. Die Möglichkeit, zwischen Kapitalismus und Nichtkapitalismus optieren zu können, verwandelt jede aufkeimende Gegnerschaft gegen dieses Wirtschaftssystem aus einer aktiven in eine passive und bricht jeder antikapitalistischen Agitation die Spitze ab.⁴⁾

Ausserdem fällt ein anderer Faktor schwer ins Gewicht: das altvererbte Zweiparteiensystem, ferner die Möglichkeit, den Verwaltungs- und Rechtsprechungsapparat zwar durch eine *Schwanzpolitik* von Minoritäten, aber nicht durch ein selbständiges Vorgehen als dritte Partei zu beeinflussen und ganz und gar zu erneuern, erschwerte das Aufkommen und die Entfaltung jeder unabhängigen Arbeiterpolitik ausserordentlich. Parteien und Wahlen haben eben in den Vereinigten Staaten noch ganz andere Funktionen zu erfüllen, als bei uns. Wo sie im Hinblick auf diese Funktionen versagen, erscheinen sie unzweckmässig und überflüssig, erscheint eine völlig andere Wahltaktik angemessen und notwendig. Wir Sozialdemokraten in Deutschland wählten bisher in erster Linie für ein Reichsparlament, das im Grunde recht ohnmächtig ist, und das jedenfalls nicht die Reichsregierung aus sich heraus zu bilden und die Reichspolitik *führend* zu bestimmen hat; unsere ganze Parteitaktik konnte daher bislang in aller Seelenruhe und ohne bemerkbaren Schaden vorwiegend darauf zugeschnitten sein, bei den Wahlen die Massen *aufzuklären* und im Parlament abermals *aufklärend* und zum Fenster hinaus zu wirken. Das ist aber anderswo anders; und auch wo bei uns der politische Wirkungskreis im Ernste ein wesentlich anderer wird — wie zum Beispiel bei der positiven Mitarbeit in den Kommunen und Einzelstaaten —, hat unsere traditionelle Wahltaktik gleichfalls schon die denkbar kräftigsten Püffe erdulden müssen und sogar recht sichtbare und fühlbare Löcher in ihrem sonst so intransigenten Kopfe davongetragen. Unter den amerikanischen Verhältnissen, bei vollkommen parlamentarischer Regierung, bei der Wahl fast aller massgebenden Beamten und Richter, vom Bunde bis herab zu den Einzelstaaten, Kommunalverbänden und Gemeinden, durch das Volk, rückt die blosser zielbewusste *Aufklärungsagitation* ganz naturgemäss in die zweite oder sogar in die dritte und vierte Linie der Parteaufgaben, und Parteien werden mehr danach eingeschätzt, was sie zur Erfüllung anderer Zwecke leisten. Hier wird viel eher die *Schwanzpolitik* zur traditionellen werden, etwa wie bei unserem *Bunde der Landwirte*⁵⁾.

⁴⁾ Vergl. Sombart, loc. cit., pag. 605 ff.

⁵⁾ Vergl. meinen Artikel *Zu den Kämpfen zwischen Industrie und Landwirtschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 227 ff.


„In den Vereinigten Staaten legt zunächst die rein demokratische Verfassung es den Massen nahe, ihr Augenmerk auf den greifbaren Erfolg zu richten . . . An den Beamtenwahlen ist man aufs höchste interessiert. Und zwar aus dem naheliegenden Grunde, weil man durch sie viel rascher einen bestimmten Erfolg erzielen kann, auf den man allein ausgeht. Einen missliebigen *Governor* oder *Judge* zu beseitigen, lohnt den Amerikanern viel mehr die Mühe, als einen Schönredner nach Washington ins Parlament zu schicken. Und würde jedem Volke mehr lohnen. Auch dem deutschen. Man denke, dass es den Arbeitern Berlins möglich gewesen wäre, in der Zeit vor dem Sozialistengesetz den Staatsanwalt Tessen-dorf zu kassieren oder heute irgend eine Strafkammer in die Luft zu sprengen, die wegen ihrer drakonischen Strafen bei Streikvergehen berüchtigt ist . . . Der amerikanische Arbeiter kann das; allerdings um einen Preis, der vielen hoch erscheinen wird: er muss sich nämlich einer der grossen Parteien anschliessen, weil es die grossen sind. Denn nur mit deren Hilfe ist eine erfolgreiche Beeinflussung des Wahlergebnisses möglich.“⁹⁾

Sombart führt hier — wahrscheinlich ganz zutreffend und jedenfalls als Beispiel ganz belehrend — die letztjährigen Erfahrungen in Colorado an. 1902 entfiel in diesem Minenstaate auf die sozialistischen Kandidaten eine ganz ansehnliche Stimmenzahl. 1903 kamen alsdann die grossen Streiks, bei denen zuletzt ein unerhört brutales Gewaltregiment die Arbeiter bis aufs Blut peinigte und eine Erbitterung ohnegleichen erzeugte. Hatte nun bei den nächsten Wahlen die Stunde der sozialdemokratischen Vergeltung geschlagen? Der Vergeltung wohl, aber nicht der Sozialdemokratie, deren Stimmen 1904 auf die Hälfte von 1902 herabsanken! Dagegen warf man den verhassten Gouverneur Peabody mit Glanz und Bravour aus seinem Amte hinaus; viele der vormals sozialdemokratischen Wähler hatten sich offenbar zu diesem Zwecke den Demokraten angeschlossen — auf jedem anderen Wege wäre man wohl über eine leere Stimmzetteldemonstration nicht hinausgekommen. Ob ein solches Verhalten in diesem speziellen Falle notwendig, ob es weitsichtig und klug war, wollen wir dahingestellt sein lassen; auf jeden Fall ist es erklärlich, und eine Parteibildung, eine Wahlagitation und Wahltaktik nach kontinental-europäischem und deutschem Muster steht damit vor ungeahnten Hindernissen.

Aber das Sicherheitsventil der frei zugänglichen Heimstätte versagt mit der Zeit. An Stelle des Arbeitermangels und des Seltenheitswertes der Arbeitskraft tritt mehr und mehr eine dauernde industrielle Reservearmee und der Hungerlohn nach europäischem Muster. Werden unter den neugebildeten Verhältnissen die schützenden Dämme der bürgerlichen Politik noch fernerhin stand halten gegen die wachsende sozialistische Flut?

XX

EDUARD BERNSTEIN · DAS VERGRABENE PFUND UND DIE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATIE

ACH welchen Gesichtspunkten sollen Fragen der Taktik entschieden werden? Solange wir darüber nicht im Prinzip einig sind, werden wir ewigen Streit über die Taktik haben.

In den letzten Wochen haben in zwei Ländern Verstösse gegen die adoptierte parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie stattgefunden. In Frankreich ist der Sozialdemokrat Aristide Briand in das wesentlich

⁹⁾ Vergl. Sombart, loc. cit., pag. 324.

bürgerliche Ministerium Sarrien eingetreten, in Italien hat die Kammerfraktion der Sozialdemokratie beschlossen, das konservative Ministerium Sonnino zu unterstützen.

Der Fall Briand hat die Gemüter wenig erhitzt. Briand hat, als er sich entschloss, das ihm übertragene Ministerium anzunehmen, die französische sozialistische Partei wissen lassen, dass er bereit sei, freiwillig aus der Partei auszuscheiden, und die Parteileitung hat, ohne erst den freiwilligen Austritt abzuwarten, eine Resolution beschlossen, wonach jeder Sozialist, der in ein bürgerliches Ministerium eintritt oder mit einem bürgerlichen Ministerium in Verhandlungen betreffs Übernahme eines Ministerpostens sich einlässt, dadurch allein schon sich ausserhalb der Partei stellt. Dem strikten Buchstaben ist damit Genüge geschehen, eine Wiederholung der Millerand-Debatten ist ausgeschlossen. Soweit die offiziellen Handlungen der Beteiligten in Betracht kommen, kann von Zweideutigkeit, dieser Vergifterin der Debatten, hier nicht die Rede sein. Es handelt sich nicht um Auslegung von Parteibeschlüssen, sondern um offen anerkanntes Zuwiderhandeln gegen einen Parteibeschluss und willige Unterwerfung unter dessen Konsequenzen. Aber wenn der Buchstabe sein Recht behält, ist damit die Sache selbst noch nicht zu Ende. Briand steht heute formell ausserhalb der französischen sozialistischen Partei. Aber steht er in Wirklichkeit ausserhalb ihrer? Ich bezweifle sehr, dass es viele Sozialisten in Frankreich gibt, die Briand als faktisch nicht mehr zu ihnen gehörig betrachten. Alle wissen, warum Briand ins Ministerium eingetreten ist, dass es sich um die Durchführung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat handelt, dessen Text im hohen Grade sein Werk ist, und dessen Verwirklichung sie alle wollen. Und die Mehrzahl der sozialistischen Abgeordneten hat bei der Abstimmung über das Ministerium Sarrien in das Vertrauensvotum für dieses eingestimmt. Man braucht diese Situation nur gründlich zu durchdenken, um inne zu werden, dass sie doch ihre Zweideutigkeit hat. Nur liegt sie diesmal auf einer anderen Seite, nicht bei den Personen, sondern in der Sache. Hier ist eine Partei, die es durch die Kraft der von ihr entfalteten Agitation und durch die Zugehörigkeit gesetzgeberisch und administrativ begabter Personen dahin gebracht hat, durch ihre eigenen Vertreter Reformen, für die sie kämpft, zur Durchführung bringen zu können, und wo der Ruf an sie gelangt, in einer wichtigen Angelegenheit ihren Mann zu solchem Werk zu stellen, da zieht sie sich errötend zurück, als wollte sie, wie eine verschämte Jungfrau, sagen: ach nein, lasst mich lieber abseits stehen, meine sittliche Widerstandskraft könnte sonst leiden; und sie fällt in die Knie und erneuert ihr Gelübde der Keuschheit. Man mag aber sonst die Keuschheit so hoch stellen, wie man will, wo das grosse allgemeine Interesse in Frage kommt, kann sie etwas sehr Unmoralisches sein.

Das Evangelium hat diesem Gedanken in dem schönen Gleichnis vom vergrabenen Pfunde Ausdruck gegeben. Der besorgte Diener, der das ihm anvertraute Pfund vergräbt, um es dem Herrn nur ja unbeschädigt zurückerstatten zu können, wird verworfen. Es ist die Moral der werktätigen Tugend, die sich in diesem Bilde ausprägt, im bewussten Gegensatz zur Moral der passiven, verhimmelnden Tugend. Und in der Tat wurzelt alle gesunde, lebenskräftige Moral, wurzelt gerade die Moral der Aktion in der Auffassung der Mittel und Fähigkeiten, über die wir gebieten, als einem anvertrauten Pfunde,

mit dessen Besitz auch die Verpflichtung zu zweckmässigster Verwendung verbunden ist. Das gilt für das öffentliche Leben so gut, wie für das private, und für Gemeinschaften so gut, wie für Individuen. Daher krankt jede Taktik, die diesen Gesichtspunkt ausser acht lässt, an einem Grundfehler, der unter dem Gesichtspunkt der Ethik einer sittlichen Schuld gleichkommt.

Es ist interessant, zu beobachten, wie trotz aller ihm entgegenstehenden doktrinären Vorurteile das Empfinden dafür doch immer wieder in unseren Reihen mit elementarer Gewalt durchbricht. So versteht man es auch, wie die italienische sozialistische Kammerfraktion dazu kam, ihre Stimme für das Kabinett Sonnino abgeben zu wollen. Kein Zweifel, dass dieser Beschluss gegen die Resolution des Parteitages von Bologna verstösst, die als Grundsatz aufstellt, dass »die Methode des Klassenkampfes mit der Unterstützung einer Regierungsrichtung oder der Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung unvereinbar« ist. Aber ebenso unbestreitbar ist, dass jener Grundsatz selbst aller vernünftigen Auffassung der Politik ins Gesicht schlägt, dass er alle Unterschiede zwischen dem Sozialisten, der die Geschichte als einen unter dem Einfluss des Kampfes der Klassen sich vollziehenden Entwicklungsprozess begreift, in dessen Verlauf die politischen Einrichtungen und die Beziehungen der Parteien auf sie und unter einander sich notgedrungen verändern, und den von begriffsdogmatischen Anschauungen ausgehenden Anarchisten verwischt und die Führung des Klassenkampfes, statt von den realen Bedürfnissen, wie sie sich auf Grund des jeweiligen Zustandes der Gesellschaft und der politischen Einrichtungen ergeben, von ein für allemal fixierten Vorschriften abhängig macht. Man mag darüber streiten, ob für die italienische Sozialdemokratie ein ausreichender Grund vorliegt, das Kabinett Sonnino zu unterstützen, ob der Bestand dieses *Ministeriums der redlichen Leute* von solchem Wert für die Entwicklung Italiens im allgemeinen und die italienische Arbeiterklasse im besonderen ist, dass seine Beseitigung durch eine andere der zurzeit möglichen Ministerkombinationen nach Kräften verhindert werden muss. Das ist eine Tatsächlichkeitsfrage, über die hier kein Urteil abgegeben werden soll. Trifft aber die Voraussetzung zu, so bedeutet der jetzige Konflikt in der italienischen Sozialdemokratie weiter nichts, als den handgreiflichen Nachweis des Widersinns der in Bologna beschlossenen Resolution. Sie legt den zur Wahrung der Arbeiterinteressen, die doch nicht ausschliesslich ökonomische Interessen sind, in die Kammer entsandten Abgeordneten Ketten an, die sie verhindern sollen, in einer wichtigen Frage der Politik des Landes das Gewicht ihrer Stimmen in die Wagschale zu werfen.

Enrico Ferri, der mit grosser Energie für die Unterstützung Sonninos eingetreten ist, will den Konflikt dadurch lösen, dass er sagt, diese Unterstützung sei gar nicht das, was die Resolution von Bologna verbiete, denn bei ihr behalte die Partei freie Hand, jederzeit wieder gegen das Ministerium zu stimmen, sobald dieses rückfällig werden sollte. Indes, Unterstützung bleibt Unterstützung, anders als auf Kündigung werden Bündnisse in der Politik überhaupt nicht geschlossen. Das Sakrament der unlösbaren Ehe hat hier nie gegolten. Die Frage ist nicht die, ob ein bisschen mehr oder weniger parlamentarische Transaktion getrieben werden soll, sondern, ob überhaupt der Standpunkt der absoluten Intransigenz massgebend sein soll oder nicht. Mit der absoluten Intransigenz gibt man die Resolution von Bologna und die ihr geistesver-

wandten Resolutionen nationaler und internationaler Kongresse preis. Es ist begreiflich, dass Ferri eine bruske Entscheidung dieser Frage gern umgehen möchte. Aber selbst, wenn der Riss, den der erwähnte Beschluss zwischen der Fraktion und den streng an der Intransigenz festhaltenden Mitgliedern der italienischen Sozialdemokratie gerissen hat, durch irgend welche Vermittlungsresolution überbrückt werden sollte, so hat der Vorfall doch deutlich gezeigt, dass man nicht gleichzeitig Partei der konsequenten Reformpolitik und Partei der revolutionären Intransigenz sein kann, dass man, sobald man das eine sein will, immer wieder das andere opfern muss. Stimmt die Kammerfraktion jetzt um des lieben Friedens willen gegen Sonnino, so verhindert sie nach ihrer eigenen Darlegung gegebenenfalls das Zustandekommen einer für die Schaffung gesunder politischer Verhältnisse notwendigen Reform, gibt sie dem grundsatzlosen Opportunismus der Geschäftspolitiker eine neue Spielfreiheit.

In Deutschland — um nun auf heimische Verhältnisse überzugehen — sind wir ja vor dem Kreuz solcher Entscheidungen, wie sie die Sozialdemokraten in parlamentarisch regierten Ländern zu treffen haben, bisher noch bewahrt geblieben. Uns hat ein gütiges Geschick das Festhalten der Intransigenz in den Fragen des Ministerialismus bisher ungeheuer leicht gemacht — so leicht, dass ein Teil unserer Genossen gar nicht begreift, wie diese Frage einem normal konstruierten Menschen überhaupt Kopfschmerzen machen kann. Bei uns ist eben der Minister der Beamte des Monarchen — im Reich des Bundes von Monarchen — der Abgeordnete aber der Sachverwalter des Volkes gegenüber Ministerien, die nicht das Volk durch seine Vertreter, sondern der Monarch von Gottes Gnaden nach seinem Ermessen ernennt. Nicht parlamentarische Abstimmungen entscheiden bei uns das Schicksal von Ministern, sondern persönliche Eingebungen von Monarchen, ob diese nun von oben oder von sonst irgend woher kommen. Wir stimmen mit der selben Gleichmütigkeit gegen das Gehalt eines Ministers, dessen Sachkunde, Arbeitslust und Zeitverständnis wir selbst anerkennen, wie wir gegen das Gehalt eines Ministers stimmen, den lediglich eine unbegreifliche Laune des Monarchen auf seinen Posten gesetzt hat. Ganz selbstverständlich, so seltsam den Abstimmenden manchmal dabei zu Mute werden mag, dass unsere Abstimmung in diesen Dingen so keinerlei Differenzierung kennt. Wir stimmen eben über die Köpfe der jeweiligen Minister hinweg gegen ein System der Ministerernennung, das wir verwerfen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, das Recht der Selbstregierung der Völker zu vertreten. Und weil der Minister bei uns nicht, wie in parlamentarisch regierten Ländern, der vollziehende Beamte der Volksvertretung, sondern der Beamte des Monarchen ist, ist es auch gänzlich ausgeschlossen, dass ein Sozialdemokrat ein Ministeramt annehmen könnte, ohne seiner Parteizugehörigkeit ein jähes Ende zu bereiten. Er handelte, wie ein Verteidiger, der mitten in der Prozessverhandlung auf die Seite des Anklägers tritt. Und wenn seine Motive die achtbarsten wären, er würde eben damit aufhören, Verteidiger zu sein, würde gegen sein Mandat handeln.

Das ist so klar, dass prinzipiell darüber kein Wort zu verlieren ist. Es wird auch nur vorgeführt, um zu illustrieren, dass unsere Keuschheit in der Ministerfrage uns geradezu unerhört billig zu stehen kommt. Jeder Gewissenskampf, jeder Zweifel daran, ob wir auch richtig handeln, ob wir von dem Pfund, das wir zu verwalten haben, wirklich den bestmöglichen Gebrauch machen, bleibt uns

hier erspart. Es ist kein geringes Pfund, es wiegt jetzt 3 Millionen Stimmen im Deutschen Reich, aber für die Frage der Ministerbesetzung wiegt es gleich null, und ob wir vor die Null ein Minuszeichen oder ein Pluszeichen setzen, ist auch in der politischen Arithmetik absolut egal.

Aber wenn wir mit unserem Pfund in der Ministerfrage so wenig anfangen können, so ist es im übrigen doch viel zu bedeutend, als dass wir sonst der Frage enthoben wären, ob wir wirklich noch immer den besten Gebrauch von ihm machen, ob wir es auch heute noch so verwerten, wie es überhaupt verwertet werden kann. Jedes quantitative Wachstum ist mit einer qualitativen Veränderung verbunden: eine so bedeutende Zunahme ihrer Anhängerschaft, wie die deutsche Sozialdemokratie sie in den letzten Jahren erfahren hat, muss sich alsbald auch in einer Veränderung ihres Einflusses auf das soziale und politische Leben des Landes geltend machen und damit auch ihre politische Taktik beeinflussen. Wie steht es in dieser Hinsicht bei uns?

Im *Mouvement Socialiste* erhebt Genosse Robert Michels eine schwere Anklage gegen die deutsche Sozialdemokratie. In durchaus unpersönlicher Form, was anerkannt werden soll, aber mit um so grösserer Schärfe in der Sache, wirft er den deutschen Gewerkschaftsführern und den Führern der politischen Partei vor, dass sie um kleinlicher ökonomischer beziehungsweise politischer Pfennigpfucherei willen ihre höheren Aufgaben vernachlässigten oder ganz im Stich liessen. Er fasst seine Anklage, soweit sie die Partei betrifft, folgendermassen zusammen: »Die Furcht, ihre Wähler und ihre Ersparnisse zu verlieren, das ist das *höchste Gesetz* der Sozialdemokratie. Diese Furcht erklärt ihre schläfrige Strategie und ihre Passivität. Diese Furcht ist es, die aus der deutschen Sozialdemokratie — trotz ihrer grossartigen Hilfsmittel an Menschen und Geld — die schwächste aller sozialistischen Parteien macht und uns den Schlüssel gibt für ihre Haltung in der Frage des Krieges und des Militarismus. Besagte Haltung war von Michels vorher unter Bezugnahme auf die Vorgänge in den Tagen, wo die Marokkofrage akut wurde, als philisterhaft, träge und kleinemütig hingestellt worden. Er hebt hervor, dass damals von seiten des französischen Gewerkschaftsbundes die Aufforderung an die Führer der deutschen Sozialdemokratie erging, Gegendemonstrationen gegen den Krieg zu veranstalten. Aber dieser ihrer, wie auch einer in der Tendenz ähnlichen Anregung des internationalen Bureaus gegenüber habe man Formalitäten entgegengehalten, um faktisch nichts zu tun. Man sei nicht aus dem parlamentarischen Schneckenhaus herausgetreten. Eine Reichstagsrede Bebels habe einige gute Stellen enthalten, aber schliesslich eigentlich nur für das Proletariat das Recht reklamiert, nach eigenem Geschmack Kriege auszuwählen: »Wenn er [Bebel] die Diplomatie in der Marokkofrage kritisierte, so nicht damit, dass er unnachgiebig die Arbeiterklasse jenem *Vaterland* genannten Wesen der bürgerlichen Welt gegenüberstellte, sondern nur, weil die Rechte, welche die deutschen Arbeiter in ihrem Vaterland haben, ungenügend sind. Was Bebel den herrschenden Klassen vorhielt, reduzierte sich ganz einfach darauf: die deutsche Bourgeoisie hat im Kriegsfall so lange nicht auf die Beihilfe des Proletariats zu rechnen, als sie ihm nicht das . . . Stimmrecht gibt. Erst dann, wenn sie das Stimmrecht in der Tasche haben, werden die Arbeitermassen sich leichter entschliessen, zu gehorchen.« Die *Leipziger Volkzeitung*, fährt Michels fort, habe den Worten Bebels eine radikalere Auslegung zu geben gesucht, aber sie habe damit

in der deutschen Partei keinen Anklang gefunden. Die Partei liebe diese Sprache nicht. Nun habe sie eine gewisse Entschuldigung im Höhegrade der Reaktion in Deutschland, aber diese Reaktion sei selbst zum Teil ihre Schuld. Ihr fehle der wahre Opfermut, die Regierungen wüssten, dass ihre Drohungen nichts als Drohungen seien, und gäben kein Titelchen ihrer Privilegien auf. Beherrscht von der Sorge um den Kriegsfonds, den sie mit der Pfennigfucherei eines Kleinbürgers anhäufe, verliere sie völlig den Sinn für die Zwecke des Kriegsfonds.

So Michels. Abgesehen von der prinzipiellen Gegnerschaft, die aus seinen Worten spricht, und auf deren Konto man auch die tendenziös zugespitzte Auslegung der Rede Bebels zu setzen hat, gibt sein Aufsatz einer Empfindung Ausdruck, die auch in solchen Kreisen der auswärtigen Sozialdemokratie ziemlich verbreitet ist, in denen man über das Wesen des Vaterlandes anders denkt, als er und die massgebenden Mitglieder der französischen Gewerkschaftskonföderation. Durch die ganze sozialistische Welt geht ein Gefühl der Enttäuschung über das Missverhältnis zwischen der numerischen Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrem Einfluss auf die deutsche Politik. In freundschaftlich-schonender Form hat ihm Jaurès auf dem internationalen Kongress zu Amsterdam /1904/ Ausdruck gegeben, als er in seiner eindrucksvollen Rede gegen die Internationalisierung der Dresdener Resolution darauf hinwies, welche grosse Gefahr für den Frieden und die freiheitliche Entwicklung Europas in der Machtlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie bestehe.

Und, warum sollen wir es uns verheimlichen, steckt nicht in diesem Wort ein grosses Stück Wahrheit? Musste es nicht jedem Nichtdeutschen auffallen, wie gleichmütig kühl sich die grösste sozialistische Partei der Welt verhielt, als der Marokkohandel Deutschland um Haaresbreite vor die Eventualität eines Krieges mit Frankreich brachte? Allerdings hatte man in den Reihen unserer Genossen keine rechte Vorstellung von der Erregung, die in jenem Moment durch das ganze nichtsozialistische Frankreich ging, man hielt einfach für undenkbar, was Kenner von Land und Leuten in dieser Hinsicht versicherten, man war vielmehr der sicheren Überzeugung, dass es um Marokkos willen nicht zum Kriege kommen würde. Indes, wenn diese Überzeugung auch durch den Verlauf der Ereignisse Bestätigung erhalten hat, so stösst das die Tatsache nicht um, dass die deutsche Sozialdemokratie passiv blieb, wo ihre politische Mission Aktivität erfordert hätte. Denn der Privatmann darf jeweilen auf von selbst sich vollziehende Beilegung solcher Konflikte hoffen, Parteien aber müssen handeln, um allen Eventualitäten vorzubeugen. Die Sache ist eben die, dass die deutsche Sozialdemokratie, bei aller Internationalität der Gesinnung, überhaupt keine auswärtige Politik hat.

Wie sollte sie auch dazu kommen, eine solche Politik zu haben? Hat denn überhaupt eine Partei, eine Klasse in Deutschland eine auswärtige Politik? Das ist ein Ding, wofür dem Deutschen jeder Sinn fehlt. Denn der Russenhass der 1848er Demokratie war wohl gegen ein auswärtiges Land beziehungsweise dessen Regierer gerichtet, aber eine auswärtige Politik war er darum noch lange nicht. Ebensowenig war der Engländerhass unserer Alldeutschen eine auswärtige Politik, sondern nur deren Karikatur. Eine auswärtige Politik kann nur ein Volk haben, das in dem Gefühl lebt, dass zuletzt es selbst, und nicht die jeweilig Regierenden, die Politik des Landes bestimmt. Dies Gefühl hat das

deutsche Volk nie haben können, weil es nie auch nur die Illusion einer solchen **Mitbestimmung** gehabt hat. Daher seine Indifferenz oder vielmehr, richtiger ausgedrückt, seine **Fremdheit** all diesen Fragen gegenüber. Es hat noch nicht gelernt, sie als **seine** Fragen aufzufassen. In Berlin ist 1878 jener Vertrag geschlossen worden, durch den die Grossmächte Europas die Verpflichtung übernahmen, für die Schaffung geordneter Rechtszustände in Türkisch Armenien zu sorgen. Aber versuche es einer, dem deutschen Volke klarzumachen, dass damit ein Stück dieser Verpflichtung auch auf es übergegangen ist! **Man** wird ihn einfach nicht verstehen.

Das Gefühl oder auch nur die Illusion der Macht lässt sich einem Volke nicht anerziehen, wenn ihm die Tatsache seiner Unmacht jederzeit greifbar vor Augen steht. Und ebenso ist es mit dem revolutionären Empfinden. Gesprochen und geschrieben ist davon sehr viel in unserem Volke. Aber wer da glaubt, dass es in unserem Volke lebe, der täuscht sich. Natürlich ist das Wort *revolutionär* sehr auslegungsfähig, und in irgend einem übertragenen, objektiv-historischen Sinn ist es auch bei uns in die Köpfe übergegangen. Aber in dem Sinne revolutionär, dass er jederzeit bereit wäre, es mit der eingesetzten Behörde aufzunehmen, ist der Deutsche nicht, ist er es niemals gewesen. Wir haben in Verbindung mit den Demonstrationen des 18. März viel davon zu lesen bekommen, dass das deutsche Bürgertum die Revolution von 1848 verraten habe. *Bürgertum* ist auch wieder ein Wort, unter dem man sich alles mögliche denken kann: Grossbourgeois, Mittelbourgeois, Kleinbürger. Die Gross- und Mittelbourgeois bildeten 1848 eine kleine Minderheit der Bevölkerung und wären gar nicht im stande gewesen, die Revolution zu verraten, wenn die grosse arbeitende Masse der Bevölkerung, Kleinbürger, Bauern, Arbeiter, revolutionär gewesen wären. Dass **diese** nicht revolutionär waren, daran ist die Märzrevolution, soweit sie überhaupt verloren ging, gescheitert. Das Dreiklassenwahlsystem wurde im Mai 1849 oktroyiert. In jenen Tagen hatte sich das Volk in Baden und der Pfalz — diesen Oasen der Revolution — erhoben, obwohl ihm solch ein Schlag nicht geboten war. Warum blieb es in Preussen ruhig, warum regte sich so gut wie nichts in Berlin?

Seien wir doch vor allem gegen uns selbst wahr, und plappern wir nicht beständig die Redensarten nach, mit denen die Demokraten von 1848 sich über ihre Niederlagen zu trösten suchten! Es ist wirklich an der Zeit, Inventur zu halten in der überkommenen Phraseologie und mit dem Legendenkram aufzuräumen, der unser Denken immer wieder irreführt. Denn, wenn auch Michels darin absolut unrecht hat, dass er in ganz oberflächlicher Weise auf eine kleinliche Sorge um die paar gesparten Mark — die man obendrein doch leicht sicherstellen könnte — ein Verhalten zurückführen will, das seine wirkliche Erklärung im Wesen unseres Volkes findet, so haben er und andere doch darin recht, dass zwischen der Sprache der deutschen Sozialdemokratie und ihrem wirklichen Verhalten eine Inkongruenz besteht. Unsere Sprache ist, namentlich auf Kongressen, antiparlamentarisch-revolutionär, unsere Praxis aber ist — wenn man den Begriff *revolutionär* so nimmt, wie die Romanen ihn auffassen: als Ausdruck der Tendenz zu gewalttätiger Erhebung — anti-revolutionär-parlamentarisch. Wir sind keine Revolutionspartei, sondern eine Partei der gesetzlich-parlamentarischen Aktion. Von Jahr zu Jahr werden wir es mehr. Immer intensiver widmen wir uns im Reich, wo wir es können.

im Staat und nicht zum wenigsten in den Gemeinden der parlamentarischen Gesetzgebung und Verwaltung. Aufgaben, an denen wir früher achtlos oder selbst nichtachtend vorbeigingen, werden heute von uns mit einem Ernst und Eifer behandelt, die im Lichte der alten Phraseologie oft etwas komisch anmuten, aber im Zusammenhang mit der wirklichen Natur unserer Kampfweise ihre volle Berechtigung haben, notwendig und nützlich sind. Nimmt man den Begriff *parlamentarisch* als Bezeichnung einer Methode, statt ihn auf die Betätigung in den Gesetzgebungskörpern zu beschränken, dann ist auch unsere Gewerkschaftsbewegung in ihrem innersten Wesen parlamentarisch, strebt sie nach parlamentarischer und nicht nach revolutionärer Durchführung ihrer Aufgaben. Nicht weil, wie Michels meint, ihre Beamten es so wollen, sondern, weil es dem ganzen Wesen der deutschen Entwicklung und deutschen Zustände entspricht.

Revolutionäre oder sich für revolutionär haltende Leute mögen das bedauern, aber sie haben kein Recht, hier Verurteilungen auszusprechen. Sie haben ein solches Recht um so weniger, als das, was die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Weise auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet geleistet hat, sich ohne Zagen in der sozialistischen Welt sehen lassen kann. Ich zweifle sehr, ob die französische *Confédération générale*, in deren Ohren das Lied des Genossen Michels Musik sein wird, auch nur die Hälfte dessen für ihre Mitglieder erkämpft hat, die Hälfte des Einflusses auf ihre Industrie ausübt, wie die *kleinmütige*, Gelder aufhäufende deutsche Gewerkschaftsbewegung. Mir will vielmehr diese *revolutionäre* Gewerkschaftlerei als ein verlängertes Kindheitsstadium erscheinen, bei dem dann die Vorteile des jeweiligen Elan durch den Mangel der Beständigkeit immer wieder aufgewogen werden.


Über diesen Punkt und die neue Gewalttheorie Sorels, jetzt des Theoretikers des *revolutionären Syndikalismus*, ein andermal. Um bei der politischen Partei der Sozialdemokratie zu bleiben, so ist selbstverständlich die Erklärung ihrer politischen Unmacht keine Anerkennung, dass alles, was in dieser Hinsicht ist, schön ist und so zu bleiben verdient. Wir sollen nur erkennen, warum es so ist, und aus der Erkenntnis die sich ergebenden Folgerungen ziehen. Und da erhebt sich immer wieder die Frage, ob nicht die deutsche Sozialdemokratie dadurch einen grossen Teil ihrer grossen agitatorischen und organisatorischen Leistungen selbst wieder sterilisiert, dass sie mit einer Taktik, die den deutschen Verhältnissen durchaus entspricht, die als deren natürliches Produkt sich sozusagen von selbst aufgedrängt und durchgesetzt hat, eine offizielle Phraseologie verbindet, die ihr immer weniger entspricht. Was wir sind, sollen wir streben, ganz zu sein. So nur werden wir dazu kommen, die Ereignisse zu lenken, statt uns von ihnen tragen zu lassen. Bisher ist uns das letztere stets geglückt, weil unsere Gegner es mit merkwürdigem Geschick verstanden haben, immer wieder neues Wasser auf unsere Mühle zu lenken. Den Erfolgen, die wir auf solche Weise als negierende Opposition erzielt haben und eben jetzt in der Frage der Reichsfinanzreform wieder erzielen, steht ein sehr magerer Rekord in Erfolgen der fordernden Opposition gegenüber.

Ist das notwendig? Oder machen wir nicht unseren Gegnern beziehungsweise den Regierenden das *Neinsagen* oft leichter, als wir, bei voller Aufrechterhaltung des grundsätzlichen Charakters unserer Opposition, brauchten? Denn, um jeder Missdeutung vorzubeugen, das Anerkennen des parlamentarischen Charakters

unseres Kampfes bedeutet noch nicht das geringste Preisgeben des Unterschiedes, der die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse von allen anderen Parteien trennt. Die Sozialdemokratie hat Aufgaben zu erfüllen, denen sie gar nicht gerecht werden kann, ohne sich als Klassenpartei der Arbeiterschaft, als Glied der internationalen Bewegung der Arbeiterklasse zu fühlen. Selbst vom Standpunkt der ganz objektiven Dynamik des Parteilebens ist die Existenz und kraftvolle Betätigung einer solchen, der Sonderinteressen des bürgerlichen Eigentums ledigen Partei heute eine Notwendigkeit. Also hieran darf und soll nicht gerüttelt werden. Aber gerade das Bewusstsein der Geschlossenheit in diesem Punkte muss uns zu grösserer Freiheit im Handeln führen, als es heute der Fall ist. Das Wort von der Unmacht der deutschen Sozialdemokratie hat nur bedingte Richtigkeit. Die Partei ist eine sehr bedeutende Macht, wenn auch eine Macht, die mehr indirekt, als direkt wirkt. Aber sie ist doch selbst in dieser Hinsicht nicht die Macht, die sie ihrer numerischen Stärke und der Disziplin ihrer Anhänger nach sein könnte und deshalb auch sein sollte. Um Formeln willen, die unter dem Einfluss der Entwicklung der Verhältnisse jede Berechtigung verloren haben, vergräbt sie ihr Pfund. Sie und, wie wir gesehen haben, andere sozialistische Parteien. Es ist ein fast dramatischer Kampf, den wir bald in dem einen, bald in dem andern Land — so neuerdings wieder in Holland — sich abspielen sehen: der Kampf der Einsicht in die Notwendigkeiten der veränderten politischen und wirtschaftlichen Zustände mit den unter ganz anderen Verhältnissen abgeleiteten Satzungen. Ehe sie aber in diesem Kampf ihr Niveau gefunden haben werden die sozialistischen Parteien nirgends dem höchsten Gebote gerecht werden, das da lautet: Leiste, was du kannst!

XX

WILHELM SCHRÖDER · SOZIALDEMOKRATIE UND KIRCHE

URZEIT steht wieder einmal das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Kirche auf der Tagesordnung. Der preussische Schulgesetzentwurf hat den Anstoss zu einer Agitation gegeben, die auf den Austritt aus der Landeskirche hinzielt. Sie geht von den freireligiösen Gemeinden aus und findet in sozialdemokratischen Kreisen hier und da Billigung und Unterstützung. Im *Vorwärts* vom 27. Januar wurde mit Genugtuung konstatiert, dass die am 21. Januar in den Wahlrechtsversammlungen verteilten Flugblätter der Freireligiösen schnell vergriffen waren, und in einer Polemik mit der *Vossischen Zeitung* spottete unser Berliner Parteiorgan dann weidlich über den Vorschlag des liberalen Blattes, dass die Arbeiterschaft nicht der Kirche den Rücken kehren, sondern sich an den Kirchenwahlen beteiligen sollte. Im selben Sinne bewegte sich eine Plänkelei, die zwischen dem Berliner und dem Münchener Parteiblatt ausgebrochen war, weil das Münchener Blatt freudestrahlend über einen sozialdemokratischen Sieg bei den Kirchenwahlen in Sendling und Schwabing berichtet hatte. Der *Vorwärts* stellte es den Parteigenossen frei, die Beteiligung an solchen Wahlen, die in früheren Tagen übrigens gar nicht so abnorm war, je nach Auffassung und Tempera-

ment als Verstoss gegen die Parteiprinzipien oder als harmlose Schrulle anzusehen, hielt es also für ungehörig, wenn Sozialdemokraten, sei es immer in welcher Absicht, sich an den Arbeiten der Kirche beteiligen. Nun kann man allenfalls aus der den Münchenern erteilten Rüge herauslesen, dass das Berliner Blatt die Stelle von der *Erklärung der Religion zur Privatsache* im Parteiprogramm so aufgefasst wissen wollte, dass sie nicht nur für die sozialistische Gesellschaft gelten, sondern dass es heute schon in das Belieben jedes einzelnen Parteigenossen gestellt sein soll, ob er je nach Neigung sich für seine Person religiös oder religionsfeindlich betätigen will, dass man aber nur nicht korporativ von Partei wegen für oder gegen Kirche und Religion eintreten dürfe. Aber dafür, dass so ein rein formeller Verstoss gegen das Parteiprogramm nicht gemeint war, spricht die Erfahrung, dass eine anti-religiöse Propaganda in sozialistischen Organisationen wohl kaum gerügt wurde, von religiöser Propaganda an solcher Stelle hingegen noch nicht die Rede war. Vielmehr haben Sozialdemokraten immer, wo sie aus ihrer Reserve herausgetreten sind, sich gegen die geistlichen Mächte ausgesprochen, und zwar, ohne dass sie in der Parteipresse für die antikirchliche Propaganda an sich getadelt wurden. Höchstens, dass in katholischen Gegenden hin und wieder jemand auf die Hindernisse hinwies, die ein gar zu plump offener Hass gegen die Religion der sozialistischen Agitation bereite. Wo aber jemand aus dem kirchlichen Lager zu uns kam, da entschuldigte er sich beinahe wegen der religiösen Gesinnung, die ihm auch als Sozialdemokraten noch anhafte, und mehr noch wegen seiner Zugehörigkeit zur Kirche, ein Fehler, den Genosse Göhre dadurch sühnt, dass er ebenfalls als Antwort auf die preussische Schulvorlage den Austritt aus der Landeskirche empfiehlt.

Gewiss ist nicht zu leugnen, dass unter den führenden Genossen in der Partei sich manche befinden, die von einer als parteioffiziell zu deutenden Kriegserklärung gegen die Religion nichts wissen wollen; aber diese Genossen halten es so selten der Mühe für wert, mit ihrer Ansicht hervorzutreten, dass es vor einiger Zeit schon Aufsehen machte, als ein wegen seiner bayerischen Höflichkeit besonders in Berlin beliebter Reichstagsabgeordneter es in öffentlicher Versammlung auf sich nahm, auf die gar zu dumme Frage nach der Stellung seiner Familienangehörigen zur Kirche die gebührende Antwort zu geben, die trotz aller satirischen Schärfe in diesem Fall wohl nicht einmal von dem Fragesteller verstanden wurde. An sich ist die der Kirche feindliche Haltung der meisten unserer Parteigenossen auch vollauf begreiflich. Protestantische, wie katholische Geistliche haben es seit dem ersten Auftreten der Sozialdemokratie für ihre wesentlichste Pflicht gehalten, die proletarische Partei zu bekämpfen. Sie sind mit solchem Eifer gegen die Männer und Frauen zu Felde gezogen, die an den Glauben vom ewigen Bestand der kapitalistischen Weltordnung zu rütteln wagten, dass dieser Eifer der Priesterschaft den Beinamen der *geistlichen Gendarmerie* eingetragen hat. Sie überlegten keinen Augenblick, ob es nicht vielleicht wirklich an der Zeit sei, eine neue Wirtschaftsordnung vorzubereiten, und dass die Religion, die an die zweitausend Jahre unter den verschiedensten wirtschaftlichen Daseinsformen sich am Leben erhalten hat, auch in einer sozialistischen Gesellschaft eine Wirkungsstätte finden könne. In diesem Glauben an die Schädigung von Religion und Kirche durch den *Zukunftsstaat* aber begegneten sich die Geistlichen nicht nur

mit minder hervorragenden Agitatoren der Sozialdemokratie, sondern auch mit manchen von deren Theoretikern. Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung waren der Ansicht, dass der Sozialismus als Erbe der klassischen Philosophie auch den Beruf habe, die Religion überflüssig zu machen; wenn die neue Ordnung der Dinge eine Weile etabliert sei, fühle der Mensch sich immer weniger von den Einwirkungen der Natur abhängig und habe deswegen keine Ursache mehr, einen Gott in Nöten um Beistand anzuflehen. So sterbe denn die Religion einen mehr oder weniger sanften Tod aus Überflüssigkeit und Altersschwäche. Das war die mildeste, abgeklärteste Auffassung; wer mitten im Kampfe stand, äusserte sich schroffer. Und was in ungebildeten Kreisen für Worte fielen, braucht wohl kaum angedeutet zu werden. Mit Sorgfalt wurden solche religionsfeindlichen Äusserungen selbstverständlich von der Geistlichkeit gesammelt und den getreuen Schäflein als abschreckendes Beispiel vom Wesen der Sozialdemokratie vor Augen gehalten.

So hält sich das Mass von Schuld auf beiden Seiten die Waage, so ist aber auch in der deutschen Sozialdemokratie ein Zustand hervorgerufen, der die Frage angebracht erscheinen lässt, ob es denn wirklich der Verbreitung unserer Ideen förderlich ist, wenn wir Kirche und Religion als unsere Todfeinde betrachten. Ich bin nicht berufen, mich auf den mir fremden Pfaden philosophischer Erwägungen zu ergehen und zu erörtern, ob und in wie weit die materialistische Geschichtsauffassung mit dem Wesen des Sozialismus verquickt ist, ob Christentum und Sozialismus sich wirklich wie Feuer und Wasser scheiden, oder ob diejenigen recht haben, die den Sozialismus für die Vollendung des christlichen Gedankens halten, in ihm die Krönung der Lehre Jesu sehen. Auf diese Fragen treten zurück vor den rein praktischen, welche die Gegenwart und eine hoffentlich in nicht allzu weiter Ferne liegende Zukunft stellen. Die Gegenwart wirft, wie gesagt, die Frage auf, ob die religions- und kirchenfeindliche Haltung so mancher Sozialdemokraten dem Sozialismus einen ähnlichen Gewinn gebracht habe, wie der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre profanen Stützen. Wohl nur wenige werden diese Frage bejahen. Es wäre töricht, eine Anklage zu erheben, und es soll durchaus zu gegeben werden, dass die feindliche Haltung unserer Parteigenossen notwendig war infolge der Stellung, welche die Diener der Kirche der sozialistischen Lehre gegenüber eingenommen haben. Wenn in diesem Kampfe von unserer Seite gar oft ein Wort zu viel gesagt wurde, so ist das in jeder Hinsicht begreiflich, da nicht allein manchen Geistlichen fast jedes Kampfmittel recht war, sondern auch der Staat sich der Kirche innig verschwistert fühlte und mit seinen plumpen Polizeiwaffen zu ihren Gunsten derart in den Streit eingriff, dass den einsichtigen Priestern bei aller Feindschaft gegen die Sozialdemokratie ob solchen Beistandes angst und bange werden musste. Aber diese günstige Chance, dieser erklärliche und gerechtfertigte Standpunkt hilft nicht über die Tatsache hinweg, dass der Gewinn im Kampf dem Einsatz nicht entspricht. Die Agitation für den Austritt aus der Landeskirche dauert Jahrzehnte, und sie ist mit beträchtlichem Aufwand von Mühe geführt worden. Wo irgend ein Haken sich einschlagen liess, geschah es. Benahm ein Pastor sich unangemessen am Grabe eines Sozialdemokraten, wurden die Kirchensteuern am Orte erhöht, wurde zu gunsten des kirchlichen Einflusses die Verwaltung oder gar die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt: kein Anlass ging

vorüber, ohne dass die freireligiöse Agitation unter dem mehr oder weniger nachdrücklichen Beistand sozialdemokratischer Blätter mit Eifer eingriff. Was war das Fazit dieser unausgesetzten Mühen? Gewiss, der kirchliche Sinn hat namentlich in der protestantischen Bevölkerung immensen Schaden gelitten, es ist vor allem bei dem grossstädtischen Proletariat eine Gleichgültigkeit in religiösen Dingen eingetreten, wie nie zuvor in der Geschichte des Christentums; und diese Gleichgültigkeit erfüllt namentlich die protestantische Kirche mit schwerer Sorge, treibt sie in ihrer nervösen Unruhe zu so kostspieligen und nutzlosen Experimenten, wie wir sie in der Berliner Kirchenbauerei der Zeit seit 1888 vor uns haben. Nur ist zu erwägen, ob diese Gleichgültigkeit eine Folge der antikirchlichen Agitation ist, oder ob sie nicht vielmehr in dem gebrechlichen Zustande der preussisch-protestantischen Kirche selbst ihre Ursache hat. Letzteres muss unbedingt bejaht werden. Einmal, weil wir sehen, dass die klüger geleitete und vom Staat fast unabhängige katholische Kirche trotz aller Angriffe ziemlich vollkräftig dasteht und sich nach wie vor auf zahlreiche Volksmassen stützen kann, und dann, weil der positive Gewinn, soweit man ihn folgerichtig in nennenswerten Austrittserklärungen, in einem beträchtlichen Wachstum der freireligiösen Gemeinden sehen will, denn doch gar gering anzuschlagen ist und unter den Leitern der Agitation wohl kaum einen befriedigen dürfte.

Seien wir ehrlich. So stark im deutschen Proletariat das Bedürfnis ist, dem Unmut über die schlimmen politischen und wirtschaftlichen Zustände durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel bei den Reichstagswahlen, durch Anschluss an die gewerkschaftlichen Organisationen Ausdruck zu geben, so gering ist die Neigung, gegen Religion und Kirche laut zu protestieren. Gewiss, die Zahl der positiven Christen, ja auch nur der gelegentlichen Kirchenbesucher ist gering im Proletariat, aber ebenso gering ist die Zahl derer, die es der Mühe für wert halten, ihrem Bruch mit der Religion dadurch offen Ausdruck zu geben, dass sie ihren Austritt aus der Landeskirche erklären und ihre Kinder nicht taufen lassen. Alle Agitation in dieser Richtung hat kein befriedigendes Ergebnis gehabt und wird auch trotz aller reaktionären Schulgesetze nur mit mässigem Gewinn abschliessen. Es mag paradox klingen, ist aber dennoch wahr, dass diese Gleichgültigkeit sowohl gegen die Kirche, wie gegen die antikirchliche Bewegung in gewissen religiösen Empfindungen des Proletariats, vor allem seiner weiblichen Mitglieder, seine Ursache hat. Die deutsche Arbeiterfrau ist durchaus damit einverstanden, dass ihr Mann sozialdemokratisch wählt, und begreift auch allmählich, dass er zur Verbesserung seiner Lage einen Teil des Arbeitseinkommens der modernen Sparkasse, der Gewerkschaft, zutragen muss; sie wehrt sich, von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen, aber mit Händen und Füssen gegen einen öffentlichen Bruch mit der Kirche und ist unglücklich, wenn das Machtwort des Mannes ihren Kindern die Taufe verwehrt. Die Arbeiterfrau fühlt, dass die Diener der protestantischen Kirche ihrem proletarischen Empfinden mit ebenso wenig Verständnis begegnen, wie dem ihres Mannes; es berührt sie eiskalt, wenn sie vernimmt, wie wenig so ein Pastor vom Volk, seinem Elend, seinem Verlangen weiss. Aber mit Kirche und Religion will sie bei alledem nicht brechen. Und nicht allein die Arbeiterfrau, auch mancher Arbeiter steht auf diesem Standpunkt. Dass aber die Religion dort, wo ihre Diener zuweilen den

Ton des Volkes zu treffen wissen und zum grossen Teil gar aus dem Volk hervorgegangen sind, noch in Macht und Ansehen steht, zeigt die katholische Kirche. Ihre Kapläne bekämpfen zwar die als religionsfeindlich verschrieene Sozialdemokratie nicht minder eifrig, wie die protestantischen Pastoren, doch kommt ihnen selbst im Traum nicht die Befürchtung, dass die Grundpfeiler der Kirche von der Sozialdemokratie erschüttert werden könnten. Mit Gemütsruhe sieht der erfahrene Priester, wie auch heute noch übreifrige Feinde der Religion sich an ihren granitnen Säulen den Schädel einrennen.

Und die Priester können ruhig sein. Gewiss hat die weltliche Macht der katholischen Kirche seit der Reformation und vor allem im XVIII. und XIX. Jahrhundert erhebliche Einbusse erlitten; diese Kirche denkt aber gar nicht daran, sich auf ihr Ende vorzubereiten, sie fühlt sich heute so rüstig und lebensfreudig, wie nur je. Mit dieser Tatsache aber und auch mit dem dunklen religiösen Drange der Volksmassen, der trotz allem auch in protestantischen Gegenden eines Tags wieder zum tätigen Leben erwachen kann, muss die Sozialdemokratie rechnen. Sie kann dies um so ruhiger, als ihre Ziele zu erreichen sind, ohne dass sie mit der Religion zu kollidieren braucht. Die religionsfeindlichen Agitatoren unter uns ignorieren gar zu leicht die Macht des Gemüts beim Gebildeten und Ungebildeten, eine Macht, in der die Religion ganz wesentlich wurzelt, und die in der Beschäftigung mit den doch im wesentlichen wirtschaftlichen Problemen des Sozialismus nicht völlig zur Geltung kommen, keine genügende Befriedigung finden kann. Diesen nicht weg zudisputierenden Wesenszug auch des deutschen Volkes hat die Sozialdemokratie aber mit in Rechnung zu stellen.

Man komme nicht mit dem billigen Einwand, dass die Tage der Kirche fruher oder später dennoch gezählt seien! Ganz gewiss wird auch den christlichen Religionen eines Tages die Sterbestunde ebenso schlagen, wie den Religionen vergangener Völker. Aber so weit sind wir eben noch lange nicht, und wenn wir wollen, dass der Sozialismus nicht im IV. Jahrtausend unserer Zeitrechnung, sondern im XX. Jahrhundert das leitende Prinzip der Volksgemeinschaften werde, dann kommen wir über Religion und Kirche nicht hinweg. Ihr Fonds im Volke wird trotz schlechten Wirtschaftens auch in diesem Jahrhundert noch recht ansehnlich bleiben. Das mag schmerzlich für die zahlreichen Gegner der Kirche in unseren Reihen sein, ist aber nicht zu ändern, am wenigsten mit den bisher unter uns beliebten Mitteln. Den Parteigenossen, die nun einmal den Lehren des grossen Paulus und des kleinen Katechismus ewige Feindschaft geschworen haben, sei das Scherzwort ins Gedächtnis gerufen, dass wenigstens der kleine Katechismus das beträchtlichste Argument gegen seine Lehren auf der letzten Seite selbst enthält: das Einmalems nämlich Wie mit den ewigen Wahrheiten dieser letzten Seite auch der ärgste Religionsfeind sich zufrieden geben kann, so kann er, wenn er sich die Wirkung vor Augen führt, auch mit dem gegenwärtigen Zustand enger Verschwisterung von Kirche und Staat einverstanden sein. Diese enge Verbindung des Konkreten und Abstrakten, weltlicher und geistlicher Macht lähmt die Tatkraft der Kirche, macht sie siech und im Volke verhasst, offenbart gar grausam den Gegensatz zu ihrem Stifter, dessen Reich nicht von dieser Welt war. Die selbe Kirche aber, die in Preussen an einer scheinbar kaum zu heilenden Schwäche leidet, ist voller Lebenskraft und hat einen beträchtlichen Einfluss auf das

ADELHEID POPP · DIE ÖSTERREICHISCHE WAHLREFORM UND DAS FRAUENWAHLRECHT



Die berüchtigte fünfte Kurie hat ausgelebt. Sie ist im heissen Sturm von der Arbeiterschaft niedergerungen worden. Am 30. Januar hat sich das Parlament versammelt, dem die geschichtliche Aufgabe zufällt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Österreich durch Gesetzeskraft einzuführen. Dem bisher so unfruchtbaren, jetzt plötzlich so unheimlich fruchtbaren Parlament ist noch eine rühmliche Aufgabe beschieden, es hat die Privilegien, auf Grund deren es gewählt ist, zu beseitigen. Leicht geht ja diese Amputation nicht vor sich, aber sie wird vollzogen werden. An dem Ministerium Gautsch sieht man so recht, wie sich die Dinge wandeln. Vor kurzem noch ein Gegner der Wahlreform, ist der österreichische Ministerpräsident jetzt ihr Verteidiger. Die Sprache der österreichischen Arbeiter war eine so ernste, eine so eindringliche, dass sich niemand ihrer Wirkung entziehen konnte.

Im September 1905 wurde man von dem Wahlrechtsprogramm Kristoffys, des ungarischen Ministers des Innern, überrascht. Kristoffy bekannte sich als unbedingten Anhänger des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, und das Ministerium Fejervary erhielt vom Kaiser die Vorsanktion zur Einführung dieses Wahlrechtes in Ungarn. Darauf versammelte sich ein Minister-rat unter dem Vorsitze des Kaisers, dessen Resultat war, dass das Programm Kristoffys als gescheitert betrachtet wurde. Baron Gautsch hatte schwere Bedenken geäussert, er fürchtete die Wirkung, die das allgemeine Wahlrecht in Ungarn auf die österreichische Arbeiterschaft ausüben würde. Nun begann der Kampf der österreichischen Arbeiter gegen Gautsch. Die *Arbeiterzeitung* stand da an erster Stelle. Eine Reichskonferenz, die in Wien tagte, bekundete die festeste Entschlossenheit, sich diese Haltung des Ministerpräsidenten nicht gefallen zu lassen. Das Parlament wurde eröffnet, und Gautsch wurde von den Sozialdemokraten mit einem Sturme begrüsst, in dem sich all das äusserte, was zum Kampfe gegen ihn bewogen hatte. Aber das Wunderbare ereignete sich: die Sozialdemokraten blieben allein. Alle die Parteien und Parteichen, die sonst nicht spröde waren, wenn es gegen die Regierung ging, schwiegen. Gautsch wehrte die Anklage ab, dass er, dem Einflusse mächtiger Erzherzoginnen sich fügend, die Wahlreform in Ungarn verhindert hätte. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein Feind des allgemeinen Wahlrechtes zu sein, nur für zeitgemäss hielt er es noch nicht.

So stand die Sache am 9. Oktober. In den Kronländern wurden die Landtage eröffnet, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft Prags proklamierte für den Tag der Landtagseröffnung die Arbeitsruhe. Ein grandioses Bild proletarischer Macht zeigte sich. Prag war an dem Tag von den Arbeitern beherrscht. Keine Hand regte sich zu produktiver Arbeit, keine Strassenbahnverkehrte, kein Laden war geöffnet. Eine Deputation begab sich zum Präsidenten des Landtages und zum Statthalter, dem Vertreter der Regierung um die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu unterbreiten. Prags glänzendes Beispiel wirkte in ganz Österreich. Wo ein Landtag eröffnet wurde, demonstrierten die Arbeiter und sandten Deputationen

zu den höchsten Landesbehörden. Eine Ausnahme machte Niederösterreich. In Niederösterreich ist Dr. Lueger Landmarschallstellvertreter; wer hätte es vermocht, dem christlichsozialen Landtag die Forderung nach einem gerechten Wahlrecht zu unterbreiten? Die Wahlrechtsbewegung war aber im Rollen. Gespannt wurde der Parteitag erwartet, der für den 29. Oktober und die folgenden Tage einberufen war. Zwei Punkte enthielt die Tagesordnung, auf die sich alles Interesse konzentrierte: die Frage des allgemeinen Wahlrechts und die des Massenstreiks. Das Referat über das Wahlrecht war fast zu Ende, da traf das Telegramm ein, das die erste Nachricht brachte von dem Zarenmanifest, das dem russischen Volke ein Parlament und die Erfüllung anderer Forderungen verhiess. Die Parteitagsteilnehmer sangen spontan revolutionäre Lieder, die *Marseillaise*, die *Rote Fahne*, der *Sozialistenmarsch* brausten, mit revolutionärster Begeisterung gesungen, durch den Saal. Das war um die Mittagszeit. Am Abend waren schon Tausende von Arbeitern auf der Ringstrasse. Vor der kaiserlichen Burg und vor dem Parlament ertönten Hochrufe auf das Wahlrecht. Von jedem erhöhten Platze wurden Reden gehalten. Auch die Rampe des Parlaments war zur Rednertribüne geworden, die Tausende umstanden. Die denkwürdige *Sofiensaalversammlung* folgte. Es war am 2. November, wo Wiener Polizeifunktionäre noch meinten, die Wahlrechtsbewegung könnte mit Säbelhieben und Attacken der Berittenen erdrückt werden. Das auf der Ringstrasse vergossene Blut, die verbundenen Köpfe, die zerfetzten Kleider konnten wohl bezeugen, wie die Wiener Polizei das *Ordnungsmachen* versteht: die Wahlrechtsbewegung ging unaufhaltsam weiter. Im Landtag von Niederösterreich erklärte der Statthalter mit Pathos, dass die Regierung fest entschlossen sei, den *Terrorismus der Strasse* nicht zu dulden. Einen Tag später, am 5. November, waren 50 000 bis 60 000 Menschen auf der Ringstrasse und behaupteten ihr Recht auf die Strasse. Auf den Flaggenstangen vor dem Parlament, von denen sonst die schwarz-gelbe Fahne weht, flatterte die rote Fahne stolz in die Lüfte. Und der Brunnen der Pallas Athene, der die Parlamentsrampe schmückt, trug einen weithin sichtbaren Streifen mit der Aufschrift *Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!* Die Polizeihelme blitzten in der Sonne, die Mannschaft von ganz Wien war aufgeboten, wie eine Mauer standen sie, um von beiden Seiten den Zutritt zur Hofburg abzusperren. Die Arbeiter aber beherrschten in unüberschbarer Menge den Franzensring. Von der *Bellaria* bis zum Schottentor, Wahlrechtskämpfer. Mit selbstgeschaffener Disziplin boten sie eine der imposantesten Manifestationen, die es je gegeben hat.

Eine rastlose, unermüdlige Arbeit begann nun. Einmütig unter nicht endenwollendem Jubel hatte der Parteitag beschlossen, zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes auch den politischen Massenstreik in Aussicht zu nehmen. Am Tag der Parlamentseröffnung sollte in Wien Arbeitsruhe sein. Die Arbeitsruhe herrschte aber in ganz Österreich. Der 28. November 1905 wird jedem, der diese grandiose Arbeitermanifestation miterlebt, unvergesslich bleiben. Bis 2 Uhr nachmittags blieben in Wien alle Geschäfte geschlossen. Die christlichsoziale Stadtverwaltung hatte sich eingebildet, der Strassenbahnverkehr müsse aufrecht bleiben. Vergebenes Hoffen! Als die Arbeiterzüge aus den Bezirken sich der Stadt nahten, gab es keinen Verkehr mehr. Er hob sich von selbst auf. Fünf Stunden hat das Defilé der Viertel-

million vor dem Parlamente gedauert. Die Arbeiterinnen haben in ungesehener Zahl an der Demonstration teilgenommen. Sie hatten das Erstaunen der bürgerlichen Presse erweckt. Auch Frauen im Kampfe für das Wahlrecht, das hatte man in solchen Massen nicht erwartet. Draussen der feste Schritt der Arbeitermassen, im hohen Hause die Deputation der Arbeiter, die den beiden Präsidenten des Herren- und des Abgeordnetenhauses und dem Ministerpräsidenten die Wünsche der Arbeiter vortrug. Und Baron Gautsch erklärte jetzt, die Wahlreform machen zu wollen.

Selbstverständlich meldeten sich auch die Feinde der Wahlreform; offen und versteckt wühlten und intriguierten sie, um noch etwas zu retten. Die Christlichsozialen, die ohne Wahlrechtsraub nicht leben können, verlangten eine fünfjährige Sesshaftigkeit. Die polnische *Schlachta* wollte die Wahlen indirekt haben. Die hochmögenden Herren bangten um ihre Mandate. Die galizischen Bauern erhoben sich aber gegen ihre langjährigen Bedrücker, sie wollten freisein von der Vertretung durch die gnädigen Herren. Auch das Herrenhaus wehrte sich. Die hochgeborenen Herren haben scharfe Worte gegen den Ministerpräsidenten gefunden, weil er sich den *Argumenten der Strasse* gebeugt, weil er die Demonstration vom 28. November nicht mit Polizei und Militär unterdrückt habe. Aber schliesslich begreift auch dieses Haus, dass das allgemeine Wahlrecht nicht mehr aufzuhalten ist.

Am 23. Februar wurde endlich der Wahlreformentwurf nebst einer Anzahl Nebengesetze dem Parlament vorgelegt. Der Ministerpräsident hielt eine wirklich mutige und staatsmännische Rede. Er ist jetzt von der Unaufschiebbarkeit der Wahlreform überzeugt: »Mein Sturz ist nicht der Sturz der Wahlreform.« Die Vorlage bringt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Freilich, alle Parteien klagen. Die nationalen Schwierigkeiten sind in der Tat nicht gering. Jede Nation hält sich für benachteiligt: bei der Einführung des gleichen Wahlrechts ist es eben unmöglich, den einzelnen Gruppen ihren jetzigen Besitzstand zu wahren. Die Regierung erklärt sich auch zu Kompromissen bereit und ist bestrebt, allen billigen Wünschen der bürgerlichen Parteien entgegenzukommen. Gleichwohl hat bis jetzt kein Redner der erbgesessenen Kurien es versäumt, der Regierung den *Schimpf* ins Gesicht zu schleudern, dass die Wahlreform für die sozialdemokratische Partei gemacht sei. Die Kurien sind nicht mehr zu halten, das fühlt jeder; aber es ist, ach, so schwer, sich von ihnen zu trennen! Auch für die Wahlreform wurden glänzende Reden gehalten; so von dem Jungtschechen Kramarc und dem Deutschen Lecher, welcher letzterer freilich mehr als Person, denn im Namen seiner um ihre Mandate bebenden Partei auftrat. Von den Sozialdemokraten sprachen Adler und Daszynski, die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses begleitete ihre Ausführungen.

Die Regierungsvorlage entspricht durchaus nicht allen Forderungen der Sozialdemokratie. Das hat auch Genosse Adler im Parlament erklärt. Vor allem auch: Der einen Hälfte der Bevölkerung, den Frauen, wird das Wahlrecht gänzlich vorenthalten. Dennoch wird die Sozialdemokratie jedem Versuch die Reform zu gefährden oder zu verschleppen, mit Nachdruck entgegenzutreten mag man sie auch nach Herzenslust *Regierungspartei* nennen. Man darf der Arbeiterschaft wirklich nicht zumuten, die Sicherung ihres hart erkämpften


Rechtes im Stich zu lassen, nur, um Opposition machen zu können! Also das allgemeine Wahlrecht wird kommen, allgemein — mit Ausschluss der Frauen. Warum ist nun im Wahlrechtskampf der letzten Monate das Frauenwahlrecht im Hintergrund geblieben?

Auf dem Parteitag in den Tagen des Oktober und November haben die Vertreterinnen der Genossinnen in deutscher und tschechischer Sprache erklärt, dass sie den grossen Augenblick begreifen und den Kampf ums allgemeine Wahlrecht nicht beeinträchtigen wollen durch das Verlangen, das Frauenwahlrecht in diesem Augenblicke besonders zu betonen. Sie hielten aber daran fest, dass das Wahlrecht erst dann ein allgemeines sein werde, wenn es auch die Frauen haben werden. Die Genossinnen bauen darauf, dass die von politischer Ungleichheit befreiten Männer des Proletariats die hervorragendsten Kämpfer für die gleichen Rechte der Frauen sein werden. Die Genossinnen erklärten ferner, dass die Arbeiterinnen an der Seite der Männer stehen würden, wenn es zum politischen Massenstreik käme. Der Parteitag hat diese Erklärung mit Enthusiasmus aufgenommen.

Die über das Wahlrecht beschlossene Resolution war die erste auf einem österreichischen Parteitag, die nicht aussprach, dass das Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes gefordert werde. Der Referent begründete diese Unterlassung damit, dass es in diesem grossen Augenblicke nur gelte, das momentan Erreichbare zu fixieren. Die Genossinnen stimmten zu. Sie haben während der mehrwöchentlichen Wahlrechtskampagne gearbeitet, wie jeder Parteigenosse, mit voller Intensität, mit ungezügelter Begeisterung. Sie haben Anteil an allen Erfolgen, die erreicht wurden. Die Partei erkennt das rückhaltlos an. Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen waren durchdrungen von dem Bewusstsein, dass ein Sieg der sozialdemokratischen Arbeiter auch einen Sieg der rechtlosen Frauen bedeute. Aber sonderbar, die selben bürgerlichen Kreise, die dazu geschwiegen hatten, dass den Arbeitern unausgesetzt politisches Unrecht zugefügt wurde, begannen sich aufzuregen, dass man vom Frauenwahlrecht nicht spräche. Bürgerliche Schriftsteller und Abgeordnete, die für das allgemeine Wahlrecht der Männer nie ein mutiges Wort gefunden hatten, verlangten das Wahlrecht für die Frauen. In einer Versammlung bürgerlicher Frauen, die das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen forderte, sprach man die Befürchtung aus, die Sozialdemokratinnen würden in ihrem Vertrauen zur Partei Enttäuschungen erleben — wie in Belgien, meinte man. Kurz, es sah beinahe so aus, als wären die Bürgerlichen radikaler, als die Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts.

In Wahrheit ist es anders. Ohne die Sozialdemokraten gäbe es überhaupt keine Wahlreform, und die selben Leute, die es als *beschämend* empfanden, dass in der ganzen Wahlrechtsbewegung nichts vom Frauenwahlrecht geredet wurde, haben wohl noch sehr wenig Tinte gegen das Unrecht verschrieben, dass man auch den ohne Zweifel politisch reiferen Männern das gleiche Recht so lange vorenthalten hat. Nebenbei bemerkt, haben die Genossinnen in allen Versammlungen sehr viel für das Frauenwahlrecht gesprochen. Und die *Arbeiterinnenzeitung* hat beinahe jede Nummer damit ausgefüllt. Dass die Genossen nicht das gleiche getan haben, und tatsächlich in dem ganzen Wahlrechtskampf von den sozialdemokratischen Rednern über die Berechtigung des Frauenwahlrechts nicht gesprochen wurde, haben auch die Genossinnen mehr oder weniger

WALLY ZEPLER · DAS PSYCHISCHE PROBLEM IN DER FRAUENFRAGE

 ENOSSE Edmund Fischer hat sich wirklich ein Verdienst um das weibliche Geschlecht erworben, als er vor einem Jahre in den *Sozialistischen Monatsheften* zu einer Kritik unserer Auffassung in der Frauenfrage die Anregung bot.¹⁾ Die lebhafteste Diskussion, die sich überall in der sozialistischen Presse an seinen Artikel knüpfte,²⁾ die Verschiedenheit der Gesichtspunkte, die zu Tage traten, waren Beweis genug für die Berechtigung seiner Behauptung, es gebe in dieser Frage gar keinen feststehenden sozialdemokratischen Standpunkt. Wie sollte das auch möglich sein, wo es sich, wie hier, um Anschauungen handelt, die in sich neben allen wirtschaftlich-soziologischen so überaus komplizierte psychologische Probleme umschliessen, Probleme, die sich naturgemäss dem statistischen Nachweise, der Messung durch die Zahl so völlig entziehen! Zu der Schwierigkeit, die in den Dingen selbst liegt, kommt nun in der Tat die rein methodologische Unklarheit, die Oda Olberg treffend hervorgehoben hat, das heisst die Unklarheit und Zerfahrenheit der Problemstellung. Statt, wie es unerlässlich wäre, zunächst einmal genau zu untersuchen, wieweit wir überhaupt aus dem Seienden Schlüsse auf das werdende ziehen dürfen, wieweit wirkliche Sicherheit über die Beobachtung des Jetzt gewonnen werden kann, statt den Kern des Ganzen herauszuschälen und von allem Nebensächlichen loszulösen, werden gerade hier, wo es sich gar nicht um eine einheitliche, sondern um einen Komplex der verschiedensten Fragen handelt, alle Argumente bunt durcheinandergewürfelt, wird Licht und Schatten je nach der Parteien Hass und Gunst mit möglichst groben Effekten verteilt. Es bleibt mir deshalb nichts übrig, als zuvörderst die methodologische Unterfrage noch einmal kurz zu berühren.

Mit Recht fordert Oda Olberg an einer Stelle ihres sehr interessanten Artikels, dass vor jeder Untersuchung dieser Art der einzelne sich darüber klar werde, wieweit er an eine unabänderlich vorgezeichnete geschichtliche Entwicklung glaube, das heisst an eine Entwicklung, die, von menschlichem Wollen und Wünschen unbeirrbar, ihre mit Notwendigkeit vorausbestimmten Bahnen zieht. Ich stehe hier auf dem Standpunkt, dass der Komplex des verschiedenen Wünschens und Strebens der Menschen — sei dieses selbst nun aus wirtschaftlichen Strömungen oder aus ethischer oder geistiger Erkenntnis geboren — die historische Entwicklung nicht sowohl beeinflusst, als einfach darstellt. Das heisst, aus den Gegensätzen des Fühlens und Denkens, aus dem harten Kampf der Ideen ringt sich langsam das werdende empor. So betrachtet, erscheinen zum Beispiel alle, auch die gegensätzlichsten, Geistesrichtungen unter den Frauen als Ausdruck gewisser Entwicklungskräfte, aus deren schliesslichem Zusammenwirken sich die Bahn des zukünftigen Geschehens bestimmt. Das

¹⁾ Edmund Fischer: *Die Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 258 ff.

²⁾ In den *Sozialistischen Monatsheften* sind nach dem oben genannten Artikel Fischers noch die folgenden erschienen: Oda Olberg: *Polemisches über Frauenfrage und Sozialismus*, *ibid.*, 1905, I. Bd., pag. 301 ff., Emma Ihrer: *Die proletarische Frau und die Berufstätigkeit*, *ibid.*, 1905, I. Bd., pag. 443 ff., Edmund Fischer: *Die Familie*, *ibid.*, 1905, I. Bd., pag. 532 ff., Curt Hartwig: *Einige Randbemerkungen zur Frauenfrage*, *ibid.*, 1905, II. Bd., pag. 876 ff., Hope Bridges Adams I. chmann: *Die Arbeit der Frau*, *ibid.*, 1905, II. Bd., pag. 1031 ff.

wird, wie ich glaube, auch Oda Olbergs Anschauungen nicht widersprechen. Wenn sie aber dann fragt: »Sind diese Bestrebungen [der Frauen] nach Entfaltung . . . im Einklang mit dem Interesse der Gesamtheit?«, so scheint mir die Frage in dieser Fassung verfehlt. Als im Einklange mit den Interessen der Gesamtheit müssen wir in diesem Sinne vielmehr alle Bestrebungen, alle Ansätze zu neuen Typenbildungen ansehen, die sich durchzusetzen versuchen, insofern sich in ihnen vielleicht ein frischer Antrieb, ein Bewegungsimpuls zum Wachsen und Werden neuer, noch unbekannter Lebensformen äussert. Gewiss ist es nicht ausgeschlossen — zumal in jenen Perioden, da die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft ins Wanken geraten, und der Boden für eine neue Daseinsform der Menschheit bereitet wird —, dass manches, was sich uns als lebenskräftiger Werdetrieb darstellt, sich schliesslich als Entartungs- oder Fäulniserscheinung erweist. Wo aber sollten wir ein Kriterium dafür finden, was den Interessen der Gesamtheit dienen mag in einer Zukunft, die in ihren Einzelzügen noch völlig dunkel vor uns liegt? Wie sollen wir unter den geistigen Typen der Gesellschaft scheiden zwischen Entartungs- und Übergangstypen? Kann doch auch jede Übergangsform, solange sie eben Übergang, das heisst den neuen Lebensbedingungen noch nicht vollständig angepasst ist, lange Zeit im Kampfe ums Dasein zwischen Vernichtung und Fortentwicklung gestellt sein und deshalb den zerstörenden Mächten gegenüber besonders schwer zu ringen haben. Oder auf geistiges Gebiet übertragen: Kann doch sehr wohl ein etwas ungebildeter, in der Entfaltung begriffener Menschentypus, wie die sogenannte *neue Frau*, lange Zeit vom Manne und der Gesellschaft als ein störendes, seinen Lebensbedingungen unvollkommen angepasstes Geschöpf empfunden werden, ja sich selbst so empfinden, während er, als soziale Erscheinung betrachtet, dennoch die Linie des Fortschritts bezeichnet.

So bleibt meiner Ansicht nach, will man einen Ausgangspunkt für eine wirklich einwandfreie Kritik des Frauenproblems gewinnen, einzig zu fragen: Wo und in welchem Umfang ruhen schon im Schosse der Gegenwart klar erkennbare Keime zu neuen Gefühlswertungen und zu tatsächlichen Neubildungen im Frauenleben? Also die möglichst eindringende Analyse dessen, was da ist oder sich doch bereits heute vor unseren Augen gestaltet.

Diesen Standpunkt betont Fischer selbst mehrfach mit Schärfe gegenüber verschiedenen Argumenten seiner Gegner, die sich zuweilen in allerdings recht vagen Zukunftsträumereien verlieren. Und hier ist er durchaus im Recht. Denn, so merkwürdig es auf der einen Seite berührt, wenn er sich offenbar eine sozialistische Zukunftsgesellschaft nur unter dem beinahe unveränderten Bilde unseres heutigen Lebens vorzustellen vermag, so unfruchtbar sind andererseits alle Hinweise auf die ganz subjektiven Vorstellungen, unter denen sich der oder jener die Zukunftsgestaltung etwa *denken* könne. Mit Fischers Grundprinzip bei der Erörterung des Problems können wir uns an sich also einverstanden erklären. Aber so ganz ohne ein Eindringen in etwaige Fehlerquellen, wie bei ihm die Untersuchung angefasst wird, dürfen bei derartigen Fragen Beobachtungen und Schlüsse denn doch nicht gewonnen werden, wenn das Ganze mehr sein soll, als eine persönliche Meinungsäusserung.

Ein methodischer Fehler ist zum Beispiel meiner Ansicht nach, wo es sich, wie hier, um rein psychologische Entwicklungstendenzen handelt, die Unterschätzung

der ausschlaggebenden Bedeutung der Minoritäten für jeden sozialen Fortschrittsgedanken. Fischer schliesst fortdauernd aus den Empfindungen und Neigungen der Mehrzahl der heutigen Frauen oder auch Männer auf die Gestaltung der Zukunft. Er vergisst dabei vollständig, dass sich neue Gefühls- und Gedankenbahnen als Ausdruck und Vorläufer sozialer Neubildungen zunächst stets in einer kleinen, erst ganz allmählich anschwellenden Minderheit verkörpern, dass also gerade umgekehrt aus der schwächeren Zahl der seelisch Höchstentwickelten, aus der dünnen geistigen Oberschicht einer Epoche sich langsam das Erdreich für das Kommende bereitet. Aus diesem selben Grunde ist es stark angreifbar, zur Norm für die Beobachtung der Entwicklungstendenzen im Frauenleben die Arbeiterfrau, die Proletarierin überhaupt zu nehmen. Gewiss ist es klar, dass auch in einer nichtkapitalistischen Welt die Mehrzahl aller Menschen, eventuell also auch aller Frauen, beruflich nicht geistig anregende und befriedigende, sondern rein körperliche Arbeit würde leisten müssen. Das heisst jedoch durchaus noch nicht, dass wir aus den Neigungen, Gefühlen und Wünschen der geistig unausgebildeten, gering differenzierten Durchschnittsproletarierin von heute auf den Durchschnitt der zukünftigen Frauengenerationen schliessen dürfen. Denn eines wenigstens bleibt doch wohl für unser aller Auffassung des Kommenden unbestreitbar: die Annahme einer relativ weitgehenden geistigen Ausbildung sämtlicher Gesellschaftsglieder. Nur auf der Grundlage einer solchen Ausbildung aber, wie sie wirtschaftliche Notwendigkeiten heute schon einer kleinen Minderheit der Frauen nahe gelegt haben, sind eben diese wenigen zu der besonderen Auffassungsweise des Lebens gelangt, die dem modernen Weibe in seinen verschiedenen Lebensäusserungen und Geistesrichtungen eigentümlich ist. Deshalb erscheint es mir zehnmal richtiger, als Zukunftstypus des Weibes die heutige Ärztin, Lehrerin und Journalistin in ihrer Denk- und Empfindungsweise gelten zu lassen, als die heutige Arbeiterin. Ist doch wirklich bestimmend für das Fühlen und Sein der Menschen lange nicht so sehr die äussere Beschäftigung, der sie einen Teil des Tages widmen, als die geistige Höhenstufe, von der aus sich ihr Umblick in der Welt, ihr geistiger Horizont feststellt. Eine Überlegung, die, nebenbei gesagt, stets von sozialistischer Seite zu wenig berücksichtigt wird. Daher die häufige Unterschätzung der kulturellen und soziologischen Bedeutung der Entwicklungsanlagen, die in der bürgerlichen Frauenbewegung zum Ausdruck kommen.

Das waren einige der Einwände, die ich gegen Fischers persönliche Art, zu argumentieren, geltend machen musste. Was aber unsere ganze, nunmehr festgestellte Untersuchungsmethode, die Beobachtung des tatsächlich schon heute Gegebenen, betrifft, so birgt sie naturgemäss noch ganz andere Fehlerquellen, die in der generellen Unvollkommenheit jeder derartigen sozialen Analyse liegen. Einer Unvollkommenheit, die zum Teil niemals aufzuheben ist, soweit sie nämlich auf der Art menschlichen Sehens und Denkens überhaupt beruht, über deren Einfluss wir uns aber mindestens doch irgend eine Rechenschaft ablegen müssen, bevor wir aus unseren Beobachtungen Behauptungen folgern und scheinbar sichere Schlüsse ziehen. Kein einzelner Mensch sieht und wertet eigentlich jemals wirklich objektiv. Vielmehr prägen sich jedem einzelnen aus der Fülle von tausenden verschiedenartiger, nebeneinander bestehender Dinge diejenigen besonders scharf ein, die seiner seelischen

Organisation gemäss sind, auf die sein Auge gleichsam von vornherein eingestellt ist. Das erklärt die anscheinend merkwürdige Tatsache, dass sich zwei verschieden organisierte Naturen selbst bei dem lebhaftesten Wunsche nach Verständigung nicht über Fragen einigen können, die inneres Erkennen fordern, wie gerade unser Problem des weiblichen Empfindens in Bezug auf Mutterschaft und Liebe. Jeder fühlt da nicht nur, sondern sieht auch ausschliesslich persönlich und deshalb nur sehr begrenzt richtig. Eine gewisse Objektivität der Erkenntnis kann darum nur gewonnen werden durch den Zusammenklang der Erfahrungs- und Beobachtungsergebnisse vieler, und zwar möglichst verschiedener Individualitäten. Diese Überlegung lässt eine Diskussion über das Frauenproblem, wie sie hier in den *Sozialistischen Monatsheften* stattfand, gerade durch das einander Widerstrebende der zum Ausdruck gebrachten Anschauungen wertvoll erscheinen. Sie fordert andererseits, dass man jede subjektive Auffassung da, wo sie tatsächlich persönliche Empfindungen, nicht bloss Spekulationen wiedergibt, als gleichberechtigt, zugleich aber eben nur als kleine Teilwahrheit gelten lässt. Eine Fülle solcher Teilwahrheiten: das ist alles, was wir als Resultat des Meinungskampfes gewinnen können.

Es will mir nun scheinen, als seien merkwürdigerweise fast von allen Diskutierenden gerade diejenigen Tatsachen arg vernachlässigt worden, die vielleicht die eigentümliche Wesenheit des modernen Menschen, des Mannes, wie des Weibes, am prägnantesten deutlich machen und deshalb am allergeeignetsten sind, als Ausgangspunkt für die Beurteilung unseres Problems zu dienen. In allererster Reihe: Kein einziger unter allen Sprechern für und wider hat eigentlich die Ehefrage berührt, noch auch irgend eine Kritik der heutigen Ehe gegeben. Ganz kurz wies wohl der eine oder andere auf die Möglichkeit oder Denkbarkeit einer neuen Form des Liebeslebens in der Zukunft hin; aber über die Aussichten einer solchen inneren Revolutionierung des Daseins haben wir wenig erfahren.

Das liegt vielleicht daran, dass es immer etwas heikel ist, sich an eine ganz veränderte Vorstellung unseres seelischen Lebens heranzuwagen, an die Vorstellung eines Daseins, das unserem menschlichen Fühlen ein ganz neues Zentrum schüfe. In der Tat stellt dies eine starke Anforderung an die Kraft unserer Phantasie und widerstrebt direkt unserem Geistesbedürfnis nach einem festen und bekannten Ausgangspunkt unseres Denkens. Jedenfalls ist es Tatsache, dass die sogenannte *freie Liebe*, wengleich sie, wie so manches andere Wort, in der sozialistischen Agitation eine gewisse Rolle spielt, in den Köpfen der meisten Sozialisten durchaus nicht als eine erhebliche Wandlung der gesamten erotischen Beziehungen der Geschlechter erscheint, sondern nichts weiter darstellt, als die von Gesetzeszwang befreite monogamische Ehe. Damit hängt es aufs engste zusammen, dass im Grunde auch das Frauenproblem ganz losgelöst von seiner psychologischen Basis behandelt wurde, dass es gar nicht hinaus kam über die Unterfrage der Wirtschaftsführung und Kinderpflege in der Zukunft.

Auch darin hat Edmund Fischer recht. Es scheint sich in den Anschauungen mancher Genossinnen in diesen Dingen ein leiserer oder deutlicherer Umschwung vollzogen zu haben nach der Seite des Alten und Altbekanntes hin. Die sehr umgrenzte Freiheit, die Adele Gerhard und Helene Simon, die Ellen Key und andere predigen, ist es, die wohl auch viele Genossinnen heute

meinen, wenn sie von Frauenbefreiung reden. Ellen Key und ihre Anhänger, zu denen sich nun auch Edmund Fischer zählt, betrachten Geisteskultur und Persönlichkeitsbewusstsein offenbar als etwas Festes, Teilbares, als ein Erkenntniselement, das man in bestimmten Dosen schlucken kann. Sie sehen nicht die Lebensumgestaltende Kraft, die dem geistigen Wachsen innewohnt, und die fortdauernd Fesseln und Grenzen jeder Art, auch die der sozialen Nützlichkeit und der Bequemlichkeit für das Einzelindividuum zu sprengen droht. Sie dekretieren für das Weib der Zukunft erhöhte Geisteserziehung, Anteilnahme am sozialen und öffentlichen Leben, ästhetische Kultur, psychologische und pädagogische Durchbildung — und sie merken nicht, dass dies bedeutet: die Revolution im Frauenleben, die Revolution in der Ehe diktiert. Das hätte nun mit unserer Frage nichts zu tun, wenn es sich bei alledem nur um eine wirklichkeitsfremde Sehnsucht, um leere Wünsche einzelner reformbedürftiger Köpfe handelte. Das aber ist nicht der Fall. Die Forderung vertiefter Geistesbildung und individualisierender Erziehung des Weibes entsprang vielmehr, wie wir alle wissen, der sozialen Entwicklung; sie hat sich bereits heute für einen kleinen Teil des weiblichen Geschlechts durchgesetzt, und ihre Erfüllung für die grosse Mehrheit der Frauen ist — als Ausfluss des Gedankens gleicher Ausbildung — eine Konsequenz, mit der wir rechnen müssen. Dann aber heisst es für uns, die wahrscheinlichen Folgen dieser tiefreichenden Umgestaltung da aufzusuchen, wo sie schon heute fassbar sind: in der Ehe- und Liebesauffassung des modernen Menschen.

Wie mir nun scheinen will, können wir kaum im Zweifel darüber sein, dass diese Auffassung jener Begrenzung des weiblichen Freiheitsstrebens, den Wünschen nach einem Festhalten der Frauen innerhalb der Umschränkung des Familien- und Mutterschaftsideals offen Hohn spricht. Um es einmal recht schroff auszudrücken: Die Ehe als allgemein soziale Institution setzt geradezu das Gegenteil geistiger Individualisierung, sie setzt stärkstes Vorwiegen des rein geschlechtlich-erotischen Elementes im Weibe voraus. Denn nur, wo das vorhanden, kann der Frau jenes harmonische Sicheinschmiegen in die Lebensrichtung, in den Neigungs- und Anschauungskreis des Mannes gelingen, das ihr, wie dem Manne, dauerndes eheliches Glück verspricht. Das ist ganz und gar keine theoretische Behauptung, sondern es ist eine reine Abstraktion aus den Tatsachen des Lebens. Es hat einen tiefen, inneren Sinn, dass heute so häufig eine oft bittere, ja lebenshemmende Unbefriedigung dem Eheleben gerade gross und rein empfindender Naturen den Stempel aufdrückt, dass die Ehe nicht etwa nur dem Weibe, sondern mindestens ebenso sehr dem Manne von hoher geistiger und seelischer Sensibilität so häufig zur Schranke freier und vollendeter Persönlichkeitsentfaltung wird. Und es ist kein Zufall, sondern der Ausdruck gleicher Ursachen und gleicher Geschehensverknüpfung, dass in den Perioden schrankenlosen Freiheitsstrebens und besonders hoher Persönlichkeitswertung, in der romantischen, wie in der vorrevolutionären französischen Philosophenepoche, sich genau die gleichen Gegenströmungen gegen die Ehe geltend machten, wie heute.^{*)} Nun sind allerdings die Ver-

^{*)} Dem hier naheliegenden Einwand gegenüber, dass es sich somit heute, wie in jenen Zeiten, nur um vorübergehende Geistesströmungen handeln könne, möchte ich darauf hinweisen, dass eben heute im Gegensatz zu damals solche Strömungen ihre eigentliche Grundlage in rein wirtschaftlichen Wandlungen finden und deshalb höchst wahrscheinlich zum Ausgangspunkt kommender tatsächlicher Umgestaltungen werden dürften.

hältniszahlen der glücklichen und unglücklichen Ehen nicht gut durch Zählungen oder statistische Aufnahmen festzustellen, und deshalb bleiben schliesslich alle Behauptungen darüber denen gegenüber immer unbeweisbar, die die Dinge eben in anderem Lichte sehen. Gerade hier muss ja das Moment zur stärksten Geltung kommen, auf das ich vorhin hinwies: die Subjektivität jeder derartigen sozialpsychologischen Erfahrung. Einen klaren objektiven Gradmesser für die Wahrheit unserer Schlüsse besitzen wir aber dennoch: das ist der künstlerische, speziell der dichterische Ausdruck des Empfindungsinhalts unserer Zeit. Und es dürfte schwerlich von irgend jemandem bestritten werden, dass die Dichtung sämtlicher Kulturnationen sich niemals früher so tief mit der Analyse des Eheproblems beschäftigt und dass sie nie die Tragik des Ehelebens, seine hemmenden und zerstörenden Seiten so scharf und oft so ausschliessend beleuchtet hat, wie heute. Und, was unsere anfängliche Behauptung ebenfalls stützt, auch in der Dichtung ist fast immer ein Aufwiegen des erwachenden Individualitätsbewusstseins im Weibe oder aber ein feindliches Aufeinanderstossen zweier nicht harmonisch abgestimmter Persönlichkeiten die tiefste Ursache der Unbefriedigung oder der inneren Leere in der Ehe. Das heisst also, in letzter Reihe wirkt die spezifisch *moderne* Entwicklung zunächst des Weibes und dann des Menschen überhaupt auflösend auf das eheliche Zusammenleben. Und die theoretische Überlegung kann nur bestätigen, was die Dichtung, wie die Erfahrung des modernen Lebens lehrt.

Es klingt manchem höchst verlockend, wenn Genosse Fischer uns von der Traulichkeit des Heims erzählt, in dem Mann und Weib, umringt von Kindern, ein ideales Dasein führen. Die Wirklichkeit sieht — auch soweit nur das eheliche Verhältnis an sich, nicht etwa materielle und sonstige Not in Frage kommt — ganz anders aus. Die sogenannte *glückliche* Durchschnittsehe, selbst wo sie von keinem Sturm bedroht, von keinen besonderen Unglücksfällen des Lebens erschüttert wird, stellt eigentlich nichts weiter dar, als ein behaglich-ödes Philisterium, in dem nicht die erotische Leidenschaft allein, sondern auch die geistige und seelische Lebendigkeit, die Entwicklungs- und Wandlungskraft des Wesens langsam ertötet wird. Die sensitiven, immer neuer Lebensreize besonders bedürftigen Naturen versuchen der Alltäglichkeit und Gleichförmigkeit des Ehelebens durch versteckte oder offene Liebeständeleien und *Verirrungen* zu entinnen, die auf seiten des freier gestellten Mannes als die beinahe selbstverständliche Ergänzung des Eheglückes zu gelten pflegen. Und der Mann findet zudem die stärkste Auslösung des geistigen Bewegungs- und Lebenstriebes in der Berufsarbeit, die, auch wo sie an sich langweilig und wenig anregend ist, schon dadurch befruchtend und auffrischend wirkt, dass sie Verkehr nach aussen und mannigfaltige Beziehungen vermittelt. Durch den Beruf gleichen sich für den Mann zum grössten Teil die Schädigungen des Ehe- und Familienlebens aus. Um so schärfer treten sie für die Frau hervor. Nach einigen Jahren der Ehe finden wir häufig genug selbst ursprünglich bewegliche, lebhaft empfindende Frauennaturen stumpf und gleichgültig geworden, das träumerisch-sehnsüchtige Wesen des Mädchens in banalste Alltäglichkeit, in echten Hausfrauengeist verkehrt. Ja, geistige Interesselosigkeit, Beschränktheit und Enge der Auffassung, Mangel an jedem Persönlichkeitsbewusstsein sind beinahe das Charakteristikum der etwas älteren Ehefrau, ein Resultat,

das nicht gerade zeugt für die tiefbeglückende Wirkung des Familienlebens. Oder — von dem problematischen Begriff des *Glückes* einmal völlig abgesehen — das jedenfalls nicht zeugt für die Kraft des Ehelebens, die wertvolleren, individuellen Eigenschaften im Weibe auszulösen, es in seiner menschlichen Persönlichkeit zu heben und zu fördern. Im Augenblick, wo wir nun umgekehrt eine starke Steigerung geistig-seelischer Ausbildung, persönlichen Wert- und Freiheitsempfindens, eine Erhöhung auch aller denkbaren, seelisch-sinnlichen Entwicklungsmöglichkeiten für das Weib voraussetzen — welche Wirkung auf die zukünftige Gestaltung der Ehe müssen wir da erwarten? Offenbar eine auflösende oder mindestens eine ihren Tendenzen nach langsam zersetzende.

Die Versimpelung und Abstumpfung des Frauengeistes durch das Ehe- und Familienleben erklärt sich hauptsächlich aus zwei Momenten: dem Mangel an Konzentration der geistigen und Lebensenergieen in einer Tätigkeit, die ihre Anregung immer nur aus sich selber saugt, sich niemals nach aussen in Geltung setzt, niemals der anfeuernden Kontrolle Fernerstehender unterliegt, und dem allmählichen Verdorren der Keime zu eigener Anschauungs- und Daseinsgestaltung durch das notwendige Sicheinfügen in den Lebens- und Ideenkreis des Mannes. Die geistig reife Frau wird sich naturgemäss diesen beiden Momenten gegenüber aktiv abwehrend verhalten. Selbst abgesehen von allen technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die, wie Oda Olberg sehr richtig bemerkt, in einer sozialistischen Gesellschaft die masslose Vergeudung von Arbeitskraft durch eine Beschränkung der Frauenarbeit auf hauswirtschaftliche Einzelbetriebe ausgeschlossen erscheinen lassen, ist auch diese Art der Betätigung für die Mehrzahl der Frauen nur möglich, solange das weibliche Geschlecht fast mit Bewusstsein zu stumpfem Hindämmern, zu einem mechanisch vegetierenden Leben erzogen wird. Jedem lebendigeren Geist und jedem energisch zielbewussten Schaffenstrieb wird die reine Hausfrauentätigkeit, wie sie die Einzelwirtschaft erheischt, als ein plan- und kraftloses, unmethodisches Arbeiten erscheinen; auf jeden lebendigeren Geist wird sie deshalb lähmend und entnervend wirken. Und wenn Fischer all dies auch zehnmal wieder als *Damenbetrachtungen und Damenauffassung* charakterisieren sollte, und wenn er behauptet, es sei angenehmer für das Weib, die eigene Wirtschaft zu besorgen, als zum Beispiel stundenlang die ertötende Arbeit an einer Maschine zu leisten, so verkennt er zunächst vollständig die Erhöhung des Selbstbewusstseins, die jede planvolle Tätigkeit in einem Beruf mit sich bringt, sei dieser, welcher er immer wolle, und ferner kann man auch die rein mechanische Berufsarbeit in einer höheren Wirtschaftsform nicht ohne weiteres mit der heutigen Art der Fabrikarbeit in Parallele stellen.

Was nun jenes zweite der weiblichen Entwicklung ungünstige Moment des Ehelebens betrifft, den starken Zwang geistiger Unterordnung unter den Mann, so ist einzusehen, dass hier für das individuellere entwickelte Weib die mannigfaltigsten Keime für neue Konflikte und Kämpfe in der Ehe liegen. Wo zwei Individualitäten oder auch nur zwei Menschen mit selbständigen Ideen, Neigungen und Wünschen sich gegenüberstehen, wo nicht mehr dem Manne allein, sondern auch dem Weibe die tausend Reize und Erfahrungen des Daseins fordernd, lockend, umbildend nahetreten, da sind unendlich zahlreichere Wahrscheinlichkeiten gegeben, sich auseinanderzuleben, sich innerlich zu entfremden und abzustossen, als heute. Nun gibt es auch heute schon ein grosse Zahl

von Fällen, wo zwei Gatten einander fremd geworden sind auf Grund innerer Wesensverschiedenheiten, die erst allmählich mit der langsam wachsenden Lebensreife zu Tage traten. Heute wird oft genug nach aussen eine solche Ehe aufrechterhalten, während nicht das leiseste persönliche Band mehr Mann und Frau vereinen; ja, es bleibt nicht allzu selten selbst da noch die Ehe bestehen, wo Sympathie und Liebe sich nicht nur in Gleichgültigkeit, sondern in versteckteren oder offeneren Hass gewandelt haben. Dass derartige Empfindungs-umschläge tatsächlich möglich sind — und durchaus nicht nur als Ausnahmeerscheinungen —, weiss jeder Beobachter des Lebens. Wenn trotzdem die höchste Gleichgültigkeit, wenn selbst der Hass nicht immer die Ehe zur Lösung treibt, wenn so häufig zwei Menschen, die einmal aneinandergeschmiedet sind, lieber alles Gütige und Zarte, alle Fülle und Freudeigkeit des Daseins dahingeben, ehe sie auseinandergehen, so liegt die Ursache zumeist in der Rücksicht auf die Kinder und in der Angst der Frauen vor einer Trennung, die sie nicht nur des materiellen, sondern zugleich des geistigen Haltes völlig beraubt. Die Frau in einer höher entwickelten, geschweige denn in einer sozialistischen Zukunft wird — das dürfte nur Genosse Fischer überhaupt in Zweifel ziehen — in Zeiten, da die Mutterschaft sie bindet, durch die Gesellschaft wirtschaftlich sichergestellt sein, und die Erziehung zu persönlich-geistiger Selbständigkeit wird die Schrecken des Gedankens an ein Alleinstehen für sie, zum Teil wenigstens, vernichten. Dazu kommen die Lockungen der Freiheit, die dem jugendlich-heissblütigen Weibe genau so gefährlich werden dürften, wie sie es dem Manne werden. Nicht gerade nur im grobsinnlichen Sinne, sondern mindestens so sehr durch die seelischen Beziehungen, die sich in der vollen Ungebundenheit des Miteinanderlernens und Strebens sehr bald in hundert Formen knüpfen, und denen der leis erotische Schimmer, der sie so leicht umspielt, wo Mann und Weib in Frage kommen, nur um so mehr immer neuen und immer wechselnden Reiz verleihen werden. Denn das Sehnen nach dem Wechselvollen und Neuen, nach neuem Suchen und Finden liegt in der Natur mindestens der meisten jungen Menschen; es wird für uns nur gehindert und zurückgehalten durch die harten Schranken des gesellschaftlichen Zwanges. Da dieser Zwang für die Mehrzahl der Frauen durch die hemmendste wirtschaftliche und geistige Abhängigkeit vom Mann bestand, solange wir überhaupt von Kulturzuständen sprechen können, vermag vielleicht heute niemand auch nur annähernd die volle Grösse der Umwandlung vorauszusehen, die mit wirklicher Freiheit des Weibes in den Beziehungen der Geschlechter eintreten dürfte. Ganz einwandfrei aber scheint mir der Schluss, dass die wirtschaftlich-geistige Fortentwicklung des weiblichen Geschlechts, soweit wir sie jetzt schon als Tatsache betrachten können, die Ehe als solche nach den verschiedensten Seiten hin bedroht.

Bei alledem handelt es sich begrifflicherweise gar nicht so sehr darum, dass etwa in der Zukunft durch bessere Schulbildung und dahin gerichtete Erziehung sämtliche Frauen zu geistig selbständigen Menschen werden müssten, als vielmehr um die Wesensänderungen, die sich durch wirtschaftliche Wandlungen heute schon in breiten Schichten des weiblichen Geschlechts vollziehen, das heisst im wesentlichen um den Einfluss der äusseren Lebensselbständigkeit, die gewollt oder ungewollt auch die innere entwickelt. Denn nicht von einer bestimmten Höhe geistiger Individualisierung spreche ich hier, sondern nur von

dem Durchschnittsmasse des Persönlichkeitsbewusstseins, das jeder normale gebildete Mann besitzt, weil die Selbstbestimmung seiner Lebensführung im Verein mit einem gewissen Höhegrad geistiger Ausbildung es mit Notwendigkeit auslöst.

Schliesslich muss ich in Bezug auf die Zukunft der Ehe noch ein Moment erwähnen, das jedenfalls verstärkend nach der gleichen Richtung wirkt: Ich meine die gesamte Geistesentwicklung des modernen Menschen, die an sich schon auf erhöhte Individualisierung, auf ein Zurückschieben des Typischen gegenüber dem spezifisch Persönlichen, auf Veredlung und Verfeinerung auch der Glücks- und Liebesinstinkte gerichtet ist. Und die diesem Ziele immer weiter entgegentreiben dürfte, je stärker die Triebkräfte fortschreitender Sozialisierung den Kreis der Menschen dehnen müssen, für die die notwendigen Vorbedingungen irgend einer Persönlichkeitsentfaltung überhaupt bestehen. Auch diese Gefühlstendenzen, die ich, wie manches andere, hier nur andeutend erwähnen kann, sind im allgemeinen so wenig umstritten, dass sie von Andersdenkenden gerade als ein Hauptargument zu gunsten einer Veredlung und damit des Fortbestandes unserer Eheform in der Zukunft verwertet werden. Alles, was sich gegen die Ehe, gegen ihre traurigen und entwürdigenden Seiten sagen lässt — das wird nämlich vielfach jeder Kritik der Ehe entgegengehalten — trifft höchstens deren augenblickliche Gestalt, die heutige Durchschnittsehe, die in der Bourgeoisie aus mannigfachen Motiven, nur nicht denen wahrer seelischer Gemeinschaft, geschlossen zu werden pflegt, und der im Proletariat alle Bedingungen feinerer und geistigerer Ausgestaltung fehlen. Aber es kann niemals gelten für die Ehe der Zukunft, für eine ideale Lebensverbindung zweier Menschen, die — materiellem und sozialem Druck enthoben — durch die Liebe und zugleich durch tiefe persönliche Sympathie des Geistes und der Seele zusammengeführt werden. Je individueller und reicher die Menschen, je reifer und selbständiger besonders das weibliche Geschlecht sich entfaltet, desto persönlicher und edler, desto fester und unlöslicher aber auch wird das eheliche Bündnis.


Ich kann demgegenüber nur betonen, dass es meiner Anschauung nach die Gesetze menschlichen Fühlens und Werdens, die Variabilität der Empfindungen und die Entwicklungsfähigkeit des Geistes völlig verkennen heisst, wenn man für den Durchschnitt der Fälle die lebenslängliche Dauer in der Jugend geschlossener Liebesbündnisse annimmt. Eine lebenslängliche Dauer auf immer gleicher Empfindungshöhe und in immer gleichem Glücksbewusstsein. Ganz sicherlich finden sich so wunderbar aufeinander gestimmte Naturen auch in unserer Welt zuweilen durch eine leidenschaftliche und nie welkende Liebe gebunden; ganz sicher bedeutet auch jetzt schon für eine kleine Zahl spezifisch organisierter Menschen die Ehe selbst auf weit geringerer seelischer Höhe das Beste ihres Lebens, den innig-ruhigen persönlichen Daseinsbesitz. Wo zwei so empfindende Naturen ein reines Glück in einer Lebens- und Liebesgemeinschaft einmal gefunden haben, da würden sie es gewiss, auch wenn die Eheform als solche einst verschwinden sollte, als ein unwiederbringliches Gut ihr Leben lang zu wahren suchen, und ebenso, wie heute, würden sie dann vielleicht mit Recht als die Auserwählten des Geschickes gelten. Denn allerdings ruht in unserem innersten Wesen im Gegensatz zu jenem oben erwähnten Erregungsbedürfnis auch die Sehnsucht nach Einheitlichkeit und Ganzheit in der

Liebe als bestimmte Ausdrucksform unseres Strebens nach einem sicheren, ruhebringenden Ankerpunkt des Daseins. Aber uns interessiert hier nicht der Traum des Glückes, der für die meisten eben ewig entschwebender Traum bleibt, noch das Ausnahmelos einiger Wenigen: uns interessiert vielmehr einzig die Tendenz und der wahrscheinliche Gang der Entwicklung für die Mehrzahl der Menschen. Und da scheinen mir — mag das nun unserem Wünschen und Wollen entsprechen oder widerstreben — auch die rein psychologisch-geistigen Bestimmungsmomente für eine langsame Auflösung der Ehe die stärkeren und überwiegenden.

Selbstverständlich können sich solche Wandlungen niemals in plötzlicher oder sprunghafter Entwicklung, sondern stets nur in allmählichem, scheinbar regellosem, vielleicht oft unterbrochenem Wachstum vollziehen. Liegt aber der endliche Zielpunkt der Bewegung wirklich dort, wo ich ihn sehe, so fällt die ganze Argumentation für und wider die Beschäftigung des Weibes im Einzelhaushalt oder im öffentlichen Berufsleben in sich zusammen. Denn mit der Auflösung der Einzelfamilie erwächst für die Frau die zwingende Notwendigkeit, ihr Dasein durch die Ausübung einer Berufstätigkeit enger mit dem Leben der Gesamtheit zu verknüpfen, durch ihre Arbeit Äquivalentwerte für die Gesellschaft zu schaffen, von der sie dann weit unmittelbarer abhängt und Werte empfängt. Auch die Notwendigkeit, ihrem Leben einen ernsten Inhalt zu geben, wo sie nicht durch Kinderpflege und Erziehungsarbeit in Anspruch genommen ist. Wie sich freilich das Dasein des Weibes gestaltet, wo seine Mutterpflicht es ruft, wo die Störungen der Schwangerschaft, die Ernährung und Pflege des kleinen, die Erziehung des heranwachsenden Kindes fordernd und hemmend in das Berufsleben greifen: diesen Kernpunkt habe ich trotz seiner wesentlichen Bedeutung in diesem Zusammenhang absichtlich unberücksichtigt gelassen, um die Untersuchung nicht zu komplizieren. Die Mutterschaftsfrage ist ein Problem für sich; ich werde mich damit in einem besonderen Artikel zu beschäftigen haben.

XX

FRANZ STAUDINGER · COHEN UND KAUTSKY

 OHEN und Kautsky? Wie kann man die in einem Atem nennen? Gegensätze, die sich ausschließen: Gegensätze, wie Nordpol und Südpol.¹⁾ Der erste der Mann der Idee, der die ganze Ethik aus der Idee ableiten, die Idee zum weltbeherrschenden Ausgangspunkt machen möchte. »Die Idee muss restlos im Sollen aufgehen. Dieses Sollen beschreibt und bestimmt das Wollen, welches den Inhalt der Ethik bildet«, sagt Cohen. Der andere der Mann der historischen Entwicklung: »Die Wissenschaft hat es stets nur mit dem Erkennen des Notwendigen zu tun. Sie kann wohl dazu kommen, ein Sollen vorzuschreiben, aber dies darf stets nur als eine Konsequenz der Einsicht in das Notwendige auftreten.« Das sittliche Ideal hat bloss negativen Charakter. »Nicht von unserem sittlichen Ideal, sondern von bestimmten gegebenen materiellen Bedingungen hängt die Richtung ab, welche die gesellschaftliche Entwicklung in Wirklichkeit

¹⁾ Die Bücher der Genannten, die wir unseren Ausführungen zu Grunde legen, sind Hermann Cohen: *Ethik des reinen Willens (System der Philosophie, II. Teil)* /Berlin 1904' und Karl Kautsky: *Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* Stuttgart 1906.

nimmt.« »Die materialistische Geschichtsauffassung hat das sittliche Ideal als richtunggebenden Faktor der sozialen Entwicklung völlig depossediert und hat uns gelehrt, unsere gesellschaftlichen Ziele ausschliesslich aus der Erkenntnis der gegebenen materiellen Unterlagen abzuleiten.« »Wie der soziale, der gesellschaftliche Trieb, ist auch das sittliche Ideal nicht ein Ziel, sondern eine Kraft oder eine Waffe im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein.« Allerdings ein Gegensatz der Grundauffassung, der ausschliessend ist; wie Nordpol und Südpol! Aber zwischen Nordpol und Südpol liegt eben die Erde, dazu beide gehören, die Lehre von der geschichtlichen Entwicklung, wie die Idee. Es ist der alte unausgeglichene Streit zwischen Form und Inhalt, der uns hier wieder gegenübertritt.

Verfolgen wir den einmal unabhängig von den Genannten etwas näher. Hier saust eine Kugel aus dem Flintenlaufe und trifft dort das Ziel. Gibt nun nicht einzig der Flintenlauf die Richtung, und das Pulver die Kraft, die sie dem Ziele zuträgt? Und wenn sie etwa unterwegs durch den Wind abgelenkt wird, ist das nicht auch eine äussere Kraft? Was soll da sonst noch in Betracht kommen? So ruft der eine.

Halt, wirft der andere dazwischen. Du vergisst ganz die Form, welche die Kugel haben muss, wenn sie an das Ziel gelangen soll. Denke dir sie abgeplattet, wie ein Kuchenblech, so wird sie kaum ihre Wirkung ausüben, und wenn sie flach und gebogen wäre, so könnte sie, wie der Bumerang des Wilden, sich am Ende gar wenden und den Schützen treffen, der die Form so vernachlässigt hat.

Aber da wird der erste wieder aufstehen und rufen: Die vernachlässige ich ja gar nicht, du Tor, das weiss ich sehr wohl, dass es auf die Form ankommt. Aber diese Form wird in der menschlichen Gesellschaft nicht so einfach durch unser Belieben bestimmt, wie die Kugel, die der Schütze in den Lauf tut. Wir werden in eine Gesellschaft hereingeboren, die bereits vor unserer einwirkenden Tätigkeit so geformt ist, wie sie ist, und die können wir nicht nach einer aus dem Hirn gesponnenen Idee formen, sondern nur so weit mit unserem Willen beeinflussen, als wir ganz genau die Entwicklungstendenzen erkennen, die da wirklich vorhanden sind.

Das gebe ich zu, so sagt der erste wieder, aber wenn du sie erkannt hast, wie dann? Nach welcher Zielrichtung willst du sie dann weiter entwickeln? Dass du sie erkennen musst, dagegen sage ich am allerwenigsten. Das ist mir eine ganz selbstverständliche Voraussetzung; aber nun kommt die Aufgabe. Ich habe da eine Pflanze, auf der eine Raupe sitzt, die sie fressen will. Soll ich nun die Raupe töten und die Pflanze pflegen oder die Pflanze der Raupe opfern und vielleicht gerade zu dem Zwecke Pflanzen ziehen, damit die Raupe Futter bekommt? Um diese Frage handelt es sich. Du wirst hier freilich ja nach deinem Zwecke wählen; aber lassen wir den beiseite. Nur die Tatsache betone ich: Zwischen den beiden Zielrichtungen musst du wählen.

Jämmerliches Beispiel! braust da der andere auf. Gerade an der Wahl dieses Beispiels sieht man, dass du gar nicht begreifst, worauf es ankommt. Freilich, der Pflanze und der Raupe gegenüber kann solche Alternative vorkommen. Wir aber stehen nicht ausserhalb der geschichtlichen Entwicklung, dass wir in einem solchen Konflikt zu wählen hätten, in den etwa der Gärtner, der

auch Schmetterlingssammler wäre, geraten könnte, sondern wir sind durch die Macht der Umstände, dadurch wir in die Gesellschaft hereingeboren sind, entweder zur Rolle von Raupen oder zur Rolle der Pflanzen, ja zeitweilig und teilweise bald zum einen, bald zum anderen verurteilt. Das einzige, was wir da tun können, ist, dass wir genau die Entwicklungsgeschichte beider Phänomene studieren und danach beurteilen, welcher Entwicklung sich die Geschichte zuneigt. Dann erst können wir gewissermassen als Geburtshelfer der alrichtig erkannten Entwicklung wirken. Wir haben hier eine objektive gesellschaftliche Differenzierung, innerhalb deren der einzelne mit seinem Wollen fast nichts, die durch die Entwicklung heraufgerufene Massenerscheinung alles ist. Ob da der einzelne Ausbeuter oder Halbausbeuter oder neutral oder Ausgebeuteter und Halb- und Viertelausgebeuteter ist, das sind Verhältnisse, die nicht oder nur sehr wenig er selbst bestimmt. Da wächst er herein, und alles, was er tun kann, ist, dies wissenschaftlich erkennen. Dies Erkennen, an sich weder sittlich noch unsittlich, weist uns die Zielrichtung des Wollens. Aber doch des Wollens, wirft nun wieder der erste ein. Und das Wollen ist Wollen eines Ziels. Ich gebe dir alles zu, was du gesagt, aber nun stehen sich kalt und glatt folgende Alternativen gegenüber. Entweder das Wollen ist blosser Instinkt, blosser Affekt, der Zielrichtung gibt. Dann hat auch die Erkenntnis nichts zu tun, als diesem Affekte zu dienen. Oder die Erkenntnis kann etwas mehr, sie kann auch sagen, welche von den vielen instinktiv aus der Entwicklung geborenen Zielrichtungen die normale, die aufwärtsführende sei. Damit sind wir zur Kernfrage gelangt. Kann sie das, oder kann sie das nicht? Kann sie das nicht, so ist jedes Wollen dem Werte nach gleich, sofern es Erfolg hat. Sittlicher Richter ist der Erfolg, und nur er. Oder aber, es gibt neben dieser Beurteilung noch eine andere, davon total verschiedene, welche den wurmstichigen Apfel abnorm nennt, auch wenn er zur Reife kommt, und den vom Sturme vorzeitig vom Baume geworfenen gesund nennt, wenn er keinerlei Makel hat.

Für den Wurm wird jener Apfel der normale sein, wirft dem wieder der andere entgegen. Dass ein solches Normurteil für jeden besteht, leugne ich nicht, aber es ist bei jeder Klasse je nach den Zielen verschieden. Und es ist nicht etwas, dass die Norm die Ziele, sondern vielmehr so, dass die Ziele die Norm bestimmen. Für eine Norm, die mir etwa meine Ziele schwächen und verderben könnte, danke ich. Ich lasse mir solche nicht aus dem Nirgendlande der reinen Abstraktion aufoktroyieren.

Das sind tatsächlich die Grundgegensätze, die auch zwischen Cohen und Kautsky walten. Und dass sie so, wie sie von den Genannten formuliert sind, abschliessend sind, daran ist kein Zweifel. Cohen nimmt im Prinzip die Ableitung der sittlichen Norm nach Kant, Kautsky aber nach Marx vor. Wie will da jemand kommen und von Versöhnung zwischen Kant und Marx reden? Wie will er gar, wie ich in meiner *Ethik und Politik* tat, behaupten, Kant müsse konsequenterweise zu Marx, Marx zu Kant kommen? Das scheint nach der Darlegung der obigen Gegensätze unmöglich. Und es ist auch tatsächlich unmöglich, solange der Kantianismus die Fundamente seiner Aufstellung aus reiner Vernunft entwickeln will, und solange der Marxismus nicht an der Hand der Kantischen Begriffsbestimmung deren wahre Grundlagen in seinen eigenen Prinzipien entdeckt.

Und doch ist Cohen ebenso, wie Kautsky, der Gesinnung nach Sozialist. Folgendermassen urteilt er über Marx: »Der sittliche Feuergeist spornt seine ganze grosse Arbeit, seine theoretische, wie die praktische. Pedantisch ist es, einem solchen Gesandten des Gottes der Geschichte die Sprüchlein der spirituellen Moral vorzuhalten und ihm zu bedeuten, dass er die Urkraft des Ich verkannt und verleumdet habe.« Und über den übelbelemundeten Eudämonismus im Sozialismus sagt er: »Wo die Lebenskraft unterbunden wird, da kann der Wille, der reine Wille nicht gedeihen Der Eudämonismus der Magenfrage bedeutet nichts geringeres, als die Fürsorge der reinen Ethik für die Tatkraft des reinen Willens und für die Reinheit des Selbstbewusstseins. Dieser Eudämonismus ist das Gegenteil von Egoismus. Darum konnte und durfte er sich mit dem Sozialismus verbinden.« Bei einem Manne von solcher Gesinnung dürfen wir keinenfalls den Verdacht hegen, dass er aus irgendwelchen Hintergedanken gegen die materialistische Geschichtsauffassung ankämpfe. Er hält sie für einen logischen Fehler, oder vielmehr, er glaubt, es stecke in ihr ein logischer Widerspruch, aber er warnt davor, sie für einen ethischen Fehler zu halten. Der Gegensatz wird am Ende gar nicht da seinen Angelpunkt haben, wo beide ihn zu finden glauben, sondern an anderer Stelle. Da also muss nachuntersucht werden.

Cohen sagt: »Darauf also kommt der innerliche Gegensatz aller empiristischen gegen die idealistische Ethik hinaus, dass die erstere die angeblich absoluten Gegenstände bekämpft, dafür aber die absoluten Handlungen um so bereitwilliger gelten lässt, während die idealistische Ethik scheinbar, in Wahrheit aber nur in der Methode den reinen Willen absolut setzt, kraft dieser Methode aber ihn als Bedingung zur Erkenntnis bringt und demzufolge alle angeblich absoluten Werte der geschichtlichen Moral im tiefsten und im besten Sinne relativiert.« Man könnte da freilich fragen: Aber warum wird denn diese Ethik, wenn sie nur Methode sein soll, *idealistic* genannt? Der Wille, von allen Besonderheiten abstrahiert, ist denn doch nur Abstraktum wirklichen Willens. Da würde Cohen antworten: Dann würde das Sittliche ja Naturgesetz. »Und die Missdeutung des Sittengesetzes als eines Naturgesetzes führt zu der Verwechslung der sittlichen Begriffe und Gesetze mit einem angeblichen sittlichen Objekt und einem Gute der Kultur.« In der Tat scheint Kautskys Polemik gegen das sittliche Ideal als richtungbestimmendes Moment wesentlich gegen diejenige Ansicht zu gehen, welche eine bestimmte inhaltliche Sittlichkeit vorschreiben, sowie gegen diejenige, welche die Form vom Inhalte lösen und als eine Übermoral aufstellen will. Das erste tut die Herrenmoral der despotischen Zeit, welche stets bestimmte Gebote als ewig sittliche Normen aufstellt, das letztere tut die Moral der freien Verkehrsgesellschaft, die dem Strom ihres freien Verkehrs einen Uferdamm von Recht und Moral baut, der das ungestörte Strömen des Verkehrs gewährleisten soll — wobei freilich dieser Überbau mit dem im Strombette strömenden wirklichen Handeln in gar mannigfaltige Konflikte gerät. Dass Kautsky seine Kritik derart meint, geht schon daraus hervor, dass er sagt: »Der Inhalt des sittlichen Ideals ist nicht immer ein sehr klarer.« Da aber wird er wenigstens bei Cohen offene Türen einrennen. Das wird der ihm bereitwilligst zugeben, dass alle inhaltlichen sittlichen Ideale wechselnd sind und sein müssen; dass man aus Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht in den Lüften den Sozialismus ableiten kann,

das versteht sich von selbst. Aus $2 \times 2 = 4$ kann man auch nicht sehen, ob Nüsse oder die Seiten eines Quadrats multipliziert werden. Dazu bedarf es bestimmter Gegebenheiten. Und wie in all den Veränderungen, die beispielsweise der Kampf ums Dasein mit sich bringt, die Beurteilung mitläuft, ob ein bestimmtes Organ oder eine Gruppe von solchen oder ein ganzer Organismus höher differenziert oder rückgebildet ist, so wird man auch in den geschichtlichen Gesellschaften fragen können, ob die vorkommenden Handlungen, Persönlichkeiten, Gesellschaftszustände jeweils von dem so bekannten und doch bisher so geheimnisvollen Gesichtspunkte der moralischen Beurteilung aus höher oder niedriger bewertet werden müssen.

Kautsky selbst erkennt diese Beurteilungsart an. Er sagt: »Trotz aller anscheinenden Regellosigkeit fühlte jeder nicht bloss das Bedürfnis nach bestimmten Regeln des Handelns, sondern er empfand auch mehr oder weniger deutlich, dass in seinem Inneren ein Regulator seines Handelns wirkte, der ihn zwischen Gut und Böse unterscheiden, das Gute anstreben, das Böse verabscheuen liess. Dieser Regulator aber erwies sich als eine höchst geheimnisvolle Macht . . . Wenn man untersuchen wollte, worin das Wesen dieses Regulators eigentlich bestehe, . . . dann stellten sich sowohl der Regulator . . . als seine Urteile . . . als Erscheinungen heraus, die schwerer begriffen werden konnten, als irgend eine andere Erscheinung der Welt.« Ganz recht! Und vielleicht gilt gerade hier das, was Marx betreffs der Gesellschaft sagt, dass sie erst auf einer Entwicklungsstufe begriffen werden kann, die auch die Bedingungen zur Lösung der vorhandenen Widersprüche hergibt: Kautsky aber hat das Problem, das er sich gestellt hat, doch wohl nicht so sehr gelöst, als beiseite geschoben. So vollendet klar und einleuchtend er all das, was entwicklungsgeschichtlicher Natur ist, insbesondere den historischen Materialismus, darstellt, so unsicher tastet er hin und her, wenn es nun darauf ankommt, die Moral selbst in Beziehung zu den Ergebnissen dieser Untersuchung zu bringen.

Seltsam muss schon anmuten, dass er immer nur von den *sozialen Trieben* redet, statt die gesellschaftliche Formation selbst darauf zu untersuchen, unter welchen Umständen sie solche Triebe entwickeln muss. Nach dem Grundgedanken des historischen Materialismus muss doch das wirkliche ökonomische Leben, nicht der aus ihm hervorgehende Trieb, Grundlage sein. An einer Stelle zwar legt Kautsky direkt den Finger auf den Punkt, auf den es ankommt. Er sagt: Der Mensch »tritt in seine menschheitliche Entwicklung bereits als soziales Tier ein, mit starken gesellschaftlichen Trieben. Die erste ethische Wirkung der menschlichen Gesellschaft muss eine Beeinflussung der Kraft dieser sozialen Triebe sein. Je nach dem Charakter der Gesellschaft werden diese Triebe entweder gestärkt oder geschwächt werden. [Unter welchen Bedingungen?] . . . Nichts irriger, als die Anschauung, dass die sozialen Triebe sich regelmässig in dem Masse verstärken müssen, wie die Gesellschaft sich entwickelt. In den Anfängen der menschheitlichen Entwicklung wird das freilich zugetroffen haben. [Warum?] . . . Die Antriebe, welche in der Tierwelt schon die sozialen Triebe entwickelten, lässt die menschliche Gesellschaft in voller Stärke weiter bestehen, sie gesellt aber neue dazu durch die *Gemeinsamkeit der Arbeit*, das Zusammenwirken in der Arbeit.« Da stehen wir allerdings an einem entscheidenden Punkte. Diese Tatsache brauchte

nur ein klein wenig mehr analysiert zu werden, so konnte man in diesem Zusammenwirken, das schon in der Tierwelt erscheint, den historischen Quell der Moral finden. Nicht jedes Zusammenwirken, nicht jede gemeinsame Arbeit ist Quell sozialer Triebe — so nicht zwischen Herren und Sklaven —, wohl aber ist es unbedingt das Zusammenwirken zu einem gemeinschaftlich von dem eigenen Trieb oder dem Willen der Beteiligten erstrebten Ziele. Ziele, die verschiedenen Individuen gemeinsam, aber nicht gemeinschaftlich sind, wirken anders. Gemeinschaftlicher Schutz, gemeinschaftliche Nahrungsbeschaffung u. s. w. sind es, welche den Trieb und weiter den Willen sozial machen. Und sofern nun das Bewusstsein solchen Zusammenwirkens und daraus eines ihm angemessenen Verhaltens gegen die Mitwirkenden entsteht — was allerdings erst durch Widersprüche dagegen zu geschehen pflegt —, wird aus der zuerst instinktiven Moral die zum Selbstbewusstsein gelangte Ethik. Diese kann nur bestehen, soweit Gemeinschaft besteht. Und zwar werden ganz die selben gemeinschaftlichen Handlungen, welche von anderer Seite her als wirtschaftlich oder politisch anzusehen sind, unter dem Gesichtspunkte der Gemeinschaft und der Zusammenordnung mit den Mitwirkenden moralisch respektive ethisch gewertet. Das ist die Lösung des Rätsels.

Aber so nahe Kautsky auch dem gekommen ist, voll hat er es nicht erreicht. Er sieht zwar einen Zusammenhang zwischen Zusammenwirken und Ethik, aber er bestimmt ihn nicht objektiv und kommt daher im Grunde der objektive Massstäbe ablehnenden Ansicht der Sophisten sehr nahe, nur dass von ihm die Gesellschaften und Klassen, von jenen nur die Individuen als Massstab genommen werden. Er meint, es sei Unsinn, bestimmte sittliche Normen, die als solche von einer Gesellschaft oder einer Klasse anerkannt werden, deshalb für unsittlich zu erklären, weil sie unserer eigenen sittlichen Norm widersprechen. Die Unsittlichkeit könne stets nur Abweichen von eigener, nie von fremder Moral sein. Damit wäre unseres Erachtens, wenn das — was glücklicherweise praktisch nicht geschehen kann — seine volle Konsequenz auf das Handeln zöge, der moralische Massstab in jedem Betracht so unsicher und schwankend geworden, dass er kaum mehr, wie doch Kautsky will, als Kraft, jedenfalls aber nicht als Waffe im gesellschaftlichen Kampf in Betracht käme.²⁾

Aus dieser Unbestimmtheit bei Kautsky stammen vor allem die unsicheren Wendungen, die sich am Anfange seines letzten Abschnittes finden. Da spricht er von Zunahme der Heuchelei und des Zynismus bei den konservativen, namentlich den herrschenden Klassen und im Gegensatz dazu von einer neuen

²⁾ Conrad Schmidt meint in seinem Artikel *Bemerkungen über Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 217 ff.), auf die entscheidende Frage, weshalb Menschen gewisse Grundsätze als Verpflichtungsgründe anerkennen, gehe Kautsky nicht ein. Das dürfte zu viel gesagt sein. Bei dem *weshalb* ist freilich vor allem scharf die historische und die logische Bedeutung der Frage selbst zu unterscheiden. Auf deren historische Bedeutung geht Kautsky sehr ein; und wenn wir da etwas kritisieren, so ist es das, dass wir glauben, er habe sie nicht radikal genug in Angriff genommen. Die logische Bedeutung hat er allerdings nur an einer Stelle gestreift, wo er sagt, *Aufhebung der Widersprüche sei »das Wirken des denkenden Geistes«*. Wenn er damit die Meinung verbindet, diese Tätigkeit könne den gewonnenen Überbau nur befestigen, so ist freilich dies nur ein Wörtchen zu viel. Denn die Erfahrung zeigt, dass auch die logische Wertung recht wohl sozial angewendet werden kann. Recht hat er freilich darin, dass *»die Aufhebung der Widersprüche«* auch in falscher Richtung gesucht werden kann, dass also die Untersuchung auf dem Wege des historischen Materialismus unerlässlich ist. Immerhin muss diese Untersuchung, sobald man auf deren Grund hin zu urteilen beginnt, jenes logische Kriterium selber hinzunehmen, ob sie sich dessen bewusst sei oder nicht. Es ist mir aus Schmidts Artikel nicht ganz deutlich geworden, ob seine Hauptbeanstandung Kautskys in diesem Sinne zu verstehen ist.

Moral, welche die aufstrebenden und ausgebeuteten Klassen ihnen entgegenzusetzen. Dann aber wird bloss von den aufsteigenden Klassen geredet, in denen ein neues sittliches Ideal sei, und in denen die sozialen Triebe durch den Klassenkampf besonders entwickelt werden, während die untergehenden oder konservativen Klassen wachsende Unsittlichkeit produzieren. Nun sind aber historisch die ausgebeuteten und die aufstrebenden Klassen durchaus nicht immer identisch, und auch die sittliche Beurteilung nicht, welche ihnen Kautsky und andere zu teil werden lassen. Um die Reformationszeit war bekanntlich das absolute Fürstentum mit seiner notwendig machiavellistischen Moral die aufstrebende, das Feudalbauerntum eine untergehende Klasse, die Wiedertäufer eine aufstrebende, aber erfolglose Gruppe. Trotzdem pflegen die Sozialisten mit Recht das Streben der letzten moralisch höher zu werten, das des ersten zu verurteilen. Nach dem Satze, dass die Unsittlichkeit nur Abweichung von eigener, nicht fremder Moral sein könne, dürfte das nicht geschehen. Denn die Fürsten schlugen jene Bewegungen mit subjektiv vielleicht gutem Gewissen nieder, und Luther ermunterte sie bekanntlich noch dazu. Wenn der Sozialist trotzdem sowohl jene Bauern, wie diese Wiedertäufer moralisch höher schätzt, als ihre Unterdrücker, so tut er es instinktiv deshalb, weil sie höhere Gemeinschaftsziele verfolgten, schwerlich bloss, weil sie Unterdrückte waren. Denn den Anarchismus missbilligt er, der doch oft Überzeugung Unterdrückter ist. Darum ist es — wenn wir auch das dem folgenden Aussprüche Kautskys zu Grunde liegende Motiv nicht verkennen — doch falsch, zu sagen: »Dadurch, dass das bewusste Ziel des Klassenkampfes im wissenschaftlichen Sozialismus aus einem sittlichen Ideal in ein ökonomisches verwandelt wird, verliert es nichts von seiner Grösse. Denn was allen bisherigen Erneuerern der Gesellschaft als sittliches Ideal vorschwebte, dazu sind jetzt zum ersten Male die Bedingungen gegeben . . .« Es muss vielmehr heissen: Weil das ökonomische Ideal des Sozialismus die sittliche Gemeinschaftsidee in sich schliesst, darum kann letztere Kraft und Waffe für den Sozialismus sein, und das um so mehr, als heute die ökonomischen Bedingungen für deren Verwirklichung gegeben sind.

Damit wären wir also von Kautsky wieder zu Cohen gelangt und müssten diesem beitreten? In der allgemeinen Zielbestimmung ganz gewiss. Aber das ökonomische Ideal darf nicht von dem sittlichen Ideale getrennt werden. Und wenn Kautsky selbst anderswo sagt, dass da, wo spezielle Arbeiterforderungen mit allgemeinen Kulturforderungen in Widerspruch geraten, die letzteren den Vorzug haben, so drückt er selbst aus, was tatsächlich als Norm dienen muss: in der Sache das nämliche, was er zu bestreiten scheint. Wenn er auf der anderen Seite meint, die Moral könne aus einem unentbehrlichen zusammenhaltenden Bindeglied zu einem Mittel unerträglicher Einschnürung des gesellschaftlichen Lebens werden, so hat er ja freilich recht. Aber es kann dies eben nur so lange der Fall sein, als die Moral in der Hand von ausbeutenden Schichten zu einer Gängelmoral für die Unterworfenen ausgestaltet werden kann. Diese Moral aber ist keine Ethik. Sie beruht nicht auf der Erkenntnis von Gemeinschaftszielen. Sie täuscht vielmehr erzwungene Gemeinsamkeit als Gemeinschaft vor. Und nur, wo Gemeinschaftsziele, wirkliche, im realen Leben wurzelnde Gemeinschaftsziele, vorhanden sind, kann solche Moral, die ethischer Einsicht entspricht, Wurzel fassen, oder sie ist vielmehr mit ihnen und in ihnen da.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Getreidemarkt Während die Börse sich in der ersten Märzhälfte noch immer vorwiegend in gedrückter Stimmung befand und für jede ungünstige Nachricht — aus Algieras, aus den südafrikanischen Minenbezirken, aus Frankreich mit seinem Ministerwechsel — krankhaft empfindlich blieb, hat die Produktion im grossen und ganzen ihren Vollschriff beibehalten, obwohl auf die künstlich gesteigerte Ausfuhr vor den Zollerhöhungen des 1. März hie und da eine gewisse Abflauung, wie zu erwarten, folgen musste; eine heftige Reaktion war jedenfalls nicht zu konstatieren.

Die lebhafteste Aufmerksamkeit wendet sich naturgemäss der Entwicklung des Getreidemarktes zu. Nachdem jetzt die offizielle Februarstatistik für die Ein- und Ausfuhr abgeschlossen vorliegt, lässt sich die Wirkung der Übergangsperiode, aus niedrigeren alten in höhere neue Zölle, klar überblicken. Vom Beginn der neuen Erntezufuhr (1. August) ab bis zum 28. Februar, der diesmal den letzten Tag der niedrigeren deutschen Zölle bildete, wurden eingeführt dz:

	in diesem Jahre	im Vorjahre
Weizen	20 233 231	12 494 288
Roggen	5 600 540	2 364 912
Hafer	8 818 656	3 935 973
Gerste	13 018 818	10 112 038
Mais	8 000 691	5 408 942
Weizenmehl	218 509	120 974
Roggenmehl	11 532	9 553

Die Januarziffern teilten wir in der vorigen Rundschau (pag. 248) mit; es hat demnach im Februar die Massenzufuhr aus dem Auslande sich fortgesetzt. Der deutschen Vorratsbildung muss das um so mehr zu gute gekommen sein, als man gleichzeitig mit der Ausfuhr zurückhielt, offenbar in der Erwartung verhältnismässig besserer Preise bei uns, und in Rücksicht auf die neue Regelung der Einfuhrscheine. Vom vorausgegangenen August ab betrug die Gesamtausfuhr bis 28. Februar dz:

	1906	1905
Weizen	1 721 946	2 412 135
Roggen	932 934	2 832 560
Hafer	869 657	1 495 230
Gerste	194 080	315 877
Mais	251 964	272 191
Weizenmehl	397 071	490 957
Roggenmehl	484 028	773 998

Auch diese Verstärkung der Reserven für Deutschland ist somit eine ausnahmslose. Ein stärkeres Defizit der heimischen Produktion haben wir dieses Jahr in Getreide, im Vergleiche zum Vorjahre, nicht gehabt; mehr als ausgleichend wirkt für das etwas geringere Ergebnis unserer Körnerernte die überreiche Kartoffelernte. Die volle Wirkung des neuen Zolles wird unter diesen Umständen nicht so rasch eintreten. Die allseitige Spekulation auf Preissteigerung hat vorläufig ein derartiges Überangebot herangezogen, dass die Preise eher sinken, als steigen. Der Monatsdurchschnitt betrug zum Beispiel an der Berliner Börse für die typischen Lieferungsqualitäten (1000 kg):

	1905	Roggen	Weizen
Dezember	170,53 M.		183,06 M.
Januar	169,29 "		182,52 "
Februar	163,76 "		178,96 "
Woche vom			
5. bis 10. März 1906	161,75 "		175,83 "

Ausser der fortdauernden Konkurrenz der niedriger verzollten Getreidemassen kommen demnächst für die Preisbildung mehr und mehr auch die Saatenstandsberichte in Betracht. Diese lauten bisher aus den meisten Anbaugebieten günstig für die Wintersaaten.

Fleischpreise Die für den Konsum der durchschnittlichen und vollends der bessergestellten Arbeiterfamilie viel wichtigeren Fleischpreise (vergl. meinen Artikel *Die alte und die neue Handelsvertragsperiode* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 9) stehen jedoch im allgemeinen nach wie vor auf ihrer abnormen Höhe. Nach der *Statistischen Korrespondenz* bezahlte man im Februar durchschnittlich in Preussen für 1000 kg Rindfleisch im Grosshandel 1205 M. (respektive 1223 M. im vorangegangenen Monat Januar und 1110 M. im Februar des Vorjahres); im Kleinhandel für 1 kg Rindfleisch von der Keule 1,57 (1,57 respektive 1,42) M., vom Bauch 1,34 (1,35 respektive 1,21) M., Schweinefleisch 1,72 (1,71 respektive 1,37) M., Kalbfleisch 1,61 (1,62 respektive 1,43) M., Hammelfleisch 1,56 (1,54 respektive 1,37) M., inländischen geräucherten Speck 1,89 (1,88 respektive 1,54) M., Essbutter 2,41 (2,44 respektive 2,38) M., inländisches Schweineschmalz 1,82 (1,80

respektive 1,58) M. Die Schweine- und Hammelfleischpreise, die in den Vormonaten bereits nachgegeben hatten, zeigten im Februar sogar wieder eine geringe Steigerung. Die Schweinefleischpreise insbesondere sind in Trier um 15, in Kiel und Paderborn um 10, in Görlitz, Halle a. S. und Hannover um 5, in Osnabrück um 3, in Posen um 2, in Frankfurt a. O. um 1 Pf. gestiegen, dagegen sind sie in Breslau um 15, in Königsberg i. Pr. um 7 und in Danzig um 5 Pf. gesunken.

× Bankabschlüsse An die goldene Zeit, die das Vorjahr 1905 für unsere Grossbanken bedeutete, werden wir jetzt durch die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse erinnert. Der gesteigerte Kreditbegehrt und der stärker sich regende Gründungs- und Erweiterungstrieb im Inlande, der Anleihebedarf der auswärtigen Staaten, die Börsenhausbewegung, die den Aktienbesitz der Banken in Fluss brachte und im Werte verbesserte, hat die Stellung der Banken stark gehoben. 1904 war für sie bereits ein gutes Jahr, aber 1905 brachte fast durchgehends noch reichlichere Gewinne und Dividenden. Ein volles Prozent mehr Dividende zahlen, gegen 1904: die *Dresdner Bank* und *Schaaffhausen*, für die also der angekündigte Scharfmacherboykott nach der *Hibernia*-Affäre nicht in Erscheinung trat, ferner die *Darmstädter* und die *Nationalbank*, die *Berliner Handelsgesellschaft*; $\frac{1}{2}$ % mehr gewährt die *Diskontogesellschaft*. Die *Deutsche Bank* begnügt sich, wie im Vorjahre, mit dem stattlichen Satze von 12 %, bei einem um $3\frac{1}{2}$ Mill. M. gewachsenen Reingewinn. Die *Kommerz- und Diskontobank* kann auf ihr durch Aufnahme der *Berliner Bank* um 35 Mill. M. vermehrtes Aktienkapital immer noch die gleiche Dividende von $6\frac{1}{2}$ % ausschütten. Ähnlich fast alle anderer: Bankabschlüsse.

× Schifffahrt Noch zufriedener können unsere grossen Schifffahrtsgesellschaften sein. Die *Bremer Hansalinie* zahlt, trotz des ostindischen Ratenkrieges mit der englischen *Peninsular- und Orientlinie*, für 1905 eine Dividende von 9 %. Die *Linie Hamburg-Südamerika* wirft 10 % gegen 8 % im Vorjahre ab; die *Brasilien- und Argentinienfahrt* entwickelte sich auf das vorteilhafteste. Die deutsche *Ostafrikalinie* hatte von dem

begonnenen Bahnbau Dar es Salam-Mrogoro profitable Transporte; die Rückfrachten waren gleichfalls gute, so dass der Gewinn von 1,6 Mill. M. im Jahre 1904 auf 2,27 Mill. M. im Jahre 1905 wuchs.

Mit den stärksten Trümpfen warten jedoch die beiden grössten Reedereien Deutschlands auf. Aus dem Geschäftsbericht der *Hamburg-Amerika-Linie* heben wir hervor: Das Jahr 1905 ist sehr günstig gewesen. Laut Gewinn- und Verlustkonto wurden aus den Reisen etc. 33,39 Mill. M. (1904 25,2 Mill. M.) eingenommen. Der Betriebsgewinn beläuft sich auf 36,14 Mill. M. (27,82). Die Abschreibungen auf Seedampfer und Hilfsfahrzeuge betragen 17,56 Mill. M. (14,4). Die mit 11 % (9) vorgeschlagene Dividende = 11 Mill. M. (9) ist seit dem Jahre 1889, in dem gleichfalls 11 % ausgeschüttet wurden, die höchste in der Geschichte des Unternehmens. Der ordentlichen Reserve werden 666 677 M. (1904 493 491 M.), dem Erneuerungsfonds 2 753 176 M. (2 467 289 M.) und dem Reserveassuranzkonto 2 Mill. M. (—) überwiesen. Die Tantiemen absorbieren 526 881 M. (376 344). Über die geplante weitere Entwicklung der Gesellschaft teilt der Bericht mit, dass in Gemeinschaft mit der *Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft* ein Schnelldampferverkehr nach Argentinien eingerichtet werden soll. Ferner soll der durch Vertrag mit der *Kosmoslinie* bestimmte Anteil der Hamburger Gesellschaft am westamerikanischen Verkehr eine Erhöhung erfahren.

Der Jahresabschluss des *Norddeutschen Lloyds* ist auf den selben Ton gestimmt: Obgleich die Nachwirkungen des hauptsächlich durch den bekannten Schifffahrtskrieg beeinflussten schlechten Geschäftsjahres 1904 auch im vergangenen Jahre sich noch bemerkbar machten, hat sich der Personenverkehr, wie der Frachtverkehr so glänzend gestaltet, dass 33 036 000 M. Betriebsüberschüsse (gegen 19 834 000 M. im Jahre 1904), also 13 202 000 M. mehr, als im Vorjahre, erzielt werden konnten. Wenn auch der Aufsichtsrat beschlossen hat, eine Dividende von $7\frac{1}{2}$ % vorzuschlagen, so bleiben weiter noch in Rechnung zu ziehen die überaus starken Abschreibungen (statt 13 Mill. M., wie 1904, 15 943 000 M.) und Überweisungen an Reserve- und Versicherungsfonds (statt 1 507 000 M. 4 158 000 M.). Hervorragend günstig

steht zurzeit das Passagiergeschäft; obgleich die Raten noch so hoch sind, wie am Schlusse des vergangenen Jahres, ist der Andrang der Passagiere ein so starker, dass nicht genug Schiffsräume da sind, um den Andrang zu bewältigen. Somit verspricht auch das Jahr 1906 ein glänzendes Geschäftsjahr für den *Lloyd* zu werden.

×
Kohlensyndikat

Da einige Eisenpreismässigungen, die aber nur für bestimmte Gebiete zur

Zurückdrängung englischer Angebote Kraft erlangt zu haben scheinen, zu ungünstiger Beurteilung der allgemeinen Produktionslage verleiteten, so ist die günstige Auffassung in dem letzten, Mitte März erstatteten Vorstandsbericht des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats von besonderem Interesse. Es heisst hier wörtlich: »Die lebhafteste Tätigkeit, die sich im verflossenen Jahre, namentlich in der zweiten Hälfte, auf fast allen Gebieten des heimischen Erwerbslebens bemerklich gemacht hat, hat — abgesehen von dem Markt für Hausbrandkohlen — im Januar und Februar keine Unterbrechung erfahren. Insbesondere war der Abruf seitens der Eisenindustrie fortgesetzt ausserordentlich hoch, was allerdings zum Teil seinen Grund darin haben mag, dass die Verbraucher bestrebt waren, die durch die Kohlenknappheit in den Herbstmonaten entstandenen Ausfälle auszugleichen. Ferner werden auch die durch die neuen Handelsverträge am 1. März dieses Jahres eingetretenen Veränderungen in den Zollverhältnissen in der letzten Zeit auf die Steigerung der Erzeugung für die Ausfuhr fördernd eingewirkt haben. Die Absatzverhältnisse im weiteren Verlaufe des Jahres werden sich, wenn auch die bisherige hohe Spannung nachgelassen hat, voraussichtlich befriedigend gestalten. Bemerkenswert für die Beurteilung der Verhältnisse, die in den Kreisen der für unseren Absatz so bedeutsamen Eisenindustrie herrschen, erscheint auch der Umstand, dass der Koksbedarf der Hochofenwerke für das mit dem 1. April 1906 beginnende neue Geschäftsjahr im allgemeinen auf Grund des bisherigen Höchstbedarfes abgeschlossen ist. Auch unsere übrigen Abschlüsse für das nächste Jahr, die zum grössten Teil bereits getätigt sind, lassen ein befriedigendes Ergebnis erwarten.« Für das II. Quartal 1906 hat das Syn-

dikat allerdings eine Fördereinschränkung von 15 % für Kohlen (7 % für Koks und 10 % für Briketts) beschlossen. Aber man darf nicht übersehen, dass in der letzten Zeit selbst bei voller Freigabe der Beteiligung doch nur 89 % gefördert werden konnten, und dass im vorjährigen II. Quartal die tatsächliche Förderungseinschränkung (April 21,29. Mai 20,65, Juni 18,62 %) hinter der beschlossenen Einschränkung (23 %) zurückblieb.

×
Kurze Chronik

Vor dem Zentralaussschuss der Reichsbank erklärte Präsident Dr. Koch eine baldige Diskont herabsetzung (seit 18. Januar 5 %) für nicht angängig; der Hinweis auf unsichere politische Verhältnisse hinterliess jedoch keinen dauernden tieferen Eindruck. × Der deutsche Stahlwerksverband nimmt wegen starker Nachfrage abermals eine Erhöhung der Beteiligungsziffer für die Produkte A (Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen — um 5 %) vor. × Die Aktiengesellschaft *Krupp* kauft für 4½ Mill. M. den fürstlich Solms-Braunfelschen Bergwerksbesitz an.

×
Literatur

In der *Sammlung kaufmännischer Unterrichtswerke* /Leipzig, Poeschel/ behandelt Dr. Georg Obst in sachkundigster und zugleich gemeinverständlicher Weise das *Geld-, Bank- und Börsenwesen*. Für die Brauchbarkeit dieses Lehrbuches und Nachschlagewerkes spricht allein schon die Tatsache, dass in verhältnismässig kurzer Zeit bereits die 3., völlig neu bearbeitete Auflage (das 9. bis 12. Tausend) erscheinen konnte.

MAX SCHIPPEL

Politik

Richter †

Am 10. März ist Eugen Richter gestorben. Alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, haben dem dahingegangenen Parlamentarier Worte der Anerkennung über sein politisches Wirken nachgeschickt. Wäre er früher gestorben, zu der Zeit nämlich, da Bismarck noch im Amte war, die Nachrufe hätten anders gelaute, er wäre als der *Reichsfeind* eingesargt worden, zu dem ihn Bismarck gestempelt hatte. Und die einzige Partei, die in diesem Fall Anerkennung für den von Regierung und Ordnungsparteien geächteten Politiker gehabt hätte,

wäre keine andere als die Sozialdemokratie gewesen. Als Bismarck aus dem Amte schied, da fehlte Eugen Richter der grosse Gegner, gegen den er die Kraft seiner Polemik hätte richten können. Seine Angriffslust gegen die Regierung liess nach, obwohl im grossen und ganzen die innere Politik in den Bahnen der Bismarckschen weitergeführt wurde. Sachlich hatte Richter mit seiner Opposition gegen Bismarck ziemlich erfolglos abgeschlossen: die Bismarcksche Finanz-, Steuer- und Zollpolitik war ebenso siegreich geblieben, wie seine Militärpolitik. Aber es war merkwürdig: Richters Polemik gegen die innere Politik war nach dem Ausscheiden Bismarcks aus dem Amte nicht mehr so heftig und lebendig, wie unter Bismarck selbst. Es fehlte eben die überragende Persönlichkeit Bismarcks, in der Eugen Richter alle Gefahren für Deutschlands Volk verkörpert sah. Dazu kam mit der Zeit eine persönliche Gegnerschaft der beiden Politiker, die an Schärfe nichts zu wünschen liess. Richter brauchte immer einen Gegner, den er mit seinem Hass, der sicherlich durchaus ehrlich war, verfolgen konnte. Er hatte noch den alten Demokratenhass, der den politischen Gegner moralisch bewertete und sachliche Gegensätze nicht sachlich austragen konnte und wollte. Er lebte immer in dem Wahne, die innere Politik Deutschlands hätte einen anderen Weg genommen oder nehmen können, wenn ein anderer Kanzler an der Spitze gestanden hätte. Das Verhängnis für den Volksmann Richter nach Bismarcks Weggang war, dass er nicht ohne Opposition gegen einen mächtigen Gegner leben konnte. Er hatte bis dahin mehr oder weniger die Opposition im deutschen Parlamente verkörpert; nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde ihm und seiner Partei diese Position von der Sozialdemokratie mehr und mehr streitig gemacht: das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie bedeutete den Untergang seiner eigenen Partei. Entweder er musste sich für ein Zusammengehen mit links entscheiden, oder er wurde durch die Haltung der Sozialdemokratie nach rechts gedrängt. Das letztere ist eingetreten, und diese Schwenkung hat ihm in den letzten Jahren seines öffentlichen Wirkens die Anerkennung der Regierung und aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, eingetragen. Wenn mit den Jahren die Beziehungen zwischen der freisinnigen Volkspartei und der

Sozialdemokratie immer gespannter und schliesslich zu einer erbitterten Feindschaft wurden, so hat Eugen Richter diese Wendung durch seine grosse Verständnislosigkeit allen sozialen Fragen gegenüber selbst heraufbeschworen. Für ihn war die Sozialdemokratie stets eine Partei ohne jede Daseinsberechtigung. Wie er die Bismarcksche Politik falsch wertete, so noch mehr die Sozialdemokratie. Seine *Irrlehren der Sozialdemokratie*, die einen so grossen buchhändlerischen Erfolg aufwies, sind geradezu naiv kindliche Versuche, die moderne Arbeiterbewegung aufhalten oder ihr Abbruch tun zu wollen. Die Gegnerschaft zwischen der Sozialdemokratie und Eugen Richter erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen des Zolltarifikampfes, wo ihm Bebel im Reichstag in der Leidenschaft das Wort *Verräter* zuschleuderte. Auch in der Presse ist jetzt nach seinem Tode diese Anklage wieder aufgefrischt worden. Ich glaube aber, dass dieses in der Leidenschaft des parlamentarischen Kampfes gefallene Wort so wenig Berechtigung hat, wie die frühere Bezeichnung des *Reichsfeindes*. Gewiss war das Verhalten Eugen Richters in den Tagen der Zollkämpfe vom sozialdemokratischen Standpunkt aus scharf zu bekämpfen. Aber dass Richter und seine Partei irgendwie verpflichtet gewesen wären, die damalige Taktik der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung mitzumachen, dürfte wohl niemand ernsthaft behaupten wollen. Eine solche Verpflichtung lag nicht vor, Richter liess vielmehr keinen Zweifel darüber, dass er die eingeschlagene Taktik missbilligte. Klug war es allerdings nicht, dass Richter in seiner Erbitterung gegen die Sozialdemokratie damals so weit ging, unter dem Beifall der Majorität des Reichstages die Minorität, mit der er *materiell* übereinstimmte, wegen ihrer *Taktik* förmlich abzukanzeln. Man hätte es ertragen, wenn er dargelegt hätte, warum seine Partei die Obstruktion nicht mitmachen könne, aber Richter ging zum Angriff über und wurde damit der Sachwalter der Majorität. Dieses Verhalten war hart zu verurteilen, aber es rechtfertigt nicht den Vorwurf des *Verrats*. Mit diesem schrillen Missklang endete das öffentliche Wirken Eugen Richters. Mag man aber diesem grossen Parlamentsredner noch so feindlich gegenüberstehen, seine Charakterfestigkeit und Überzeugungstreue verdient in einer Zeit, wo an die Stelle von Grundsätzen die Interessen

getreten sind, ein grosses Mass von Achtung, das ihm auch die Sozialdemokratie zollen kann.

× **Kurze Chronik** Die Hamburger Bürgerschaft nahm am 28. Februar das neue Wahlgesetz an. × Bei den Kircheninventaraufnahmen kam es in verschiedenen Departements Frankreichs zu blutigen Exzessen. × Die französische Deputiertenkammer liess bei der Debatte über die Inventaraufnahme am 7. März das Kabinett Rouvier im Stich, so dass dieses dem Präsidenten Fallières seine Demission einreichte. Es folgt ein Kabinett Sarrien mit Briand, Bourgeois und Poincaré. × Eine entsetzliche Grubenkatastrophe fand in Courrières vom 9. auf den 10. März statt. × Am 18. März starb in Chicago Johann Most. × Dem preussischen Abgeordnetenhaus gingen am 19. März die angekündigten Wahlreformwürfe zu; sie enthalten ausser einigen Kleinigkeiten technischer Art eine Neueinteilung einiger übermässig grosser Wahlkreise, wodurch die Chancen für die Sozialdemokratie, ein paar Mandate zu erringen, gestiegen sind.

RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Wohnungsinspektion

Im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik bespricht Beigeord-

neter Dominikus die Inspektion der ungesunden Wohnungen in Strassburg. Der Artikel verdient eine eingehendere Besprechung, weil er auf Grund der Erfahrungen in Strassburg zu allgemeinen Grundsätzen der Wohnungsinspektion zu gelangen sucht. Für die Strassburger Wohnungsinspektion ist charakteristisch die Verbindung ehrenamtlicher Wohnungsinspektoren mit Berufsbeamten. In der Praxis hat es sich sehr bald herausgestellt, dass eine eingehende Wohnungsinspektion in grösseren Städten von einer ehrenamtlichen Wohnungskommission nicht befriedigend besorgt werden kann. Die Wohnungsinspektion kann nur dann etwas leisten, wenn sie eine ständige Gemeindevorrichtung ist. Es sind ständige Nachrevisionen nötig, um das einmal Erreichte festzuhalten. Für diese unaufhörliche Kleinarbeit fehlt es aber den ehrenamtlichen Mitgliedern an Zeit. Zur Entlastung der ehrenamtlichen Wohnungsinspektoren sind Berufswohnungsinspektoren unbedingt notwendig. Schwierig ist nun die Abgrenzung und

Verteilung der Tätigkeit zwischen den ehrenamtlichen und beruflichen Wohnungspflegern. In Strassburg hat die folgende Abteilung der Zuständigkeiten sich bewährt: Die erste Besichtigung wird immer durch die beiden Berufswohnungsinspektoren gemeinsam vorgenommen, um die Einheitlichkeit des Vorgehens zu sichern. Der ehrenamtliche Wohnungspfleger tritt in Tätigkeit, wenn es sich um besonders schwere gesundheitliche Missstände handelt, wenn die Berufsinspektoren über die Anwendung der einheitlichen Mindestforderungen im Zweifel sind, und schliesslich, wenn sich der Eigentümer nicht den erlassenen Auflagen fügt.

Die Wohnungskommission ist in eine Reihe von Unterausschüssen eingeteilt, die aus 2 bis 3 Mitgliedern bestehen. Die Unterausschüsse regeln für ihr Revier die Durchführung der Mindestforderungen. Dieses System der Unterausschüsse wird von Dominikus dem Prinzip des einzeln handelnden Wohnungspflegers, wie es in Hamburg und Stuttgart in Anwendung ist, vorgezogen. Bei den Unterausschüssen findet eine gegenseitige Ergänzung und Kontrollierung statt. Die Besichtigungen finden systematisch, von Haus zu Haus, statt. Auch dieses ist die allein richtige Methode gegenüber dem Eingreifen, das nur auf Grund von Beschwerden stattfindet. Von der grössten Wichtigkeit ist ferner die Einheitlichkeit der Wohnungsinspektion. Für Strassburg sind daher nach fünfjährigem praktischen Probieren gesundheitliche Mindestforderungen festgesetzt worden. Wie langsam eine gründliche Wohnungsinspektion arbeitet, und wie mühselig die Tätigkeit ist, dafür bringt der Abschnitt *Erfolge* recht interessante Daten. In der Zeit von 1898 bis 1904 wurden in Strassburg 2954 Häuser besichtigt. Es ist also ein erheblicher Teil der Vororte und der Neustadt bisher überhaupt noch nicht besichtigt worden. Von den besichtigten Häusern wurden 1520 = 51 % durch die Wohnungskommission saniert. Davon sind in 254 dauernde periodische Nachrevisionen erforderlich. Ende 1904 waren 1140 Häuser = 11 % aller Häuser Strassburgs, in Behandlung. Nur bei 3,4 % der besichtigten Anwesen war die Einleitung des förmlichen Zwangsverfahrens notwendig. Insgesamt wurden 7422 einzelne Missstände beseitigt. Es handelte sich dabei um die Räumung von Wohnungen und Zimmern, um die Beseitigung von

Feuchtigkeit, die Schaffung von Luft- und Lichtzutritt, um Auffrischungsarbeiten, Schutz gegen Witterungseinflüsse und Feuersgefahr durch Bekleidung mit Gipsputz, Verbesserung von Abortverhältnissen, Anbringung von Schutzvorrichtungen u. s. w. Häufig sind die Mieter an dem schlechten Zustand der Wohnräume schuld. Mit der Erziehung der Hausbesitzer muss daher die Erziehung der Mieter zu einer gesundheitlichen Wohnweise Hand in Hand gehen. Um diese zu erleichtern, sind Ratschläge für gesundes Wohnen ausgearbeitet worden.

Zu den direkten Wirkungen der Wohnungsinspektion kommen die indirekten. In zahlreichen Fällen werden die Verbesserungen von den Eigentümern vorgenommen, ehe der Wohnungsinspektor erscheint. Es wird ferner der Boden für weitergehende Sanierungsprojekte bereitet, und der genossenschaftliche Bau neuer Wohnungen gefördert. Von neuen Aufgaben, die noch der Erledigung harren, nennt Dominikus die Ausgestaltung des städtischen Wohnungsamtes durch Gründung eines öffentlichen Wohnungsnachweises und die Errichtung einer öffentlichen Rechtsauskunftsstelle für Mietsangelegenheiten. Auch die Einrichtung eines Mietschiedsgerichtes hält er für notwendig. So wird die Wohnungsinspektion der Ausgangspunkt und das Rückgrat jeder Wohnungspolitik. Wir stimmen Dominikus vollständig zu, wenn er die Einrichtung einer energischen und ständigen Wohnungsinspektion als die Vorbedingung jeder positiven Wohnungspolitik bezeichnet, und wenn er sagt, dass die weitere Entwicklung einer solchen unausbleiblich sei, sobald es einmal gelungen sei, für die Wohnungsinspektion das Interesse der öffentlichen Meinung zu erringen. Also, zunächst einmal eine ständige, tätige Wohnungsinspektion — dann wird sich das übrige schon finden. Damit ist der städtischen Verwaltung eine feste, scharf umgrenzte Aufgabe gestellt, und die bei dem Betreten des grossen Gebietes der Wohnungspolitik stets drohende Gefahr der Zersplitterung glücklich vermieden. Zugleich wird damit in natürlicher Weise die feste Basis für ein konstruktives Vorgehen in späterer Zeit geschaffen.

×
Fleischversorgung — Nach Zeitungsnachrichten beabsichtigt eine landwirtschaftliche Genossenschaft in der Nachbarschaft von Hannover einen

Schlachthof zu errichten und von dort aus das Fleisch den Fleischern in grossen Kühlwagen durch die Strassenbahn zuzuführen. Sollte es nicht gelingen, die Fleischer zum Anschluss an die Genossenschaft zu veranlassen, so beabsichtigt man auch, eigene Läden einzurichten und die Konsumenten direkt zu versorgen. Es wird nicht nur eine bessere Verwertung des Schlachtviehs für die Landwirtschaft, sondern auch eine Herabsetzung der Fleischpreise erwartet, da man eine Verbilligung der Produktionskosten durch die Grossschlächterei und den Fortfall des Verdienstes der Viehhändler erwartet. Bei der Genossenschaft, welche diese Pläne ausführen soll, ist mit einer Beteiligung von 4000 bis 5000 Landwirten gerechnet. Diese Bestrebungen richten sich auch direkt gegen das städtische Schlachthaus, dessen Ertrag ausserordentlich geschmälert werden wird. Infolgedessen nahm der Stadtdirektor Tramm in einer Sitzung der städtischen Kollegien entschiedene Stellung gegen diesen Plan der landwirtschaftlichen Interessenten. Er drohte mit scharfen Gegenmassregeln, auch wenn diese grosse Kosten verursachen würden, da man der in keiner Weise als berechtigt anzuerkennenden Konkurrenz begegnen müsse.

Der geschilderte Plan bewegt sich auf der Richtungslinie, welche die Landwirtschaftskammern den Interessenten vorgezeichnet haben, mit dem einzigen Unterschiede, dass bei ihm eine Mitwirkung der Stadtverwaltung ausgeschlossen ist, während jene Organisationen seinerzeit ein Zusammengehen mit den Städten empfahlen. Die Stadtverwaltungen haben die Anerbietungen damals mit Hohn zurückgewiesen, wobei die Rücksicht auf das Fleischergewerbe für sie bestimmend war. Von sozialdemokratischer Seite wurde immer und immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Fleischversorgung der Grossstädte von der Stadtverwaltung aus zu organisieren, um durch die Organisation die Profite des Zwischenhandels und des Metzgergewerbes zu beschneiden, und um auf der anderen Seite zu verhüten, dass die Fleischversorgung widerstandslos in die Hände der landwirtschaftlichen Genossenschaften geriete. Alle dahin zielenden Anträge sind aber von den bürgerlichen Parteien in den städtischen Kollegien rücksichtslos niedergestimmt worden. Die Kurzsichtigkeit der Stadtverwaltungen scheint sich, wie das Hannoversche Bei-

spiel zeigt, nunmehr zu rächen. Da es aber schliesslich doch wieder die grosse Masse der Bevölkerung ist, welche den Schaden zu tragen haben wird, so muss erneut mit allem Nachdrucke von den Vertretern unserer Partei auf den Rathhäusern die Kommunalisierung der Fleischversorgung gefordert werden.

× **Schulzahn-ärzte** Nur sehr langsam dringt die Behandlung der Schulkinder durch Schulzahn-

ärzte in die Schulen ein. Wie dem Institut der Schulärzte, so wird dem der Schulzahnärzte der hartnäckigste Widerstand entgegengesetzt, wesentlich wiederum von den selben Kreisen, die von der Einrichtung der Schulärzte die Untergrabung der Lehrerautorität befürchteten. Bahnbrechend auf diesem Gebiete ist die Strassburger Stadtverwaltung, getrieben von Professor Jessen, gewesen. Sie hat eine zahnärztliche Inspektion und Poliklinik für Volksschüler eingerichtet. Dann wurde in Darmstadt vom *Verein hessischer Zahnärzte* eine zahnärztliche Poliklinik eröffnet, für die die Stadt die Räume, Heizung und Beleuchtung bewilligt hat. Nun haben auch die bürgerlichen Kollegien der Stadt Ulm beschlossen, zum Zwecke der Zahnpflege in den Schulen einen vollbeschäftigten Schulzahnarzt mit Ausschliessung der Privatpraxis anzustellen. Zahnärztliche Untersuchungen haben auch noch in anderen Städten stattgefunden. Ausser in den drei genannten ist es aber bisher weder zur Einrichtung von Polikliniken, noch zur Anstellung besonderer Schulzahnärzte durch die Stadtverwaltungen gekommen. Bei der grossen Bedeutung, die ein gesundes Gebiss für das allgemeine Wohlbefinden des Körpers hat, und bei der ungeheuren Verbreitung und den verheerenden Wirkungen der Zahnkrankheiten ist die Anstellung von Schulzahnärzten eine dringende Notwendigkeit. Ihre Tätigkeit hätte sich aber nicht nur auf die Untersuchung zu beschränken, es müsste vielmehr auch durch die Errichtung von Polikliniken dafür gesorgt sein, dass die festgestellten Defekte auch die sachverständige Behandlung finden.

× **Kurze Chronik** In die neuen Vorschriften für die Vergebung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen hat die liberale Stadtverwaltung Augsburg eine Klausel aufgenommen, wonach der Magistrat sich im

Falle einer Aussperrung (!) das Recht vorbehält, im einzelnen Falle Stellung zu nehmen. × Die Stadtverordneten in Recklinghausen und ebenso die Stadtverordneten in Posen haben anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars Kredite zur Errichtung von Säuglingsmilchanstalten bewilligt. × In Colmar wurde die Errichtung eines städtischen Wohnungsvermittlungsamtes beschlossen. × Die Städte Düsseldorf, Köln, M.-Gladbach, Rheydt und Neuss haben Verhandlungen angeknüpft, um gegen das Stinnessche Elektrizitätsmonopol Stellung zu nehmen.

× **Literatur** Im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins München hat Genosse

Fduard Schmid ein Handbuch für Gemeindegewähler *Die Sozialdemokratie im Münchener Rathaus* /München, Birk/ herausgegeben. Die umfangreiche Schrift reiht sich würdig ihren Vorgängern in Bremen, Frankfurt a. M. etc. an. Sie bringt zunächst das bayrische Gemeindewahlprogramm mit einer kurzen Einleitung, die dessen Geschichte darstellt. Daran schliesst sich ein Auszug aus der bayrischen Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins, aus der insbesondere die Bestimmungen für das Gemeindefinanzwesen, die Verwaltungskörper, die Rechte und Pflichten der Gemeindebürger und die Wahlen zu den Gemeindeämtern, letztere beiden Abschnitte besonders eingehend, behandelt werden. Ein besonderes Kapitel sucht den Leser in die Mysterien des Haushaltsplanes der Stadtgemeinde München einzuweihen. Daran schliesst sich das Kapitel über die Gemeindegewahlstatistik, das die Wahlen seit dem Jahre 1890 darstellt und kritisch bespricht. In der Gemeindegewahlstatistik tritt das Unhaltbare und die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlrechtes deutlicher hervor, als damit langen Reden dargelegt werden kann. Wir entnehmen daraus, dass die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 1187 im Jahre 1890 auf 4920 im Jahre 1902 angewachsen ist. Sehr ausführlich wird die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Rathause dargestellt. Hier werden sämtliche wichtigeren Aktionen, speziell natürlich die Anträge der sozialdemokratischen Vertreter, vom Dezember 1893, wo zum erstenmal ein Sozialdemokrat in das Gemeindegewahlkollegium gewählt wurde, in historischer Folge aufgezählt. Es wäre vielleicht zweckmässiger ge-

wesen, sie nach Materien zu ordnen, wodurch dem Leser die langweilige Arbeit erspart worden wäre, sich mühsam die Anträge zu den verschiedenen Materien zusammensuchen zu müssen. Da auch die Aufgabe dieser Anträge in der Hauptsache eine kritische ist, so wäre wohl am besten die historische Übersicht über die Anträge mit dem Kapitel *Kritisches* zusammengearbeitet worden. In diesem Kapitel werden der Reihe nach das Tram-bahnunternehmen, die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, der Holz- und Kohlenhof und der Marstall besprochen. Das sind die hauptsächlichsten Gewerbebetriebe der Stadt München, bei deren Ver-waltung die bürgerlichen Parteien eine glänzende Unfähigkeit an den Tag ge-legt haben. Die Kritik, die Schmid an diesen Unternehmungen übt, ist sehr scharf, aber durchaus zutreffend. Die Tarifversuche der Trambahn sind zu be-kannt, als dass wir hier auf sie einzu-gehen brauchten. Wir haben sie auch in früheren Übersichten besprochen. Die Gaspreise sind in München ausserordent-lich hoch, Leuchtgas kostet 23 Pf. pro cbm. Infolgedessen beträgt der Konsum per Jahr und Kopf nur 35 cbm, gegen 111 in Basel, 109 in Karlsruhe, 128 in Charlottenburg etc. Anträge der Direktion auf Herabsetzung der Preise sind teils abgelehnt, teils immer wieder vertagt worden, da die grossen Parteien im Rat-hause eine vorübergehende Minderung der Überschüsse befürchten. Die gleiche Kurzsichtigkeit bei den Elektrizitäts-werken, wo man es unterlassen hat, sich die an der Isar leicht zu gewinnenden Wasserkräfte zu verschaffen, und statt dessen die Werke mit Dampfkraft be-treibt. Charakteristisch sind auch die Verschleierungen in der Bilanz der Elektrizitätswerke, durch die man ihre Erträge viel niedriger beziffert, als sie in Wirklichkeit sind, und so mit scheinbar guten Gründen eine Ermässigung der Stromgebühren von sich abschieben kann. Eine Kritik des Etats und der Etat-künstler schliesst das Kapitel ab. Im Schlusskapitel wird an einer Reihe von Vorgängen nachgewiesen, dass auch auf dem Münchener Rathause gegenüber den verschiedenen Parteien mit zweierlei Mass gemessen und die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigte Partei be-trachtet wird. Alles in allem haben wir es in der Schmid'schen Schrift mit einem wertvollen Beitrage zur Kenntnis der deutschen Gemeindeverwaltung zu tun. X Zu den interessantesten und wertvollsten

Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Wohnungsliteratur gehört das Buch von Dr. Andreas Voigt und Paul Geldner *Kleinhaus und Mietskaserne* /Berlin, Springer/. Es ist zunächst eine scharfe, nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form vernichtende Kritik der Eberstadtschen Anschauungen von der Bedeutung der Bodenspekulation für die Steigerung der Bodenrente und der Mietspreise. Die Form der Polemik, die sich in persönlichen Angriffen gegen Brentano, Schmoller, Baumeister, Göcke, Fuchs, Brandts, vor allem aber Eberstadt, ergeht, hat in den Kreisen der Profes-soren und anderen bürgerlichen Woh-nungsreformer laute Klagen und Be-dauern erweckt. Es mag zugegeben wer-den, dass der Hauptverfasser, Voigt, kein Blatt vor den Mund nimmt und sich einer kräftigen Sprechweise befleißigt. Ob alle die Invektiven nötig waren, ist allerdings eine andere Frage. In dem Satz *Fortiter in re, suaviter in modo* aber steckt ein gutes Teil Heuchelei und Schwäche, namentlich, wenn man ihn gar als das Hauptprinzip jeder Dis-kussion bezeichnet. Ein kräftiges Wort ist häufig im Interesse der Wahrheit not-wendig. Warum die Klage, wenn die kräftigen Worte sich einmal etwas mehr häufen, als vielleicht erforderlich war? In der Sache selbst war es unseres Er-achtens notwendig, einmal mit aller Schärfe die Eberstadtschen Absurditäten als das zu kennzeichnen, was sie tatsäch-lich sind. Die milde Kritik, die auch von anderer, die Voigtschen Ansichten nicht teilender Seite, zum Beispiel von Fuchs, an den Eberstadtschen Sätzen geübt wor-den ist, hat auf diesen nicht den ge-ringsten Eindruck gemacht und nicht verhindert, dass Männer der Praxis mit ungenügender theoretischer Ausbildung sich jene angeeignet und zur Be-gründung praktischer Vorschläge benutzt haben. In diesem Teile, der sich mit der Kritik der Eberstadtschen Ansichten be-schäftigt, setzt Voigt das Werk fort, das von Weber in seinem auch von uns be-sprochenen Buche *Über Bodenrente und Bodenspekulation* begonnen worden ist. Die Angriffe Eberstadts auf die Boden-spekulation, seine falsche Auffassung von deren entscheidendem, verhängnisvollem Einfluss auf die Gestaltung der Boden-rente und die dadurch modern gewor-denen praktischen Bekämpfungsvor-schläge werden unseres Erachtens im wesentlichen zutreffend widerlegt. Voigt steht, wie Weber, Philippovich und

andere, streng auf dem Boden der Bodenrententheorie, er hält sie für vollständig ausreichend, um alle Erscheinungen der städtischen Grundrente zu erklären. Die Bekämpfung der Eberstadtschen Ansichten füllt aber nur einen kleineren Teil des Buches, dessen Aufgabe es ist, die wissenschaftlichen Grundlagen von extensiver und intensiver Bauweise zu prüfen. Die Verfasser sind Anhänger der intensiven Bauweise und wissen der Mietskaserne eine Unzahl von Vorzügen abzugewinnen. Das Einfamilienhaus wird von ihnen aufs schärfste bekämpft, die Nachteile der Mietskaserne dagegen als nicht vorhanden behauptet. Der kritische Scharfsinn, mit dem die Verfasser die Eberstadtschen Grundrententheorien in ihrer Unrichtigkeit nachgewiesen haben, scheint sie bei der Beurteilung der Mietskaserne vollständig verlassen zu haben. Das, was die Gegner der Mietskaserne, Hygieniker, Bautechniker, Sozialpolitiker, gegen die Mietskaserne vorgebracht haben, wird von ihnen einfach bestritten. Häufig machen sie nicht einmal den Versuch der Widerlegung. In grosser Ausführlichkeit wird der Nachweis versucht, dass die Mietskaserne die Mietspreise nicht verteuere, vielmehr verbillige. Aber bei diesem Nachweise verfallen die Verfasser sehr häufig in den selben Fehler, den sie an Eberstadt nicht scharf genug tadeln können: sie ziehen auf Grund eines lächerlich winzigen Materials ausserordentlich weitgehende Schlüsse. Der Nachweis, dass durch den Mietskasernenbau die Mietspreise nicht verteuert werden, ist ihnen ganz sicher nicht gelungen. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, ja, weitergehend, selbst wenn sie die Mietspreise verbilligte, so würden damit alle die schweren Nachteile des Wohnens in der Mietskaserne nicht aus der Welt geschafft, die Mietskaserne wäre doch die schlechteste und niedrigste Wohnform, und die Aufgabe der Wohnungsreform bliebe es doch nach wie vor, alle ihre Kräfte auf die Ausbreitung der extensiven Bauweise und die Bekämpfung der Mietskaserne zu konzentrieren.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Das internationale Bureau trat am 4. März zu einer Sitzung in Brüssel zusammen. Den ersten Gegenstand der Beratung bildete der Antrag Vaillant, betreffend die Haltung der sozialistischen Parteien im Kriegsfalle. Die Resolution,

die das Bureau annahm, besagt, dass im Falle eines drohenden Krieges die sozialistischen Parteien der betroffenen Länder in Verbindung zu treten haben, um Vorbeugemassregeln zu beraten; dem internationalen Bureau falle dann noch die Aufgabe zu, eine geeignete Weltaktion zu organisieren.

Sodann wurde über den Vorschlag van Kols zur Vertretung und Abstimmung auf den internationalen Kongressen und im internationalen Bureau beraten. Die Schwierigkeit, mit der diese Kongresse zu kämpfen haben, dass die Vertretung der einzelnen sozialistischen Organisationen der verschiedenen Länder und Nationen ohne Rücksicht auf ihre quantitative Bedeutung die selbe ist, ferner die immer häufiger werdenden Ansuchen einzelner neu gegründeten sozialistischen Organisationen drängten dazu, hier eine Regelung vorzunehmen. Nach dem Vorschlag van Kols sollten als *Nation* betrachtet werden, die unter der selben Regierung lebenden Volksmassen. Hiergegen wenden sich vor allem die österreichischen, russischen, polnischen Genossen, kurz die derjenigen Staaten, wo bei den verschiedenen Völkerschaften eine Einheitlichkeit der Organisation nur schwer erzielt wird. Nach längerer Diskussion stimmte man dem Vorschlag van Kols im Prinzip zu, doch mit der wichtigen Modifikation, dass das Bureau auch ausnahmsweise eine solche Bevölkerungsgruppe als eine besondere Nation anerkennen [darf], deren Streben nach Selbständigkeit und deren geistige Einheit als Folge einer langdauernden historischen Tradition anzusehen sind, mag sie unter einer oder verschiedenen Regierungen stehen. Ausserdem wurde — allerdings vorbehaltlich einer erneuten Beschlussfassung — festgesetzt: Jede nationale Sektion erhält eine Stimmenzahl, die von 2 bis 20 variiert, nach einer Liste, die zuerst von dem 1906-1907 fungierenden Bureau aufgestellt werden soll. Die Norm für die Stimmenzahl gibt die Bedeutung der nationalen Sektion ab, die sich dokumentiert in der Bedeutung ihrer Nationalität, in der politischen Macht ihrer politischen Partei respektive Parteien, in der Zahl ihrer Mitglieder und der Stärke der Gewerkschaften und Genossenschaften.

× **Parteitage und Die sozialdemokratische** ×
Konferenzen Partei Bayerns hielt am
 4. und 5. März in Schweinfurt ihren Parteitag ab Anwesend waren

95 Delegierte aus 85 Orten. Aus dem Geschäftsbericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, dass in Bayern zusammen 199 Organisationen mit 32 112 Mitgliedern bestehen. Die 5 bayerischen Parteizeitungen entwickeln sich recht gut. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete das neue Organisationsstatut. Es wurde beschlossen, den Grundbeitrag auf 15 Pf. pro Monat festzusetzen; 3 Pf. sind für den Hauptvorstand in Berlin, 2 Pf. für den Landesvorstand in Bayern, 5 Pf. für die Gauorganisation, und die übrigen 5 Pf. für die lokale Agitation bestimmt, wozu auch noch ein Lokalzuschlag von mindestens 5 Pf. pro Monat erhoben werden soll. Das neue Organisationsstatut tritt am 1. Juli in Kraft. Nach Erstattung des Berichts über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die Genossen Segitz und Adolf Müller zollte der Parteitag der Fraktion für ihre Arbeit volle Anerkennung. Für die nächsten Landtagswahlen, die ersten, die nach dem neuen Wahlgesetz stattfinden, wird statuiert, dass die Partei mit voller Selbständigkeit, ohne jede Fühlung oder Verbindung mit anderen Parteien in den Wahlkampf einzutreten habe. Auf dem nächsten Parteitag soll eine umfassende Änderung des Landtagswahlprogrammes vorgenommen werden.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie fand am 10. und 11. Februar in Karlsruhe statt. Der Karlsruher *Volksfreund* besitzt nach dem Geschäftsbericht 125 Filialen und wird in 313 Orten gelesen. Die Abonnentenziffer der Mannheimer *Volksstimme*, die 1900 7000 betrug, ist jetzt auf annähernd 12 500 gestiegen, sie entspricht jetzt etwa 50 % der Reichstagswähler. Diese Steigerung soll zu erheblichem Teil auf die Erweiterung des Blattes zurückzuführen sein. Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Landesvorstandes endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in welcher der Parteitag das von dem Landesvorstand mit dem liberalen Block abgeschlossene Stichwahlabkommen in allen Teilen billigt. Alsdann wurde über die Abänderung des Organisationsstatuts verhandelt und beschlossen, dass der Monatsbeitrag der politischen Organisationen in Baden 25 Pf. betragen soll. Der Parteitag nahm ferner zwei Referate entgegen über *Sozialdemokratie und Volksschule* und *Reform der Gemeinde- und Städteordnung* und erhob Protest gegen die in Baden geplante Eisenbahntarifreform.

Jugendorganisationen Im Anschluss an den badischen Parteitag fand in Karlsruhe die 1. Konferenz der sozialistischen jugendlichen Arbeiter Deutschlands statt. Die Konferenz bezweckte, einen Verband jugendlicher sozialistischer Arbeiter Deutschlands zu gründen. Delegierte aus Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Offenburg, Freiburg, Fürth, Mühlheim, Nürnberg, Daxlanden waren anwesend und erstatteten Bericht über den Stand ihrer Organisationen. Dann sprach Genosse Dr. Frank aus Mannheim über die Gründung einer Jugendorganisation Deutschlands: das Bedürfnis, Jugendorganisationen zu bilden, sei dem Streben entsprungen, die jungen Leute für die Partei und Gewerkschaft heranzuziehen; ferner kommen die Jungen zu uns, um ihr allgemeines Bildungsbedürfnis zu befriedigen, und so füllen unsere Jugendvereine die Lücken der rückständigen Volksschulbildung aus. Die Diskussion beschäftigte sich fast ausschliesslich mit der Frage, ob eine Zentralisation der Jugendorganisationen herbeigeführt werden sollte, und mit der Gründung eines eigenen Organs. Schliesslich wurde der Antrag auf Schaffung einer Zentralorganisation angenommen und beschlossen, eine Monatsschrift zu gründen, die von Genossen Dr. Frank redigiert und *Die junge Garde* betitelt werden soll.

× **Schweiz: Antimilitarismus** Die Verwendung der Truppen gegen Streikende, wie sie in den letzten Jahren auch in der Schweiz immer häufiger gewesen ist, hat innerhalb der Arbeiterschaft eine antimilitaristische Strömung hervorgerufen. Viele Genossen, namentlich der romanischen Kantone, gingen in ihrer Agitation so weit, die Gehorsamsverweigerung zu fordern. Auf dem letzten Parteitage im Herbst vorigen Jahres wurde eine besondere Kommission beauftragt, sich mit der Militärfrage zu befassen und einem ausserordentlichen Parteitage Vorschläge zu unterbreiten. Dieser hat nunmehr am 11. Februar in Olten getagt. Genosse Greulich begründete die von der Kommission ausgearbeiteten Thesen. In der ersten These wird ausgesprochen, dass die sozialdemokratische Partei der Schweiz im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern erstrebe und dass sie die Erledigung internatio-

×

×

naler Konflikte durch Schiedsgerichte verlange. Diese These fand ohne Debatte einstimmig Annahme. Eingehender verbreitete sich Greulich über die zweite: »Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkenne sie ein Volksheer mit der ausschliesslichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von aussen.« Er wandte sich in scharfer Weise gegen die Antimilitaristen und Anarchosozialisten, welche dafür eintreten, dass auch im Falle eines Angriffs von aussen die Soldaten den Gehorsam zu verweigern haben. In der Abstimmung wurde die zweite These mit 304 gegen 34 Stimmen angenommen. Die dritte beschränkte sich auf einen scharfen Protest gegen die Verwendung von Wehrmännern zu gunsten des Unternehmertums bei Streiks. Diese These genügte nicht. Zur Annahme gelangte schliesslich der Berner Antrag, in welchem den Soldaten anempfohlen wird, den Gehorsam zu verweigern, falls ihnen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffe zu gebrauchen. Die beste Gewähr dagegen, dass gegen die im Streik stehenden Genossen Gewalt gebraucht wird, liege in der Verstärkung der politischen Macht der Arbeiterschaft in Gemeinde und Staat. Debbattelos fand die vierte These Annahme, in der die Partei eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens fordert, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmässigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht. Damit waren die Aufgaben des Parteitages erledigt.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Tessin hat wegen der Stellungnahme des Oltener Kongresses zur Frage des Antimilitarismus ihren Austritt aus der Partei erklärt.

× England: Par- Am 15. und 16. Februar
teltag traten in London die Dele-
gierten der an das L. R. C.

angeschlossenen Arbeiterkorporationen zu ihrem 6. Jahreskongress zusammen. Dieser Bund von sozialistischen Vereinigungen, Gewerkschaftsverbänden und Gewerkschaftskartellen ist als die englische Arbeiterpartei anzusehen und hat jetzt auch den Namen *Labour Party* (*L. P.*) angenommen. Fehlt auch zunächst noch die Bezeichnung *sozialistisch*, so sind doch die führenden Leute Sozialisten, und die neue Partei ist dem Wesen nach sozialistisch. Die neue Arbeiterpartei, die

erst im Jahre 1900 gegründet wurde, ist heute und namentlich durch die letzten Wahlen, zu einem bedeutenden Faktor im politischen Leben Englands geworden. Der Umschwung, der sich in der Auffassung der Arbeiterpolitik im letzten Jahrzehnt vollzogen, und der in Zukunft zweifellos ein noch viel schnellerer sein wird, ist vor allem dem Wirken der englischen Sozialisten zu danken. Der diesjährige Kongress war von 350 Delegierten besetzt, die insgesamt 921 000 Mitglieder der angeschlossenen Vereine vertraten. Als Präsident des Kongresses wurde auf Vorschlag Keir Hardies der Sozialist Henderson gewählt. Die Verhandlungen brachten Debatten von Bedeutung. Quelch und Fred Knee brachten den Antrag ein, das Exekutivkomitee der Partei mit der Ausarbeitung eines Programms zu beauftragen, das alle Kandidaten, die vom L. R. C. unterstützt werden, anzuerkennen hätten. Welchen Wert, fragte Quelch, hat eine Partei ohne Programm? Pete Curran trat Quelch entgegen: damit eile es nicht so; Unabhängigkeit und gute Kampfesbereitschaft sei zunächst besser, als programmatische Gesetze. Quelchs Antrag wurde schliesslich abgelehnt. Die Ablehnung, sich ein festes Programm zu schaffen, ist charakteristisch für die englischen Parteiverhältnisse. Die grössere politische Freiheit bringt es mit sich, dass geringere Abweichungen einzelner von den Grundsätzen einer Partei viel häufiger sind, als bei uns, und auch einer weitgehenden Duldung begegnen. Mehr Glück hatte Quelch bei der Beratung über das Frauenstimmrecht. Ben Turner beantragte, sich für die sofortige Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen auszusprechen. Quelch beantragte noch folgendes Amendement: »Der Kongress erklärt die Zeit für gekommen, das gleiche Wahlrecht auf alle Männer und Frauen auszudehnen; er ist ferner der Meinung, dass jede Massnahme, welche eine Ausdehnung des Wahlrechts auf Grund des Besitzes vorsieht, also nur einem Teil der Frauen zu gute kommt, einen Schritt nach rückwärts bedeutet und bekämpft werden muss.« Diese Resolution wurde mit 435 000 gegen 432 000 Stimmen angenommen. Das Arbeitslosengesetz wurde für ungenügend selbst als vorübergehende Abhilfe erklärt. Zur Schulgesetzgebung lagen eine Anzahl Resolutionen vor, von denen die wichtigsten forderten: freie Speisung der Schulkinder und Durchführung des weltlichen Unterrichts. Nach

heftiger Debatte wurden sie mit 317 000 gegen 76 000 Stimmen zum Beschluss erhoben.

In den Vorstand der Partei wurden folgende Mitglieder gewählt: von der *J. L. P. Keir Hardie* und *Snowden*; von der *F. S. Pease*; von den Gewerkschaften *Hudson* (Eisenbahner), *Pete Curran* (Gasarbeiter), Abgeordneter *Henderson* (Eisengiesser), *Bell Corley*, *Robinson* (Textilarbeiter), *Stephenson* (Mechaniker), *Ben Turner* (Weber), Abgeordneter *Hodge* (Metallarbeiter); von den Gewerkschaftskartellen der Abgeordnete für *Manchester Clynes* (Gasarbeiter); zum Sekretär wurde Genosse *MacDonald* bestimmt.

× Kurze Chronik Der Stuttgarter Wahlverein beschloss, die Delegierten zum Parteitag und zum internationalen Kongress und ebenso auch die Reichstags- und Landtagskandidaten mittels Urabstimmung wählen zu lassen. Einen ähnlichen Beschluss fasste der Kreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück. × Eine internationale Friedensdemonstration wurde am 4. März in Brüssel veranstaltet; es sprachen die Genossen, *Jaurès*, *Troelstra* und andere. × Die Wahlerfolge der englischen Arbeiter beginnen, ihren Einfluss auf die Kolonien auszuüben. In *Maisonneuve* (*Kanada*) siegte bei einer Nachwahl Genosse *Verville*, ein Gewerkschaftsführer.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Vorstände In den Tagen vom 19. bis 23. Februar tagte in Berlin die 3. Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der diesmaligen Konferenz und auf die Reichhaltigkeit der Tagesordnung waren ausnahmsweise auch die Gewerkschaftsredakteure zugezogen. Zunächst wurde die Frage der Grenzstreitigkeiten beraten, wobei es sich in der Hauptsache um die Organisationen der Brauer, Handels- und Transportarbeiter und Fabrikarbeiter handelt. Es kam zur Annahme einer Resolution, die an Stelle der vom Cölner Gewerkschaftskongress aufgehobenen Resolution *Busse* treten und eine loyale Regelung der Grenzfrage herbeiführen soll. Weiter wurde ohne Debatte eine Resolution votiert, betreffend Schaffung möglichst einheitlicher Übertrittsbedingungen. In Sachen des Gemeindearbeiterverbandes, der die auf der letzten Kon-

ferenz gefassten seine Organisation betreffenden Beschlüsse nicht loyal durchgeführt hatte, wurde unter Bestätigung der früheren Beschlüsse und in der bestimmten Erwartung ihrer loyaleren Durchführung von einem förmlichen Tadel oder gar von einem Ausschluss dieses Verbandes aus den Reihen der freien Gewerkschaften abgesehen. Gegen die Gründung von Sonderorganisationen der Angestellten in Genossenschaftsbetrieben wurde entschieden Stellung genommen. Eingehend wurde über die Agitation in Oberschlesien verhandelt. Die der Vorstandskonferenz vom Cölner Gewerkschaftskongress überwiesenen Anträge, betreffend Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für *Rheinland-Westfalen* und eines Arbeitersekretärs für *M.-Gladbach-Rheydt*, wurden abgelehnt. Hinsichtlich der Einrichtung von Unterrichtskursen unterbreitete die *General-kommission* der Konferenz ein Programm zur Begutachtung, das denn auch fast einhellige Zustimmung fand. Danach sollen die Unterrichtskurse in Berlin im Gewerkschaftshause unter Aufsicht der *General-kommission*, der erste im September, der zweite im November des Jahres, durchgeführt werden. An jedem der Kurse, die auf 4 Wochen berechnet sind, sollen nicht mehr als 50 Personen teilnehmen. Der Lehrplan enthält 11 Lehrfächer, und zwar 1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 2. die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland, 3. die Gewerkschaftsbewegung im Auslande, 4. die Versicherungsgesetzgebung, 5. die Arbeiterschutzbestimmungen, 6. die Gewerbeordnung, 7. Einführung in die Nationalökonomie, 8. Kartelle und Unternehmervereinigungen, 9. Vorbedingungen der Statistik, 10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur, 11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr. Von der Einrichtung von Spezialkursen für Arbeitersekretäre, Redakteure, Kassenbeamten etc. wurde zunächst Abstand genommen. Weiter wurden in mehrstündiger Debatte die Erfahrungen aus den jüngsten grossen Streiks und Aussperrungen erörtert. Schliesslich kam es zu längeren Auseinandersetzungen über die Frage *Partei und Gewerkschaft*. Auch hier war sich die grosse Mehrzahl der Konferenzteilnehmer darin einig, dass man sich die systematischen Angriffe, wie sie im letzten Jahre von verschiedenen Parteiorganen auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Presse und Führer, erhoben wurden,

nicht mehr widerspruchlos bieten lassen dürfe. Bei aller Übereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Klassenkampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, könne man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden solle. Besonders sei es Pflicht der Gewerkschaftspresse, solche Angriffe rasch und entschieden zurückzuweisen, ihre Solidarität auch einzelnen von Parteiorganen angegriffenen Gewerkschaftsführern gegenüber zu bekunden und von ihrem Rechte der freien Kritik künftig mehr, als bisher, Gebrauch zu machen. Doch solle die Zurückweisung und Kritik in Form und Inhalt stets dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein. Die *Generalkommission* sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam berührenden Fragen eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen.

× ×
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Jahresabschluss der *Generalkommission* für 1905 veröffentlicht; er balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 334 053,63 M. und weist einen Vermögensstand von 202 555,72 M. auf. Die Einnahmen an regelmäßigen Gewerkschaftsbeiträgen betragen 183 570,51 M.; ausgegeben wurde für Agitation vorwiegend in Ost- und Westpreussen, Posen, Schlesien, im Sauerland, im Saargebiet, in Elsass-Lothringen und unter den italienischen Arbeitern 32 755,56 M., für das *Korrespondenzblatt* 32 148,66 M., für den *Operaio Italiano* 6 773,74 M., für die *Oswiata* 6548,76 M., für das Zentralarbeitssekretariat 10 014,03 M., für die Verwaltung der *Generalkommission* 16 761,57 M. Im Anschluss daran wurde über die von der *Generalkommission* veranstalteten Sammlungen für Streiks und Aussperrungen abgerechnet, die eine Gesamt-einnahme von 120 288,94 M. ergaben, welche Summe bis auf 1570 M. an die an den verschiedenen Aussperrungen beteiligten Organisationen abgeführt wurde. In der gleichen Nummer des *Korrespon-*

denzblatts wurde auch der Bericht des Zentralarbeitssekretariats für das Jahr 1905 veröffentlicht. Wir können in Rücksicht auf den dieser Rundschau gewährten Raum auf den interessanten Bericht leider nicht eingehen. Das Zentralarbeitssekretariat hat schnell Bedeutung gewonnen, was allein schon aus der Tatsache hervorgeht, dass ihm im letzten Jahre 1008 Streitsachen zur Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt und den Schiedsgerichten überwiesen wurden (gegen 968 im Jahre 1904 und 633 im Jahre 1903).

× ×
Österreich Wie die vom Arbeitsstatistischen Amte herausgegebene *Soziale Rundschau* berichtet, fanden im Jahre 1905 insgesamt 660 Arbeitskonflikte, davon 641 Streiks und 19 Aussperrungen, statt. Von den Arbeitseinstellungen wurden 2610 Betriebe betroffen, in denen 136 503 Arbeiter beschäftigt waren. Von den 641 Streiks waren 125 Angriffs- und 100 Abwehrstreiks, 116 Streiks waren unbestimmbar. 56,3 % der Streiks wurden um Erhöhung der Löhne, 20,6 % um Verkürzung der Arbeitszeit, 13,4 wegen Massregelungen, 4,4 % wegen Lohnreduktionen geführt. 139 Streiks mit 10 705 Beteiligten endigten mit einem vollen, 277 mit 57 027 Streikenden mit teilweisem Erfolg, 167 Lohnkämpfe mit 13 957 Beteiligten erfolglos; von 58 Bewegungen mit 7506 Beteiligten ist der Ausgang unentschieden. Die 19 Aussperrungen betrafen 520 Betriebe mit 14 817 Beschäftigten, von denen 13 528 ausgesperrt wurden. Auch die österreichische amtliche Streikstatistik dürfte ähnlich der deutschen ein nur unvollkommenes Bild der Streikbewegung bieten.

× ×
Ungarn Die ungarische Gewerkschaftsbewegung hat sich im letzten Jahre im ganzen recht günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl belief sich Ende des Jahres auf annähernd 80 000 gegen 53 169 am 1. Januar 1905, 41 138 am 1. Januar 1904 und 15 270 am 1. Januar 1903. In gleich erfreulicher Weise, wie die Mitgliederbewegung, vollzog sich der innere Ausbau der Gewerkschaften, was sich in erster Linie in ihren erheblich gesteigerten Leistungen ausdrückt. Die stärkste Organisation ist die der Bauarbeiter, die im Jahre 1904 110 Ortsgruppen und 6 Fachsektionen mit 14 000 Mitgliedern zählte, im Jahre 1905 dagegen 188 Ortsgruppen

und 7 Fachsektionen mit 22 000 Mitgliedern. Ihr zunächst steht die Organisation der Metallarbeiter mit zirka 18 000 und der Holzarbeiter mit zirka 10 000 Mitgliedern.

× England Nach einem soeben erschienenen Blaubuch des Handelsamtes über die Gewerkschaften gab es im Jahre 1904 im vereinigten Königreich 1148 Gewerkschaften mit zusammen 1 866 755 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl der englischen Gewerkschaften hat sich in den letzten Jahren, hauptsächlich wohl unter dem Einfluss der Arbeitslosigkeit, verringert. Betrug sie doch Ende 1901 1 940 874, sank also in den drei folgenden Jahren um 3,8 %. Besonders hatten die kleineren Organisationen unter dem Mitgliederverlust zu leiden, aber auch einzelne grössere gingen zurück. So verloren die Bergarbeiter nahezu 30 000 oder 5,5 % Mitglieder, die Transportarbeiter bissten 7, die Schneider 18 % ihrer Mitglieder ein. Dagegen erzielten die Organisationen der Ladengehilfen von 1902 bis 1904 11 000 neue Mitglieder, das heisst 60 % Zuwachs, und die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten vermehrte sich um 12 000 Mitglieder oder um 23,6 %. Die grösste Gruppe der englischen Gewerkschaften sind die der Bergarbeiter mit einer halben Million Mitglieder und 1 108 000 Lstrl. Vermögen, dann kommen die Maschinenbauer, Metallarbeiter und Schiffbauer mit einer Drittelmillion Mitglieder und über 1,5 Mill. Lstrl. Vermögen; die sämtlichen Gewerkvereine der Textilarbeiter zählen eine Viertelmillion Mitglieder und 700 000 Lstrl. Vermögen, die Bauarbeiter ebenfalls eine Viertelmillion Mitglieder, aber nur 400 000 Lstrl. Vermögen. Das gesamte Vermögen der 100 bedeutendsten Gewerkvereine ist seit 1895 von 1 711 733 Lstrl. auf 4 616 230 Lstrl. angewachsen. Die Ausgaben dieser 100 Gewerkschaften beliefen sich in den gleichen 10 Jahren auf zusammen 16 Mill. Lstrl., davon 6 658 000 Lstrl. oder 41,4 % für Kranken- und Unfall-, Alters- und Begräbnisunterstützung, 3 608 000 Lstrl. oder 22,5 % für Arbeitslosenunterstützung, 3 451 000 Lstrl. oder 21,5 % für Verwaltungskosten und ähnliche Ausgaben und nur 2 343 000 Lstrl. oder 14,6 % für Streiks.

Im Jahre 1905 wurden in Grossbritannien insgesamt 337 Streiks geführt, die niedrigste Zahl innerhalb eines Jahres seit 1893, von welchem Jahre an eine regel-

mässig nach der selben Methode aufgenommene Streikstatistik veröffentlicht wird. Beteiligt waren 1905 an den Streiks rund 93 000 Arbeiter, davon 26 000 nur indirekt; nur noch im Jahre 1904 war die Zahl der Beteiligten um 6000 niedriger. Am meisten kamen wiederum die Bergarbeiterorganisationen bei den Streiks in Betracht. In 223 Fällen, die zusammen 57 % der überhaupt beteiligten Arbeiter umfassten, bildeten Lohnstreitigkeiten die Ursachen der Ausstände. 42 Streiks mit 6200 daran Beteiligten betrafen Streitigkeiten wegen Beschäftigung bestimmter Kategorien und Personen, und 35 Streiks mit 5500 daran beteiligten Arbeitern betrafen Differenzen über Arbeitseinrichtungen; 9300 Arbeiter legten die Arbeit nieder, weil sie mit Nichtunionisten nicht zusammen arbeiten wollten; um die Dauer der Arbeitszeit entstanden 14 Ausstände, die 6000 Arbeiter betrafen. 19,6 % der Ausstände mit 24 % der Beteiligten waren für letztere, 44,5 % mit 32,2 % der Beteiligten für die Unternehmer erfolgreich, 27,3 % der Fälle mit 32,5 % der Arbeiter wurden beigelegt, der Rest blieb unbekannt oder unbeglichen.

Mit dem Wiederzusammentritt des nunmehr neugewählten Unterhauses ist auch wieder die Frage der fortschrittlicheren Gestaltung des Gewerkschaftsrechtes in den Vordergrund der Erörterung getreten. Bildete sie doch bei den letzten Parlamentswahlen eine grosse Rolle, und verdankt ihr doch die Arbeiterpartei ihren grossen Wahlerfolg. Bereits in der Thronrede wurde denn auch eine Änderung der Gesetzgebung über die Gewerkvereine, namentlich in Bezug auf Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, angekündigt. Inzwischen ist auch der Bericht der königlichen Kommission erschienen, die eingesetzt war, um die Rechtslage der Gewerkvereine zu untersuchen und Vorschläge für eine neue gesetzliche Regelung zu machen. In dem Bericht werden die Gewerkvereine für gesetzliche Organisationen erklärt. Die Streiks, gleichviel, aus welchen Motiven — auch die Sympathiestreiks —, werden für gesetzlich erklärt; mit Strafen zu bedrohen sind nur Verbrechen und Kontraktbruch. Die Überredung zur Teilnahme am Streik ist mit Ausnahme der Verleitung zum Kontraktbruch nicht ungesetzlich. Die Gewerkvereine können die Fonds für die Unterstützungskassen von den übrigen Geldern der Gewerkschaft getrennt verwalten, wodurch sie auf jeden Fall unantastbar werden. Fer-

ner sollen die Zentralvorstände der Gewerkschaften die Möglichkeit erhalten, sich gegen nichtautorisierte Handlungen ihrer Agenten durch deren sofortige Desavouierung zu schützen. Weiter werden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen der Gewerkschaftsgesetze von 1871 und 1875 gemacht. Die Gewerkschaften hatten jede Mitwirkung an den Arbeiten der Kommission abgelehnt, demgemäß lehnt die Arbeiterpartei die vorbezeichneten Vorschläge rundweg ab und verlangt entsprechend ihrem Programm die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes, wie er vor dem *Taff-Vale*-Entscheid war: Die Fonds der Gewerkschaften sollen auch bei irgend welchen ungesetzlichen Handlungen einzelner Mitglieder unangetastet bleiben, und ferner soll das Streikpostenstehen durch Gesetz garantiert werden.

× **Kurze Chronik** Die *Buchbinderzeitung* hat eine Auflage von mehr als 20 000 Exemplaren, die *Gewerkschaft*, das Organ des Gemeindearbeiterverbandes, eine Auflage von 25 000 Exemplaren erreicht. × Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle der freien Gewerkschaften ist seit August vorigen Jahres von 490 auf 506 gestiegen. × Im Holzarbeiterverband und im Steinarbeiterverband wird für die diesjährigen Verbandstage die Einführung der Krankenunterstützung geplant. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Tabakarbeitergenossenschaft Die Genossenschaft macht weiter erfreuliche Fortschritte. Der Umsatz des Jahres 1905 erreicht die Höhe von 577 543 M., das ist 40 188 M. mehr, als im Vorjahre. Von diesem Gesamtumsatze entfallen auf den Verkehr mit den Konsumvereinen 58,4 %, gegen 56,4 % in 1904, auch ein erfreuliches Symptom. Sehr günstig ist das geschäftliche Resultat: Bruttoüberschuss 55 191 (43 822) M., Nettoüberschuss nach erfolgten Abschreibungen 51 919 (39 246) M. Davon sollen, wie im Vorjahre, 4 % Rückvergütung an die Konsumenten und 4 % Lohnzuschlag an die Arbeiter und Angestellten der Fabrik, 252 an der Zahl, verteilt werden, macht zusammen 28 884 M. Das übrige soll den verschiedenen Fonds zugeteilt werden, darunter 10 000 M. an einen neu zu begründenden Baufonds. Wie der Geschäftsbericht nämlich mitteilt, beabsichtigt die Verwaltung, in Hamburg und

Frankenberg eigene Fabriklokale zu errichten. Doch wird das erst zu riskieren sein, wenn die drohende Wolke der Tabaksteuer, die dem Unternehmen eine Mehrbelastung von zirka 40 000 M. jährlich bringen würde, glücklich vorübergezogen sein wird.

× **Landwirtschaftliche Eigenproduktion** Der schon lange bestehende Plan der schottischen C. W. S., in Kanada Land zum Zwecke der Vieh-, Obst- und Getreideproduktion zu erwerben, scheint nunmehr seiner Verwirklichung entgegen zu gehen. Die von der Gesellschaft gewählte Kommission ist nach eingehender Untersuchung aller Verhältnisse an Ort und Stelle jetzt mit dem Vorschlag hervorgetreten, in Winnipeg, das ziemlich im Zentrum Kanadas liegt, ein Terrain in Grösse von 100 000 Acres = 40 500 ha zu erwerben. Der dortige Boden eignet sich vor allem zum Weizenbau. So wird die Gesellschaft binnen kurzem in der Lage sein, einen grösseren Teil ihres sich auf 72 000 Bushels jährlich belaufenden Getreidebedarfs selbst zu produzieren und damit die interessante Frage, inwieweit Konsumentenorganisationen die landwirtschaftliche Eigenproduktion in die Hand nehmen können, ein Stück ihrer Lösung näher führen.

× **Kurze Chronik** Der Umsatz der G. E. G. im Jahre 1905 betrug 38 780 199 M. gegen 33 929 405 M. im Vorjahre, was einer Steigerung von 14,3 % entspricht. Dabei ist zu beachten, dass diesmal infolge des Vorgehens der *Spirituszentrale* der Umsatz in Spiritus, der im letzten Jahre 1½ Mill. M. betrug, fortgefallen ist. × Der 3. ordentliche Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* findet am 18. bis 20. Juni in Stettin statt. An ihn schliesst sich, wie stets, die Generalversammlung der G. E. G. × Die Auflage der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* stieg im Jahre 1905 von 6400 auf 6800, während das *Frasengenossenschaftsblatt* seine Auflage von 146 000 auf 156 000 Exemplare vermehrte. × An den letzten englischen Parliamentswahlen, die der Arbeiterpartei so unerwartete Erfolge gebracht, und die die Liberalen gegen die Tories gestärkt haben, haben sich auch die Konsumgenossenschaften aktiv beteiligt, indem sie solchen Kandidaten ihre Unterstützung gewährten, die sich auf gewisse genossen-

schafts- und volksfreundliche Minimalforderungen verpflichteten. Von der auf dem letzten Genossenschaftskongress beschlossenen Aufstellung eigener Kandidaten wurde vernünftigerweise zunächst noch abgesehen. X Auf einem in Carcassonne (Südfrankreich) abgehaltenen Konsumvereinskongress wurde die Gründung eines regionalen Genossenschaftsbundes beschlossen, der zugleich als Grosseinkaufsgesellschaft fungieren soll. Also noch eine! X Eine führende Stellung im Kampf gegen das schweizerische Lebensmittelgesetz nimmt der *Schweizerische Konsumverein* ein. Bei dem grossen öffentlichen Einfluss, den in der Schweiz die Konsumvereine ausüben, wird es ihrer Agitation vielleicht gelingen, das Gesetz beim Referendum zu Fall zu bringen.

GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Unterricht und Die Schule unterrichtet, aber sie erzieht nicht. In Erziehung

Deutschland erzieht sie heute weniger, als in anderen Ländern. Diese Tatsache kommt wohl direkt nicht so sehr von dem politischen Missbrauch her, den die Reaktion mit der Schule, insbesondere mit der Volksschule, treibt, als vielmehr auf die Rechnung des bürokratischen Geistes und ist hinlänglich in der rein pädagogisch rückständigen *Methodik* des Unterrichts auf Volks- und Mittelschulen begründet, bei der unsere Bürokratie stehen bleibt. Gegen dieses Chinesentum wird von seiten der bürgerlichen Intelligenz zu jeder Zeit ein reichliches Quantum Tinte vergossen. Es fehlt dort nicht an kenntnisreichen und begeisterungsfähigen Gelehrten, Schulmännern und Schriftstellern, die lebhaft für eine zeitgemässe methodische Reform eintreten. Das Mühen dieser Männer um das Wohl der heranwachsenden Generation ist eine der sympathischsten Erscheinungsformen jenes guten Willens zum Fortschritt, der, von nichtsozialistischem Denken geleitet, notwendigerweise mit all seinen Fähigkeiten und Kenntnissen doch immer in eine Sackgasse gerät, um dort vor der Mauer zu stehen, die es zu durchbrechen gilt, wenn nicht der Gang umsonst gewesen sein soll. In klassischer Weise kommt das in einer grösseren, pädagogisch sehr bemerkenswerten Abhandlung *Über Unterricht und Erziehung vom sozialhygienischen und sozialanthropologischen Standpunkt* zur Geltung, die der bekannte Hygieniker Professor Ferdinand Hueppe in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* veröffentlicht hat.

Hueppe weist nachdrücklich und unter Zuhilfenahme seines allerdings im Monarchismus ruhenden Patriotismus auf die Schäden hin, welche das bestehende pädagogische System dem Geist und Körper der Jugend zufügt. Die falsche, abstrakte Unterrichtsmethode »drillt für Klassenziele und Abgangsprüfungen«, »vermittelt nur Wortwissen« und nimmt »unter allen Sinnen fast einzig das Gehör« in Anspruch. Indem sie »gegen den Grundsatz jeder Erziehung *Nicht stören, sondern entwickeln!*« vom ersten Tage an sündigt« und »den Spiritus der Kinder denaturiert«, treibt sie das ganze Volk in »rassenfremde Anschauungen [!?!]«. Die Lern- und Sitzschule misshandelt ausserdem den Körper, wodurch allein schon frische und gesunde Geistesentwicklung, die nur im gesunden Körper vor sich gehen kann, unmöglich gemacht wird. Auf die überaus anregenden, durch die Beherrschung des anatomisch-anthropologischen Materials gestützten Ausführungen Hueppes über den Ausbau der Gymnastik können wir hier leider nicht eingehen; es sei nur erwähnt, dass er gelegentlich darlegt, wie sogar das Turnen in den deutschen Schulen zu einem Unterrichtsfach nach der Schablone, zu einer Gedächtnisübung ohne körperausbildenden Wert, wird. Seine Forderung einer *konkreten* Unterrichtsmethode, die nicht zu totem Wissen unterrichtet, sondern zu lebendigem Können erzieht, spricht sich präzise in dem Satz aus: »Was im Intellekt zur Entwicklung kommen soll, bedarf der Auslösung durch die Sinnesorgane«, wobei Hueppe in Einklang mit der phylo- und ontogenetischen Gehirnausbildung die Reihenfolge *Hand, Auge, Ohr* formuliert. Sogar die Augen müssen »entwicklungsgeschichtlich sehen gelernt haben«, ehe der abstrakte Unterricht einsetzt, der nach solch konkreter Vorbereitung allerdings unschädlich ist und fruchtbar sein kann. Sporadisch und mangelhaft haben sich diese Gedanken schon bis zur Praxis durchgekämpft. Hueppe freut sich der Entstehung der Reformschule, die den Unterricht dem Fassungsvermögen des Kindes entsprechend viel besser konkret aufbaut und dem Schüler die Möglichkeit gibt, auch vor Schulabschluss aus den mittleren Klassen mit einer bis dahin einheitlichen Bildung ins Leben überzutreten. Auch das wachsende Verständnis der Volksschullehrer weiss Hueppe zu schätzen;

und obwohl er die politische Vergewaltigung und die pädagogische Rückständigkeit der Volksschule keineswegs übersieht, meint er, sie stehe, was die Methodik des Unterrichts anlangt, immerhin relativ sehr viel höher, als die Mittelschule alter Observanz. Dieses kann zugegeben werden. Aber, weil nun die Menschen mit den angeblich so *rassenfremden* Anschauungen, zum grössten Teil gerade aus der Volksschule hervorgehen, so hat doch wohl nicht die abstrakte Methode des Schulunterrichts den Siegeszug dieser Anschauungen verschuldet. Sollte das nicht die Schule des Lebens getan haben, die sogar im bürokratischen Preussen konkret ist? Hueppes pädagogischer Gedankengang gelangt schliesslich ganz folgerichtig zum **Arbeitsunterricht**. »Jeder rationale Unterricht muss mit der Ausbildung der Hand als Sinneswerkzeug einsetzen«. »Dem Kinde liegt das Können näher, als das Wissen«. »Die Bedeutung edler Vorbilder, die Bedeutung der Persönlichkeit des Lehrers für die Charakterbildung . . . stehen weit zurück gegen die Bildung des Charakters durch die Arbeit . . . Die Schule muss deshalb zum Wissen durch die Arbeit gelangen, Arbeit und Wissen lehren.« Aber da ist die Sackgasse! Was für ein Erziehungsmittel ist denn heutzutage die Arbeit? Hat der Mensch ihre Ehre, Schönheit und Nützlichkeit nicht längst erschlagen? Muss sich eine Erziehung durch Arbeit heute nicht sehr hüten, die mörderische Arbeitswirklichkeit den Schülern auch nur ahnungsweise aufgehen zu lassen? Wo deshalb die Arbeitserziehung nicht als ein Hinweis auf die kommende sozialistische Gesellschaft, die der Arbeit ihren natürlichen Wert wiedergibt, erfasst wird, da bleibt sie eine Potemkinsche Täuschung, deren pädagogischer Wert sehr fraglich ist. Erwartet doch selbst Hueppe von der Erziehung durch — und zur — Arbeit unter anderm, »dass sie dem minder Bemittelten das Gefühl zweckloser Arbeit für andre nimmt«. Das mag gut gemeint sein, aber jedenfalls ist es doch sehr praktisch-bürgerlich. Mit solch schönen Reden schliesst Hueppe, bei der Arbeitserziehung angelangt, seine Betrachtungen, was aber nur in der Natur der Dinge liegt. Ein sozialistischer Pädagoge wird hingegen — das liegt auch in der Natur der Dinge — gerade auf den für die Erziehung idealen Gedanken der Arbeitserziehung seine Betrachtungen ruhig

und fest aufbauen, so wie es denn auch unser Parteigenosse Otto Rühle in seiner ausgezeichneten Studie *Arbeit und Erziehung* /München, Birk/ tut. Rühle weist ebenfalls auf das Empörende der bestehenden Unterrichtsmethode hin, auf den »Formalismus«, das »Papageientum« und die »totale Unfruchtbarkeit der Schularbeit«. Nur, dass es ihm in erster Linie um die Volksschule zu tun ist, die er ja aus eigener Erfahrung kennt. Auch er eifert gegen das Sitzen wegen seiner traurigen Folgen für die Gesundheit, wobei er aber nicht zu betonen versäumt, dass an den schlechtgenährten Kindern des Volkes, »deren ganzer Organismus nach Sonne, Luft, Bewegung, Kräftigung förmlich schreit«, die Schule die doppelte Sünde begeht, Wirkungen schlechter gesundheitlicher Verhältnisse zu gravieren, welchen entgegenzuwirken gerade sie berufen ist. Ohne den Wert der Anschauung für den Unterricht zu verkennen, lässt uns Rühle keinen Augenblick im Zweifel, dass sie als Fundament des Wissens doch nur den halben Fortschritt bedeutet. Nicht Anschauung, sondern Bearbeitung gibt wahre und bleibende Kenntnis der Dinge, und den Arbeitsunterricht fordert die Natur des Kindes, welches, wie einst Fröbel sagte, von Anfang an als schöpferisches Wesen betrachtet werden muss. Unter diesen Umständen aber ist es ganz selbstverständlich, dass ein Pädagoge, dem es Ernst ist mit dem Arbeitsunterricht, die geschichtlichen Formen des Arbeitsprozesses auf ihren Erziehungswert untersucht, und das Resultat dieser Untersuchung kann nichts anderes sein, als die Hoffnung auf die noch kommende Form. Denn »der modernen Lohnarbeit fehlen alle ethischen und erzieherischen Momente«, und erst »wenn die Arbeit das geworden ist, was sie sein soll . . ., der Inbegriff der natürlichen Bestimmung des Menschen und der schönste Ausdruck menschlicher Würde, erst dann wird sie wirklich geeignet sein, ihre erzieherische Mission zu erfüllen«. Die Arbeitsschule ist deshalb die Schule der sozialistischen Zukunft, und die Gegenwart kann nur dem Künftigen vorarbeiten. Dieses ist die wertvolle zentrale Idee der Rühleschen Studie. Ihr Inhalt ist damit noch lange nicht erschöpft, denn sie gibt, und zwar in ihrem grössten Teil, eine sehr umfassende Übersicht eben dieser Vorarbeit auf dem Gebiete der Arbeitsschule, wie die Pfadfinder der

Vergangenheit und Gegenwart sie leisten und leisten. Hierbei verweilt Rühle des einzelnen bei den Kindergärten, dem Unterricht im Freien, dem Schulgarten, den Schülerwerkstätten, der Knabenhandarbeit und den Landerziehungsheimen. Die Resultate dieser Bestrebungen sind noch dürftig, höchstens die Landerziehungsheime (Abbotsholme, Haubinda) können als beachtenswerte Vorstufe künftiger Entwicklung gelten. Wir haben mit Genuss den theoretischen und den historischen Teil der Rühleschen Arbeit gelesen, denn es ist von grossem Interesse, zu sehen, wie aus dem Innern eines sich jetzt durchsetzenden Ideals der Pädagogik die Forderungen des Sozialismus hervorgehen.

Nach alledem ist es nur eine Art natürlichen Selbstschutzes, wenn die Bureaukratie des kapitalistischen Polizeistaates heute jedem noch so rein methodischen Fortschritt des Schulunterrichts kühl gegenübersteht. Um so wichtiger wird deshalb die Frage der häuslichen Erziehung, und auch da wird viel und schwer gesündigt. Auch auf diesem Gebiet fehlt es aber nicht an erfreulichen Äusserungen in Wort und Schrift von den verschiedensten Seiten, die zur Einkehr rufen. Für Arbeiterkreise bestimmt, aber für andere ebenso zutreffend ist die Broschüre des Genossen Julian Borchardt *Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. Möchten recht viele Väter und Mütter sich diese sehr billige Veröffentlichung zu Gemüt führen! Sie wird in jedem Haushalt Gutes wirken. Auf wissenschaftlicher Grundlage stehend, verbreitet sie ein helles Licht über die sittlichen Gebote des Familienlebens und über das, wovon ja leider die meisten Eltern so wenig oder nichts wissen: über die Natur des Kindes, ohne deren Kenntnis jede Erziehung nichts als eine Kette von Fehlern und Missgriffen sein kann. Die Borchardtsche Schrift stellt Anforderungen an die Eltern und nennt Übel, die in der Arbeiterklasse, wie im Bürgertum zu finden sind, beim rechten Namen. Das erhöht ihren Wert und ist ein Grund mehr für jeden Arbeiter, dem es um den Aufstieg seiner Klasse zu tun ist, das kleine Heftchen zur Hand zu nehmen.

×
Kunsterziehung Neben dem ethischen Moment tritt heute in der Erziehungsbewegung sehr stark das ästhetische, künstlerische her-

vor. Des sittlichen Wertes des Schönen und dessen, dass die Kunst eine der vorzüglichsten Erziehungskräfte ist, war man sich wohl nie so bewusst, wie heute. In ihrem Ziele findet sich die Kunsterziehung mit dem konkreten Unterricht und mit der Arbeitserziehung zusammen, denn auch die ästhetische Kritik der Lehrmethode führt von dem bisherigen starren Dogmengeist hinweg und dem Leben entgegen. Manche glückliche Anregung zu einer künstlerischen Umgestaltung des Schulunterrichts und der häuslichen Erziehung gibt Karl Röttger in der Schrift *Das Leben, die Kunst, das Kind* /Bremen, Schünemann/. Seine Worte sind von tiefem pädagogischem Verstehen und Empfinden erfüllt. In ihnen ist viel Liebe und wenig Methode, wodurch das kleine Buch zu einer grossen Aufmunterung wird.

Einen publizistischen Mittelpunkt der Bestrebungen der Kunsterziehung hat mit der Monatsschrift *Kind und Kunst* der Verlag von Alexander Koch in Darmstadt geschaffen. Sie erfreut sich in ihrem stets bemerkenswerten theoretischen Teil der Mitarbeit erster Kräfte, und im praktischen, der sogenannten *Kinderwelt*, bringt sie die Erziehungsmittel selbst: Kinderlieder, Erzählungen, Märchen und vorzügliche Abbildungen von Spielen und Tänzchen, von schönem Spielzeug, Kleidern, Bildern, Möbeln etc. Die Ausstattung der Zeitschrift, Papier, Buchschmuck etc. sind vom Besten.

Die Mittel privater Kunsterziehung sind oft sehr teuer, was ein Sozialist bedauern muss. Er wird aber, wenn er nicht sehr oberflächlich denkt, trotzdem auch solchen Erziehungsmitteln, die bis jetzt im allgemeinen nur bürgerlichen Kreisen zu gute kommen, ein freudiges Interesse entgegenbringen, und wenn er kann, wird er sogar bei ihrer Verbesserung und Anwendung mithelfen. Denn ihm, der den Fortschritt des hohen sozialistischen Gedankens und seinen Sieg mit geistigen Waffen ersehnt, kann es nicht gleichgültig sein, ob und wie weit auf eine heranwachsende Generation von Gegnern edle Erziehungsmittel zur Anwendung gebracht werden. Im übrigen darf nicht vergessen werden, dass die stetige Vervollkommnung der Technik den künstlerischen Geist auch in das Haus des Arbeiters führt. Anders ausgedrückt: es gibt schon einige schöne Dinge, die ein Arbeiter gelegentlich sich anschaffen kann. Hierzu gehören zum Beispiel die bekannten von Teubner in Leipzig her-

ausgebrachten Künstlersteinzeichnungen, dieser prächtige Wandschmuck, dessen Schönheit nicht nur auf Kinder zu wirken bestimmt ist. Schon im Jahre 1901, als die ersten dieser wirklich wertvollen Buntdrucke erschienen, wurden sie in der Arbeiterpresse beifällig aufgenommen. Das von altersher anerkannteste und am meisten angewandte Kunsterziehungsmittel ist das Märchen, und die gute Jugendlektüre. Der auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendliteratur so rührige Verlag von Schafstein & Co. in Cöln hat zu Weihnachten neben seinen sonstigen Leistungen eine Reihe *Volksbücher für die Jugend* in praktischer und schöner Ausstattung herausgegeben, was wir besonders anerkennen wollen, weil zu dem billigen Preis, der bei der Mehrzahl der Bände 1 M. beträgt, etwas Gediengenes und zugleich das Auge Erfreudendes geboten wird. Von den Titeln seien genannt: *Deutsche Volksmärchen* (nach Musäus), *Die schönsten Märchen aus 1001 Nacht*, *Till Eulenspiegel*, *Rübezahl*, *Die Schildbürger*, *Münchhausen*, *Don Quijote* u. s. w. Die Auswahl und Bearbeitung der einzelnen Werke durch Wilh. Spohr, Guido Höller, H. Schafstein und andere ist zu loben.

× **Kurze Chronik** Am 5. November, dem Tag der Wiener Wahlrechtsdemonstration, wurde das neue Wiener Volksheim eröffnet. Die Berichte schildern es als einen wahren Volkspalast. Es besteht aus zwei mit einander verbundenen Gebäuden. Das eine enthält Bibliothek und Lesehalle des *Volksbildungsvereins*, alkoholfreie Wirtschaft, chemisches Laboratorium, physikalisches, naturwissenschaftliches Kabinett, Hörsäle u. s. w., das zweite Gebäude enthält den Festsaal für 500 Menschen. An der Eröffnungsfeier nahmen die offiziellen Vertreter aller Kreise der Gesellschaft teil, darunter für die Gewerkschaftsorganisation Smitka, für die sozialdemokratische Lokalorganisation Sever. Beide wiesen in ihren Ansprachen auf den Kampf der Arbeiterschaft um Freiheit und Wissen hin, und der Obmann des Vereins *Freie Schule*, Freiherr von Hock, erwiderte, richtig sei, dass die Zukunft der Arbeiterschaft gehöre, er aber sage: »Sie gehört der ganzen Menschheit, weil dann die ganze Menschheit Arbeiterschaft sein wird.« Ein gutes Wort, dem die Versammlung lebhaft zustimmte. × Neue Lesehallen wurden auch eröffnet in Dan-

zig und in Halle; in beiden liegen Blätter aller Parteien auf. × In der *Königsberger Volkszeitung* regte Julian Borchardt zur Gründung einer Arbeiteruniversität in Berlin an. Sie soll Agitatoren, sowie solche Genossen ausbilden, die ihrerseits, gewissermassen als Lehrer, den eigentlichen Agitatoren und den Massen theoretische Bildung zu bringen vermögen. Auch der theoretischen Vorbildung unserer Journalisten soll das Institut nutzen. Im *Vorwärts* wurde der Anregung entgegengehalten, dass so ziemlich ein jeder der jetzt »grauhaarigen Genossen« auch ohne eine solche Universität, ja sogar ohne die *Arbeiterbildungsschule* die namhafte Literatur der sozialistischen Theorie, meistens selbst die schwierigsten Werke von Marx, kenne und durchstudiert habe.

× **Literatur** Eine neue sozialpädagogische Monatsschrift *Kultur der Familie* gibt Heinrich Pudor heraus. Sie soll »die wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und künstlerischen Interessen der Familie« vertreten. Das wäre an sich ein wünschenswertes und willkommenes Beginnen, denn im modernen Deutschland kann der Familiensinn Vertiefung und Festigung schon brauchen. Man darf aber nicht, was Pudor leider tut, das Familienleben als »massgebend und grundlegend auf allen Gebieten« durchsetzen wollen und auch nicht einfach von dem Satze ausgehen: »Die Kraft eines Staates und Volkes wurzelt in der Familie.« Dem Stand des Familiensinnes kann im Auf- und Niedergang der Völker mitunter wohl eine symptomatische Bedeutung, aber durchaus nicht die des Ausgangspunktes, zugewiesen werden. Der Hinweis auf das alte Rom, die orientalischen Reiche und Spanien ändert daran nichts. Und nun gar der Einfall: »Deutschland ist grösser geworden, als Frankreich, weil es einen tieferen Familiensinn und demzufolge [!] einen reicheren Kindersegen und folglich auch mehr Soldaten hatte!« Nach solchen theoretischen Irrtümern zum Eingang möchten wir praktisch von der neuen Monatsschrift nicht allzu viel erwarten. Das Heft kostet 75 Pf. FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Wahlrecht *Her mit dem Frauenstimmrecht!* Allerorten und in allen Parteilagern der Frauen ist das heute das Feldgeschrei.

Gleich den Männern haben auch die sozialdemokratischen Frauen sich an den Wahlrechtsdemonstrationen des 21. Januar beteiligt, und im Reichstag wurde über einen Antrag der Fraktion verhandelt, der »das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, allen über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts« zugesprochen wissen wollte. Bei dieser Gelegenheit mussten die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen den Schmerz erfahren, dass ein Vertreter der liberalen Parteien den sozialdemokratischen Antrag nur darum als unannehmbar für seine Partei bezeichnete, weil er das Wahlrecht auch für die Frauen und für alle Personen zwischen 20 und 25 Jahren fordert. Finnland will seinen Frauen, als erster Staat in Europa, das politische Wahlrecht verleihen; ob etwas daraus wird, steht noch dahin, wie bei allen Dingen, die mit Russland zusammenhängen. In Italien hat die allerdings aus Sozialisten bestehende Wahlkommission von Mantua dem Antrag des Fräuleins Beatrice Sacchi um Eintrag in die städtische Wählerliste mit der Begründung stattgegeben, dass weder Verfassung, noch Wahlgesetz die Ausschliessung der Frau vom Wahlrecht ausdrücklich formulieren.

In Dresden ist unter dem Vorsitz von Marie Stritt ein *Verein für Frauenstimmrecht* gegründet worden.

×
Koedukation In Degerloch bei Stuttgart wird eine Reformschule mit Realschullehrplan eröffnet, die Knaben und Mädchen aufnimmt. In Köln dagegen hat eine Resolution des *Vereins katholischer Lehrerinnen* sich gegen die Zulassung der Mädchen zu höheren Knabenschulen ausgesprochen. Das sind die selben Kreise, die, ob katholisch oder protestantisch, für die Konfessionsschule Stimmung machen! Sehr hübsch passt dazu die Mitteilung, dass den *Kalvarienberger Ursulinen* vom Ministerium gestattet worden ist, in Aachen 4jährige Gymnasialkurse für katholische Mädchen einzurichten.

×
Arbeiterinnenverhältnisse Sehr zur rechten Zeit erscheint ein Buch von Dr. Robert Wilbrandt *Arbeiterinnenschutz und Heimarbeit* /Jena, Gustav Fischer/, das vom völlig unvorurteilvollen Standpunkt des Wissenschaftlers aus und gestützt auf die persönlichen Eindrücke und Erfahrungen von

Wanderungen durch verschiedene Heimarbeitsgebiete all das bestätigt, was der Heimarbeiterschutzkongress von 1904 und die neuerliche Ausstellung enthüllt haben. Es ist überflüssig, hier noch einmal und immer wieder das Bild des dort ersichteten Elends aufzurollen, wenn auch Familienwochenlöhne (Mutter, erwachsene Tochter, mehrere Kinder), wie Wilbrandt sie in Deutsch Einsiedel mit 4 M. für 150 Schock Tierprofile ermittelte, selbst dort, in dieser Massenausstellung von Hungerlöhnen, zu den Seltenheiten gehören dürften. Weit wertvoller ist der Nachweis, dass das auf seine Sozialreform so stolze Deutsche Reich auf dem Gebiet der Heimarbeitsbekämpfung weit weniger getan hat, als Amerika oder Victoria, jene englische Kolonie in Australien, die sich einer durchgeführten Schutzgesetzgebung auch für die Heimarbeit erfreut. Von grosser Wichtigkeit ist auch die Aussage eines Grosskonfektionärs, aus der hervorgeht, dass Deutschland in der grossen Masse des Konfektionsexports konkurrenzlos dastehe und daher eine durch Lohnaufbesserung verursachte Preiserhöhung wohl ertragen könne. Auch Wilbrandt kommt zu der Forderung, die Heimarbeit tunlichst einzuschränken und in einzelnen Industrien (Tabak) völlig zu verbieten. Wo sie bleibt, soll sie mit Kautelen umgeben, und insbesondere sollen ausreichende allgemein respektive örtlich verbindliche Lohnsätze aufgestellt werden. Der Schrift ist die weiteste Verbreitung zu wünschen. Sehr beachtenswert ist auch der in ihr enthaltene Beitrag Dora Landés über die Hausindustrie in den Vereinigten Staaten und ihre gesetzliche Einschränkung. Aus den Baumwollspinnereien von South Carolina entwirft uns Virginia Wehle im *Neuen Frauenleben* ein erschütterndes Bild. Driiben, wie hüben das gleiche Elend, hüben, wie drüben das gleiche Leid, wie es beispielsweise wieder einmal die *Gleichheit* an Löhnen aus der fränkischen Wäschekonfektion dartut, wo bei atemraubender, nervenzerrüttender Arbeit pro Woche bestenfalls 5 bis 5,60 M. verdient werden. Ein traurig Stück Frauenfrage, das uns potenziert in der Berliner Heimarbeitsausstellung entgegnet. Ein Stück Frauenfrage, das erst dann endgültig gelöst werden kann, wenn neben den angestrebten Minimallöhnen und Schutzmassnahmen das freie Vereins- und Versammlungsrecht erreicht sein wird.

×

×

Kurze Chronik An der Berliner Universität waren im Wintersemester 1905-1906 666

Frauen als Hospitantinnen zugelassen, in ganz Deutschland 1769; ausserdem gab es 139 an den 6 süddeutschen Universitäten regelrecht immatrikulierte Studentinnen. Von den in Berlin gezählten waren 483 Deutsche und 104 Russinnen. Ganz unverhältnismässig hoch ist der Anteil der Jüdinnen mit 191 bei 420 protestantischen und 26 römisch-katholischen Studierenden. × Das Grabdenkmal Louise Michels wurde am 9. Januar enthüllt; es stellt sie dar in ärmlichem Gewand, den linken Arm liebevoll um ein Proletarierkind geschlungen. × Der Kanton Zürich hat in seinem Etat für 1906 für die Besoldung des ersten weiblichen Gewerbeinspektors in der Schweiz 2400 fr. ausgeworfen. × In den Vorstand der Ortskrankenkasse Cassel wurden 3 Frauen gewählt, und eine Frau wurde als beamtete Kontrollleurin angestellt. × Eine Reform des höheren Mädchenschulwesens in Preussen, die Gründung von sogenannten *Lyzeen und Oberlyzeen*, wurde von einer von den Behörden einberufenen Versammlung in wohlwollender und aussichtsreicher Weise beraten. × Die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* hat ein *Merkblatt für Frauen und Mädchen* herausgegeben, das die Gefahren des ausserrechtlichen Geschlechtsverkehrs und die Notwendigkeit frühzeitiger und gründlicher Behandlung bei erworbener Erkrankung in kurzer und einwandfreier Fassung kennzeichnet. Es verdient weiteste Verbreitung. × Gut gemeint, aber in der krausen Ausdrucksweise dessen, bei dem Gefühl und Eifer und Überschwang das klare und folgerichtige Denken ersetzen, ist der *Aufruf zur guten Tat*, in dem der österreichische Rechtsanwalt, Dr. Josef Schell, die Erhöhung des Schutzes minderjähriger Mädchen und im allgemeinen mehr Gerechtigkeit für die Frauen verlangt.

× **Literatur** Eine Sammlung feinsinniger und geistvoller Essays, Form und Inhalt auf gleicher Höhe, ist das Buch Rosa Mayraders *Zur Kritik der Weiblichkeit* /Jena, Diederichs/. Es spiegelt sich darin die Eigenart einer reichen Persönlichkeit, die ein Mensch ist, das heisst also mehr, als Mann oder Weib. Man mag manche Anregung und ästhetischen

Genuss aus dem Buche gewinnen. Von besonderem Reiz ist die Schlussabhandlung über *Perspektiven der Individualität*, die die grosse Synthese des männlichen und weiblichen Prinzips als das siebringende Entwicklungsmoment proklamiert. × *Die sexuelle Frage* von Professor A. Forel /München, Reinhardt/ ist ein unentbehrliches Werk für jeden, der sich von all den Zusammenhängen und Ausstrahlungen dieser allumfassenden Frage unterrichten will. Man wird es mit um so grösserem Gewinn studieren, als hinter all diesen Darlegungen, wo und über was auch immer sie einsetzen, ein ganzer Mensch steht, eine durchaus selbstständig denkende und fühlende Persönlichkeit, deren hervorstechendste Eigenschaften Wahrheitsmut und Herzenswärme sind. Von besonderer Bedeutung für die Frauen sind die Kapitel 13 ff. bis zum Schluss. In eine Einzelbesprechung einzutreten, geht an dieser Stelle nicht an. Jeder muss ein Urteil selbst zu gewinnen suchen; das Werk muss zum Rüstzeug eines jeden Pädagogen, Sozialpolitikers und jedes ehrlichen Vorkämpfers der Frauensache werden. × Ein Erziehungsbuch im besten Sinne ist *Kinderkultur* von der bekannten Amerikanerin Charlotte Perkins Gilman /Berlin, Deutscher Kulturverlag/. Liebenswürdig, frisch und anschaulich geschrieben, bringt es wertvolle Beiträge zu einer Reihe von Erziehungsfragen, insbesondere durchaus selbständige und eigenartige, dem Fühlen wirklicher Erzieher entgegenkommende Auseinandersetzungen über die Grundlagen aller Erziehung, über Elternpflicht und Kindesrecht, die Vorzüge von Kinderheimen auch für Babies und kleinere Kinder und ähnliches mehr. Alle Mütter, und solche die es werden wollen, mögen die Schrift lesen. Sie werden viel Freude und auch viel Nutzen davon haben. × In einer Broschüre *Die Arbeiterin und die Arbeitskammern* /Leipzig, Dietrich/ erörtert Clara Linzen-Ernst die verschiedenen Formen der Arbeiterinteressenvertretung und ihre Aufgaben. Sie spricht sich für paritätische Arbeitskammern aus. Man wird die offenbar sehr begabte Verfasserin gern hören, wenn man ihr auch nicht zustimmen braucht. × Mit der Arbeiterinnenfrage beschäftigt sich Elisabeth Gnau ck-Kühne in einer Schrift *Warum organisieren wir die Arbeiterinnen?* /Hamm, Breer & Thiemann/. Auf eine ausserordentlich geschickte, traulich anmutende und auf die Ge-

winnung denkungewohnter Massen berechnete Art wird hier die gewerkschaftliche Organisation auf christkatholischer Grundlage und hervorwachsend aus den kirchlichen Schutzvereinen gepredigt und empfohlen. Alle Register des Denkens und Fühlens werden gezogen, auf ein paar Unklarheiten und Unwahrscheinlichkeiten zur grösseren Ehre der Kirche kommt es dabei nicht an. Alles in allem ein erneuter Beweis dafür, wie gut der Ultramontanismus seine Leute zu ziehen weiss, und wie sehr es ihm um die Gewinnung der Frauen, aller Frauen und von allen Seiten her zu tun ist. Er weiss seine Maschen zu knüpfen. × In einem kleinen, sehr klaren und massvollen Schriftchen *Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage* /Leipzig, Dietrich/ kommt Dr. Elisabeth Gottheiner zu einer Reihe allgemach von allen Frauenorganisationen übernommener Forderungen in Bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. Sie verlangt Verbot der Nacharbeit, den Zehn- respektive Neunstundentag, Mutterschaftsversicherung, Fürsorge für Witwen und Waisen, Wahlrecht zu den Gewerbe-gerichten und Arbeitskammern etc. Sie bespricht die Notwendigkeit, aber auch zugleich die Schwierigkeit der Organisation der gewerblichen Arbeiterinnen und redet der Gründung von Arbeiterinnenheimen, wie auch dem obligatorischen Fortbildungsschulunterricht das Wort. × Mit der *Lage der Landarbeiterinnen* beschäftigt sich Marie Wegner /ebenda/. In eindringlicher Eintönigkeit verzeichnet sie viele bekannte und von sozialistischer Seite immer wieder betonte Tatsachen. Das grosse Verdienst der kleinen Schrift ist aber, dass das alte Klagelied nunmehr von einer einsichtigen Frau der bürgerlichen Schichten angestimmt wird. Da erstet die Landflucht als notwendiges Ergebnis der miserablen Löhne, der in der famosen Gesindeordnung zusammengefassten Schutz- und Rechtlosigkeit, des Mangels an Fürsorge etc. Und es handelt sich hier um 1 613 000 weibliche Erwerbstätige im Hauptberuf und um 4 Millionen mittätige Angehörige. Man kann der Verfasserin nur beistimmen und muss ihre Forderungen als Minimalsätze bezeichnen. Möchte die Schrift die verdiente Verbreitung finden! × *Die geschlechtliche Belehrung der Kinder* fordert Maria Lischnewska in einer ausserordentlich beherzigenswerten Schrift /Frankfurt a. M., Sauerländer/. Sie weist nach, dass diese For-

derung sowohl mit den Anschauungen und Aussprüchen hervorragender Pädagogen, als auch mit den Erfordernissen des heutigen Lebens übereinstimme. Die Belege, die sie beibringt, die von ihr mitgeteilten fürchterlichen Erfahrungen aus ihrer eigenen Schulpraxis müssen auch dem Stumpfsten oder selbst Feindseligsten die Augen öffnen für die Berechtigung und Notwendigkeit des von ihr angestrebten Aufklärungsunterricht in der Schule. Ihre Vorschläge, die im Zusammenhang gelesen werden müssen, sind in jedem Sinne einwandfrei, praktisch und leicht durchführbar. An den Lehrenden wäre es, sie in die Praxis umzusetzen. × *Die soziale Frage über die Freiheit der Ehe* behandelt Otto Caspari /ebenda/. Die Behandlung solcher Fragen setzt vor allen Dingen kritisches Vermögen und völlige Klarheit des Denkens voraus. Der Mangel dieser Eigenschaften schadet selbst den Teilen der Schrift, die, wie die Forderung erleichterter Ehescheidung und das Kriterium der Ehe als einer „Gemeinschaft von reifer“ Geschlechts-personen, die sich verpflichten, beiderseitig ihre erzeugten Kinder anzuerkennen und für deren Erziehung Sorge zu tragen, den Keim einer gesunden Entwicklung in sich tragen und im Sinne einer Ehereform begrüssenswert sind.

HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Psychologie Die 2. Auflage von Theodor Lipps' *Psychologischen Studien* /Leipzig, Dürr/ ist eine so weitgehende Umarbeitung der 1885 erschienenen 1. Auflage, dass sie, wie der Verfasser sagt, eine ganz neue Arbeit ist und nur aus Pietätsgründen als 2. Auflage des selben Werkes bezeichnet wird. Das Werk des berühmten Psychologen und Dozenten enthält Betrachtungen über den *Raum der Gesichtswahrnehmung* über das *Wesen der musikalischen Konsonanz und Dissonanz* und als dritten ganz neu hinzugekommenen Teil eine Abhandlung *Das psychische Relativitätsgesetz und das Webersche Gesetz*. Die Arbeit ist ihrer Methode nach naturwissenschaftlich psychologisch, nach Art von Wundts physiologischer Psychologie, nicht bloss eine Analyse des Bewusstseins. Das ist natürlich kein Tadel. Die von Lipps gestellten Probleme lassen sich gar nicht anders behandeln. Die Behandlungsart ist, soweit Referent sich ein Urteil über dies Spezial-

gebiet anmassen darf, überaus klar und überzeugend, nicht leicht, aber erfreulich zu lesen.

X
Ethik Nach Dr. Robert Michels (*Patriotismus und Ethik* /Leipzig, Dietrich/) kann Patriotismus nicht erklärt werden durch den Ort der Geburt und Erziehung, denn dies gibt Lokal-, nicht Landespatriotismus; nicht durch die Rasse, denn sie läuft durcheinander; nicht durch den Erwerb, denn der geht über die staatlichen Grenzen hinaus; nicht durch die Interessengemeinschaft in den staatlichen Grenzen, denn bei den oberen, wie bei den unteren Klassen sind die Beziehungen zu gleichen Klassen im Ausland stärker, als zu den Klassen unter einander in den Staatsgrenzen; endlich nicht durch den Staat als solchen (die Rechtsgemeinschaft), denn der ist für die meisten nur Zwangsgemeinschaft. All dieser Patriotismus ist also »Hirngespinnst, im besten Falle ein verirrter Idealismus«. Nur der *Kulturpatriotismus* hat heute Bedeutung. Dagegen möchten wir nur fragen, ob denn dieser sich auf Landesgrenzen beschränken lässt. Im übrigen vermissen wir im Vortrage die historische Erklärung, die allerdings ergeben würde, dass die staatliche Rechtsgemeinschaft und Schutzgemeinschaft das Gemeinschaftsband ist, das sogar manchen Despotismus leichter ertragen liess, mit der liberalen Ära aber eigentlich erst den Begriff *Vaterland* schuf. Dass dies heute wieder, wie Michels zum guten Teil zutreffend schildert, seinen Gemeinschaftscharakter immer mehr verliert, ist richtig. Aber soviel ich weiss, ist es gerade die Sozialdemokratie, welche diese Rechtsgemeinschaft heute betont, gerade sie aufrecht erhalten wissen will und verteidigt, wo sie vom Kapital- und Grundherrentum zunehmend zersetzt und zerfetzt wird. Kautsky zum Beispiel nennt ausdrücklich den nationalen Staat als Grundlage auch der sozialistischen Weiterbildung. Dadurch, dass Michels diese Faktoren doch nicht genug würdigt, erhält seine Auseinandersetzung einen etwas anarchistischen Anstrich, gewiss unbeabsichtigterweise.

Halb zur Weltanschauung, halb zur Ethik gehört ein für *besinnliche Leute* lesenswertes Buch *Walden* von Henry D. Thoreau, übersetzt und mit einer biographischen Einleitung versehen von Wilhelm Nobbe /Jena, Diederichs/. Es ist das Werk eines ein-

siedlerischen Naturbeobachters und barfussgängerischen Naturschwärmers, dem sein Heim am Waldensee in Massachusetts der Ozean, der Ozean selbst nur ein Waldensee war. Der vielgewandte Schriftsteller, Handwerker und Bleistiftfabrikant war ein Freund Emersons und des für die Sklavenbefreiung in den Tod gegangenen John Brown, den er mutig verteidigte, als alle sich von dem *Revolutionär* abwandten. Selbst ein feuriger Abolitionist — für uns Heutige freilich oftmals auch seltsam rückständig in seinem Hass gegen die Eisenbahn und dergleichen — war er eine warme, reiche Seele. Ein paar Proben können ihn besser, als alle Beschreibung, zeigen: »Bekleide eine Vogelscheuche mit deinem neuesten Anzug und stelle dich nackt neben sie — wer würde nicht zuerst die Vogelscheuche grüssen? . . . Selbst in unseren demokratischen Städten Neuglands bedingt der zufällige Besitz von Vermögen, der sich in der Kleidung und der Einrichtung kund gibt, eine fast unbegrenzte Hochachtung. Aber die Menschen, die solche Hochachtung zollen, sind, so gross ihre Zahl auch ist, nichts weiter als Götzendiener, denen man einen Missionär schicken sollte.« Und über den im Gefängnis dem Tode entgegensehenden Brown sprach er: »Einen Mann, wie ihn, der aus dem kostbarsten Material geschaffen und gesandt wurde, um die zu befreien, die in Fesseln schmachten, wird die Sonne vielleicht nie wieder in diesem herrlichen Lande bescheinen. Und ihr könnt ihn nur dazu gebrauchen, ihn am Ende eines Strickes aufzuhängen! Ehrert euch selbst und lernt ihn begreifen! Eurer Achtung bedarf er wahrlich nicht!« Charles Pruvot fasst sein Schriftchen *Le secret du bonheur* /Paris, Bibliothèque Coopérative/ in den Satz zusammen: »Das Glück ist enge verbunden mit vollbewusstem und moralischem Leben. Es hängt weder von der sozialen Lage des Individuums, noch von der äusseren Welt ab, es steckt im Menschen selbst.« Schon die logische Vermischung der beiden Fragen, wovon das Glück abhängt, und wo es ganz selbstverständlich steckt, zeigt, wes Geistes Kind wir vor uns haben. Zu Franklins oder zu Thoreaus Zeiten durfte man so schreiben. Heute macht es lächeln.

X
Religion Der Züricher Pfarrer Hermann Kutter gibt in seinem neuen Buche *Gerechtigkeit* /Berlin, Walther/, einer

Besprechung der ersten 8 Kapitel des *Römerbriefes* im Sinne höherer sozialer Gerechtigkeit, eine Fortsetzung des bekannten Büchleins *Sie müssen!*, worin er vom streng christlichen Standpunkte seinen Amtsgenossen ins Gewissen geredet und bewiesen hatte, dass sie die soziale Bewegung, trotz des atheistischen Bekenntnisses vieler Sozialdemokraten, doch als im Kern und Wesen christlich anerkennen müssten. Auch in diesem neuen Buche nennt er den Kapitalismus den »Tod der kleinen Leute«, bezeichnet die Ringe als »vom Staat geduldete Mördergruben«; er sagt geradezu: »Gott gibt den Glauben, wem er will. Heute gibt er ihn den Sozialdemokraten«. Die Sprache, die Kutter spricht, ist ja freilich für moderne Menschen, die nicht Theologen sind, nicht so leicht verständlich. Und die historischen Zusammenhänge sind dem Verfasser selbst nicht ganz klar. Aber seine reine, ehrliche Gesinnung verdient höchste Anerkennung, und es wäre nur zu wünschen, dass seine Worte in den Kreisen der nicht mammonistischen und herrendienersich gesinnten Pastoren ein lebhaftes Echo fänden. Freilich, das ist auch nur — ein frommer Wunsch.

×
Lebensanschauung — Das ziemlich umfangreiche, von Wilhelm Schwane herausgegebene und mit einer Biographie des Verfassers versehene Buch des philosophischen Schuhmachers Julius Staub *Ein Edelmensch in schlichtem Gewande*, 2. Auflage /Leipzig, Weber/ bringt Briefe Staus an einige Gelehrte, mit denen er über verschiedene naturwissenschaftliche und naturphilosophische Probleme korrespondierte. an seine von ihm vergeblich geliebte Base und an andere mehr. Von den an ihn gerichteten Briefen sind besonders die von Carneri, dem Verfasser von *Sittlichkeit und Darwinismus*, bemerkenswert. Verschiedene Briefe, in denen er seine Erlebnisse als reisender Arbeiter diesseits und jenseits des Ozeans schildert, sind sehr interessant. Für seine soziale Auffassung sei folgender Satz angeführt: »Moses, der damalige Bismarck, liess die Rotte Korah, die damaligen Sozialisten, von der Erde verschlingen, als sie ihm unbequem ward. Unsere Rotte Korah ist erst im Werden begriffen. Die Natur braucht sie, um zu einem höheren Kulturaufschwunge auszuholen.« Er sympathisiert mit ihr, meint aber, er sei »das fünfte Rad am Wagen

dieser Bewegung«, weil er öffentlicher Bewegung, vor allem unfriedlicher, von Natur abgeneigt sei.

Das aus dem Englischen übersetzte Buch H. G. Wells' *Ausblicke auf die Folgen des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts für Leben und Denken der Menschen /Minden*, Bruns/ enthält eine Reihe zum Teil gescheiter, zum Teil aber recht spleeniger Aufsätze des kenntnisreichen Engländers. Die ersten Aufsätze, wo er die technische Entwicklung unserer Verkehrsmittel, unserer Grossstädte und dergleichen schildert, sind recht interessant zu lesen, zuweilen auch durch niedliche Einfälle belustigend. In den letzten dagegen, wo er die sozialen, religiösen und ethischen Fragen behandelt, wird er in der Sache, wie in der Darstellung recht ledern. Er hofft, dass ein Mittelstand von Technikern, Ärzten etc. sich als herrschende Zwischenschicht zwischen den »faulen Aktionären« und dem »Abgrund« emporheben und »die neue Republik« begründen würde. Für Malthus, einen freien Gottesglauben und eine freiere Moralanschauung ist er begeistert. Den Juden will er gehen lassen, seine Wucherei ist meist »nur soziales Strassenkehren«. Aber die Schwärme schwarzer und brauner, schmutzig weisser und gelber Menschen, die nicht auf die neuen Lebensbedingungen eingehen — müssen gehen. »Denn die Welt ist kein Wohltätigkeitsinstitut, sie hat ein höheres Ziel, als das Glück«; sie soll »Gottes Absicht dienen«. Was die freilich sein mag? Eine Unsterblichkeit lehnt er ja so ziemlich ab. Sie ist »die Zukunft unserer Rasse«; für sie werden die Leute der neuen Republik »leben und sterben«.

×
Kurze Chronik Am 11. Januar ist unter dem Ehrenvorsitz Ernst Haeckels ein *Deutscher Monistenbund* gegründet worden, dessen Vorsitzender Pastor Albert Kalthoff in Bremen ist. Auf Grund der Thesen, die Ernst Haeckel seinerzeit in Rom auf dem Freidenkernkongress aufgestellt hat, sind Leitsätze entworfen worden, welche 1. den »Dualismus« als »kulturhemmend« verurteilen, 2. die »Natur« für einheitlich und einer strengen Gesetzmässigkeit folgend erklären und 3. auf Grund dieser Kenntnis »ein neues Ideal« durch »Anwendung der erkannten Naturgesetze auf die Gestaltung des Einzel- und Gesellschaftslebens« aufbauen will. Bei aller Sympa-

the mit der dem Zwangsglauben feindlichen Tendenz des Bundes können wir doch das Bedenken nicht unterdrücken, dass sich auch hier wieder ein gewisser Dogmatismus einschleicht, indem statt der wissenschaftlichen Methode, schon ein — gleichviel, ob richtiges oder irriges — wissenschaftliches Ergebnis (die Einheit der Natur) an die Spitze gestellt ist. Noch mehr aber müssen wir beanstanden, dass auf Grund der Naturerkenntnis ein ethisch-soziales Ideal konstruiert werden soll. Wenigstens das, was man gemeinhin *Naturwissenschaft* nennt, reicht doch dazu nicht aus. Da müsste mindestens unsere geistige und gesellschaftliche Natur, die ihre besonderen Wissenschaftsmethoden verlangen, besonders aufgeführt sein. Eine Ethik, die sich nur etwa entwickelungsgeschichtlich biologisch begründen will, ist von vornherein unmöglich. Tatsächlich befinden sich unter den Anhängern des *Monistenbundes* ebensowohl solche Leute, die unseren sozialen Grundanschauungen nahe stehen, als auch solche, welche beispielsweise gegen das allgemeine Wahlrecht wettern, also einer ganz autoritären Weltanschauung huldigen. Wie können diese Leute zusammen unser »Staatsleben auf eine höhere Stufe der Freiheit und Ordnung der Gerechtigkeit und Fürsorge« erheben wollen, wenn der eine das genaue Gegenteil von dem erstrebt, was des anderen praktisches Ideal ist?

FRANZ STAUDINGER

KUNST

Dichtkunst

Hauptmann

»Die Dichter sind die Tränen der Geschichte.« In Gerhart Hauptmanns *Pro-*
methidenlos steht dieser Byronismus. Seitdem hat der Poet an dem Motiv sich oft entsonnen, dass ja im Grunde alle vom Schicksal geweinte Tränen sind, die ihr Herz klammern an ein Träumen, ein Ruhe oder Glück oder Schönheit erbetendes Verlangen. Gerhart Hauptmann ist darum ein Dichter des Tragischen, weil solche Menschen seinem Geist entwachsen. Er ist darum nur mit Vorbehalt ein Dichter von Tragödien im dramato-technischem Sinn, weil jeder brüchige Charakter, wenn er hinter der Rampe steht und schillern soll in seinen tausend Seelenschattierungen, gar zu bald sich verliert ins weite Gelände, darinnen nur der behagliche Leser, nie der ungeduldige Zuschauer Freude verspürt. André Gide,

der Franzose, hat das auch empfunden und gemeint, was schon Grillparzer sagte: Wenn eine Zeit nur müde Menschen gebar, dann soll der Tragiker solche Zeit verlassen und Epochen aufsuchen, da er *einsame Helden* (Hegels schöner Sammel-ausdruck) findet. Auch in der pythischen Glashüttenmär *Und Pippa tanzt!* /Berlin, S. Fischer/, liegt so viel goldige Stimmung, dass man sieht: der Sinnierender Dichter Gerhart Hauptmann ist reich. Das Theaterstück aber ist nur im ersten Akte tüchtig gezimmert. Poesie nun, die gekapselt ist in eine missratene Form, kann leicht müde machen, sogar gefässig dem Schöpfer. Gerhart Hauptmann ist kein Heuchler, sondern vermag nach dem ganzen Schlag seiner Persönlichkeit nur echtes Gefühl zu geben. Wie viel Innigkeit lebt im Dichter? Wie viel inniges Mitleben kann der Dichter in fremden Herzen wecken? So fragt der gerechte Kritikus. Die hastige Tageskritik, noch besser: die mit schläfrigem Geist verübte Nachkritik, die jedem spröden Wert gegenüber kurzzeitig sein muss, verschalt diesmal Hauptmann. Sie war ungerecht, ohne zu fragen.

Es geht ums Glück. Das Glück ist Pippa. Da Pippa ein fleischgewordenes Symbol ist, tut man wohl, nachzuschauen, in welche Regungen sie die versetzt, die sich von dem Glanz des Sinnbildes wollen besonnen lassen. Einmal kommen alle Bewerber Pippas zusammen beim lieben Gott, der aber ein mythisch Wesen sein möchte und als Major in der Welt gewesen war. Der Riese Huhn verkriecht sich hinter den Ofen. Ihn blendet das Glück. Der Direktor juhut und fährt auf sicheren Schneeschuhen in die Bergnacht. Ein Glück erlangt er nicht. Er geht, ein neues erjagen mit fröhlichem Mut. Der dritte, Hellriegel, der das Glück wie selbstverständlich an sich rafft, ist schon zu fadendünn und ausgezehrt vom Leid, als dass ihn nicht des Glückes Glut erstickt. So traurige Moral ist eben darum aus der Mär vernehmbar, weil man sich auf Erden, nicht im Himmel mit dem Glücke trifft; zwar tausend Meter über den anderen Menschen, doch tausendtausend Meter unterm Firmament. Huhn ist der Tappische, der Direktor der Weise, Hellriegel der Träumer. Während den Tappischen die Sehnsucht zu Tode schindet, sagt jemand: »Ich wusste ja gar nicht, dass der alte Huhn unter seinen Lumpen so weiss, wie ein Mädchen, ist.« Hauptmann will nämlich seit *Hannele* schon, dass alle Menschen, die Lumpen

ebenfalls, vor dem Glück gleich sein sollten. Für diesen Willen hat er wieder einmal einen wundervollen Satz geprägt, der ganze Komödien aufwiegt. Der liebe Hokuspokusvagabund, der Königbettler zettelt all die Trugträumereien vom siebenten Himmel auf. »Langeweile ist, wo Gott nicht ist.« Dabei pilgert er mit erloschenem Augenlicht zur Erde, selig vom Glück dalbernd. Er hat alle Helligkeit aufgeriegelt in sich, nachdem die draussen völlig umflort ward. Der liebe Gott — *ὁ ἀίγιος* sagt Hellas; der moderne Heide verinnerlicht den metaphysischen Herrscher, sperrt ihn in Zellen und tauft ihn *Instinkt*, auch *Willen* — gibt allen Glückshaschern recht und ertappt sich selber in einer leisen Unzufriedenheit, weil er Übergöttliches als ein ganz, ganz entlegenes Glück ahnt. So ist Gott, weil er bei Hauptmann ein noch sehr junger und deshalb sehr guter Gott ist, »als wenn Alter potenzierte Kraft, Schönheit und Jugend wären.«

»De ganze Welt iis a Spuk, nischt weiter! Aber einmal wird's vielleicht anderscher sein.« Dann nämlich ist der Spuk die Weltwahrheit geworden, und all die umgehenden Geister haben Atem und Leben. Dann ist auch Pippa, das Glück, nicht nur noch ein Duftgespinnst der Phantasie. Wie immer das Glück ist, so auch bei Hauptmann: flüchtig, tanzend, huschend, behängt mit aller Schönheit. Und ein Wehmütiges, das der Dichter entliehen hat von Deutschlands rührendster Mädchengestalt. Pippa hat das fröstelnde Mignonweh des südlichen Herzens, das zum Barbarenorden gestoben war. Die nun das Glück lieben, Männer von Nord, lieben südliche Morbidezzen in Pippa. Oft hat man's schon hören können, wie diese deutsche Nationalsehnsucht ins kühle, nüchterne Germanenblut den erhitzen, auch vergiftenden Tropfen geschüttet hat.

Es ist möglich, dass die Vorstellung eines Bildes grad den Dramatiker reizt, Bewegung ins starre Gemälde zu bringen. An schöne Bewegungen wird man in diesem Werk erinnert, hienach an schwüle Farben des seligen Meisters in Fiesole, weiter an jene zarte Märchenlinie, die von Schwind stammt, der Ludwig von Hofmann moderne Anmut gab: Höflichkeit, die sich beugt, Gradheit, die sich strafft, Ungeduld des Schmachtens, die den Menschen schleudert. Man kann rütteln und tadeln an der Dichtung, ihr Dichter ist noch immer der erste.

X

X

Hofmannsthal Vor allem steht er hoch über der unterhaltenden Spezialität Hugo von Hofmannsthal, der in seiner neuen Tragödie *Oedipus und die Sphinx* / Berlin, S. Fischer/ von frischem sein Ringen nach heroischer Grösse erwies, das aber mit unzureichenden Kräften in den Zenith der antiken Tragödie stürmt. Im Sophokleischen Spiel des geblendeten Oedipus ist bekanntlich des Königs tragischer Untergang eine mit eherner Unfehlbarkeit durchgeführte Enthüllung furchtbarer Greuel. Die Bewunderung der so sicher und folgerichtig entschleierte Geheimnisse im thebanischen Fürstenhaus veranlasste Schiller und Goethe in ihrem Briefwechsel, den Oedipus als vollendetsten Stoff eines Trauerspiels zu rühmen, da an dem Vorwurf jedes Motiv zur Handlung, keines zum körperlosen, überlegten Gedanken werden müsse. Was machte Hofmannsthal aus solchem Stoff? Eine opernartige Staatsaktion mit einigen Auftritten, die allerdings von starker Dramatik sind. Aber der gewaltige Mythos fordert mehr, als blühende Rhetorik. Die Sphinx, Teiresias, Kreon, sie sind bloss theatralische Dekoration, sie sind nicht Hebel des Geschehens. In der *Versuchung des heiligen Antonius* spricht die Sphinx zum Heiligen: »All, die das Verlangen nach Gott martert, ich habe sie verschlungen.« Was Oedipus Heldenhaftes mit dem Sturz der Sphinx vollführt, kein Wort ist davon bei Hofmannsthal. Kreon ist kein Grieche, auch kein modern gefühlter, sondern ein dekadenter Prahler, der sich Zwerge hält. Er gefällt sich im Tändeln mit einem Dolche, das sehr die Nerven packt, aber leicht zur ausgeklügelten Sensation entarten kann.

X **Vollmoeller** Ich darf, da der Raum mir fehlt, nicht verweilen und muss vorwärtsgehen zum

Deutschen Grafen des jungen Schwaben Karl Gustav Vollmoeller / Berlin, S. Fischer/. Er hat sich schon mit zwei Trauerspielen die Pubertät ausgesungen, und bestimmt kann man ihn mit diesen beiden Poesien zu den Stärksten zählen. Aber es scheint, dass sein sanfterer Neuling schnellen Kräfte nachlass oder augenblickliche Erschlaffung bedeutet. Graf Tott ist ein Narr aus Überzeugung und soll gross sein in seiner Narrheit. Er macht sich zum armen Mann, zum lächerlichen Mann. Zum toten Mann aus Freundschaft. Und diese Freundschaft ist seines Unterganges Sporn. Voll-

moeller ist eine vielversprechende Hoffnung.

× Familien- und Gesellschaftsstück Auf dem Gebiet des bürgerlichen Familienstücks verheißt der junge Wiener

Carl Schönherr nicht minder Gutes. Familie /Stuttgart, Cotta/ heisst sein Stück. Zwei Kinder opfern sich für ihre sündige Mutter, trauern um sie, rächen sie. Die Mutter ist rein; sie hat nur aus Liebe und einer sekundenlangen Wahnverblendung Ehebruch getrieben. Das ist ein Stoff, der leicht in süssliche Behandlung verführt. Schönherr geht der Sentimentalität nicht allerorten aus dem Weg und erinnert dann an böse Schrecken des Rührstücks. Doch wo er schon reifte, wirkt die Sprache kurz und tragisch, wickeln sich die Szenen rasch und an die Seele fassend ab.

Mit aller Gewöhnung des Menschen rechnen diese Dichter und beabsichtigen nicht, Reformer zu sein, sondern nur darstellende Künstler, das Leben spiegelnd in seiner Vertracktheit. Der Anarchist, der Götzenerstörer, der Apostel einer kommenden Generation Erich Mühsam schrieb die Komödie der Hochstapler /München, Piper/, damit klar wird, wie faul es in dieser alten Welt sei. Die Hochstapler sind lauter bis auf die Haut abgebrannte Kreaturen, aber herrliche Genies. Sie schaffen sich aus der Dummheit der alten, der vermoderten Welt Millionen, um im amerikanischen Wildwest ihr Traumland anzupflanzen. Das gelingt ihnen mit einer staunenswerten Fixigkeit. Sie legen die grissensten Bankiers rein, verführen die rassigsten Weiber, nasführen und prellen die hässlichsten Scharteken. Mit einem Wort, sie sind Prachtkerle von jener Art, die auf dem Monde wachsen soll. Ein Kasperletheater, doch in sozialer Absicht.

× Neuaugaben Es ist eine helle Freude, die Wilhelm-Ernst-Ausgaben deutscher Klassiker

vom Leipziger Insel-Verlag in die Hand zu nehmen. Von Schiller und Goethe war hier schon die Rede. Schopenhauer in Grisebachs bewährter Redaktion erscheint jetzt dort; Körner, ein rechtes Damenbüchlein; ein wundervolles Juwel: Eduard Mörikes Mozart auf der Reise nach Prag. Zwei berühmte Werke der französischen Literatur, des robusten Rabelais Gargantua /München, Langen/, des grossen Realisten Gustave Flaubert Versuchung des

heiligen Antonius /Minden, Bruns/ sind in sehr gelungenen Verdeutschungen erschienen; die Verleger haben sich dadurch ein literarisches Verdienst erworben.

× Kurze Chronik Die Tagebuchblätter Otto Erich Hartlebens hat F. Heitmüller als Fragment eines Lebens /München, Langen/ herausgegeben. Das Buch hat grosses psychologisches Interesse; und die Otto Erich gern hatten, werden Freude empfinden, wenn sie darin blättern. × Hübsch ausgestattete Unterhaltungsbüchlein bringt die Sammlung Sans-Gêne /Gr. Lichtenfelde, Langenscheidt/ auf den Markt, unter anderm Gisela von Paul Adam, Sündige Liebe von Enacryos. × Die Neue Rundschau quittiert bereits über eine Anzahl Beiträge, die auf den Kerrschen Aufruf zur Errichtung eines Heinedenkmal als eingegangen sind. MAX HOCHDOORF

Musik

Strauss' Salome Manche meinen, ein Gebäude, das der blosse konstruierende Verstand errichtet hat, stände dauernd fest; ein System der Philosophie, der Ästhetik sei unerschütterlich. Allein, es ist doch stets eine Abstraktion dessen, was die Zeit bis dahin hervorgebracht hat, und der selbe Verstand würde in einem andern Zeitalter auf ganz anderer Grundlage bauen. Man stelle sich vor, ein Lessing schriebe heute statt vor 150 Jahren über die Grenzen der Poesie und Malerei: welch anderes Gebäude würde entstehen; und wieder würde ein folgendes Zeitalter es vernichten, wie die Sturm- und Drangperiode und noch stärker die Romantik die Theorien des Laokoon und der Hamburgischen Dramaturgie erschüttert haben. Diese Andeutungen sind notwendig, um die verschiedenen Beurteilungen der Strausschen Salome zu verstehen.

Die einen ziehen um das, was die Musik bisher hervorgebracht hat, einen Kreis, die Grenze der Musik; sie finden, Strauss steht nicht innerhalb des Kreises, und lehnen ihn deshalb ab, so wie sie zuvor einen Reger, einen Hugo Wolf, einen Wagner, einen Beethoven abgelehnt haben: denn sie überschreiten die Grenze. Aber sie sagen es nicht nur, sie beweisen es auch. Man findet häufig genug, dass aus einer Strausschen Symphonie ein Thema herausgeschält und neben das

eines Klassikers gestellt wird. Freilich, aus einem solchen Vergleich liesse sich manches beweisen, wenn Strauss Symphonieen im klassischen Sinne geschrieben hätte. Er hat das aber so wenig getan, wie eine Oper im Wagnerschen oder Beethovenschen Sinne. Solche Beweise beruhen eben auf dem Vergleich von Unvergleichbarem. Für die anderen ist Strauss' *Salome* nicht eine Überschreitung, sondern eine Erweiterung der Grenzen der Musik. Geradeso, wie sich aus der bildenden Kunst die dekorative herausentwickelt hat, so gibt es schon lange eine *dekorative Musik*. Das ist die Strauss'sche Musik zur *Salome* mehr, als alle frühere Musik, sie möchte ähnlich zur Dichtung stehen, wie ein moderner Buchschmuck zum Buche. Strauss will ganz dem Dichter folgen. Und wie jener ganz Psychologe, ganz Stimmungskünstler ist, so wird der Musiker es auch. Man mag über den Wert der Dichtung streiten, das eine werden viele geneigt sein zuzugeben: dass dem Dichter die Darstellung des Psychologischen, das Krankhaft-Überreizte im Seelenleben, besonders im Geschlechtlichen, mit seltener Stärke gelungen ist. So auch beim Musiker. Man mag ihm erlauben wollen, was man für gut hält, die Stärke auf diesem Gebiete des *Unerlaubten* leugnen wenige. Er hat mit grosser Raffiniertheit in den Motiven, mehr noch in den Harmonieen, Rhythmen und den Farbenmischungen der Instrumente, eine Musik geschaffen, die an Sinnlichkeit in der Darstellung des orientalischen Fühlens hinter der Dichtung nicht zurücksteht.

Ein objektives Urteil über den Wert der Oper — das Angeführte betrifft mehr das Technische — ist unmöglich. Es ist in der Tat schwer, objektiv vor der *Salome* zu bleiben. Der eine wird verletzt, wird abgestossen, der andere geniesst, viele werden berauscht. Charakteristisch ist es: so viele über die *Salome* berichtet haben, so wenige urteilen; und die Urteile über die Oper weichen ebenso von einander ab, wie die über die Dichtung.

×
Programm-
musik

×
Ich muss noch einmal eine Frage der Ästhetik berühren. Wenn der Dichter eine

Vorstellung in uns erweckt, weshalb? Ist die Vorstellung an sich nicht nur Mittel zum Zweck, um auf das Gefühl und den Verstand des Lesers zu wirken, es anzuregen zum inneren, unbewussten Wei-

terschaffen? In Lenaus *Waldliedern* ist nicht die Vorstellung des Waldes, sondern die dadurch erweckte Stimmung das Ziel. Anders jene Programmatiker, die sich damit begnügen, irgend einen Begriff musikalisch darzustellen. Ich würde hierauf nicht eingehen, zumal ich in der vorigen Rundschau (pag. 112) dieses Gebiet bereits berührt habe, wenn unser Interesse nicht zwangsweise auf jene Kompositionen gelenkt würde. Delu nes bringt in seiner Symphonie nach Nietzsche nur Vorgänge zum Ausdruck, zum Beispiel das Hereinbrechen der Nacht, und erreicht es, in vielen Seiten so weit zu kommen, wie Nietzsche in wenigen Zeilen. Das Werk zeichnet sich weder durch Gedanken, noch durch Stimmung aus, wohl aber durch Fertigkeit im Technischen. Andere Kompositionen dieser Art, ebenso leer, füllen einen nicht geringen Teil der Konzerte.

×
Stern

×
Als op. 1 erschienen bei A. A. Noske in Middelburg 10 Lieder Georg

Sterns. Man glaubt, das Schaffen eines Komponisten zu fühlen, der in der Richtung vielleicht noch unentschlossen ist und mehr unbewusst dem folgt, was auf ihn einwirkt. Zuweilen gerät er dabei auch auf Gebiete, auf denen sein technisches Können noch versagt; so zum Beispiel bei Stefan George. Er fühlt mit dem Dichter stärker, als andere, aber es fehlt ihm noch die Raffiniertheit, sich mit jener Sicherheit auszusprechen, wie wir es bei den Modernen gewohnt sind. Darum gelangen ihm grosse oder gleichmässig grosse Würfe nur da, wo es mehr auf das musikalische Denken ankommt, als auf die Technik. Namentlich in Goethes *Grenzen der Menschheit* erkennt man, wie besonders stark die künstlerische Phantasie in ihm schafft, es sind Ansätze da, die an die Schubert'schen Goethekompositionen erinnern; die stärksten Stellen weisen darauf hin, dass wir es hier mit einer ungewöhnlichen Begabung zu tun haben. Sie erwecken in mir die Überzeugung, dass wir in Stern noch einen Symphoniker oder Sonatenkomponisten erwarten können; die grosse Form, die er mit grossem Gedanken auszufüllen im stande ist, scheint sein eigentliches Gebiet zu sein.

×
Kurze Chronik Reger fand mit seinem neuesten Werk *Gesang der Verklärten* in Aachen, O. Fried mit seiner *Verklärten Nacht* in

Berlin, Leo Blech mit seinem *Aschenbrödel* in Prag vielen Beifall. × Die *Komische Oper* brachte die für Berlin unbekanntes *Opern Der Corregidor* von Hugo Wolf und *Die Bohème* von Leoncavallo zur Aufführung. Die erste bietet dem Freund Wolfscher Lyrik vielen Genuss; die andere gehört zu jenen Werken, die man nicht scharf genug ablehnen kann wegen ihrer Trivialität. Noch milderer Art ist die Novität des Opernhauses *Der lange Kerl* von Woikowsky-Biedau. × Der 150. Geburtstag Mozarts wurde mit einer Unzahl von Mozartartikeln und -konzerten gefeiert, die eine bedenkliche Ähnlichkeit mit den Veranstaltungen zur Schillerfeier hatten; das heisst, der gute Wille, Mozart zu würdigen, scheint schon sein Ende gefunden zu haben. × Vom 9. bis zum 11. April tagt in Berlin der 3. musikalisch-pädagogische Kongress. × In Russland starb ein Führer der neueren russischen Musik, Arenskij. Wegen seines gediegenen Schaffens, weniger durch grosse Gedanken, hat er seit Jahren auch in Deutschland Eingang gefunden.

× **Literatur** ×
 An einen kleineren Kreis wende ich mich, um die Briefe des Peter Cornelius (*Literarische Werke*, I. und II. Band /Leipzig, Breitkopf & Härtel/) zu empfehlen. Wer jene gehaltvollen, zarten Romantiker und die oft noch zarteren und feineren Modernen, wie Jacobsen, liebt, den wird es hingezogen haben zu den wenigen Stillen, zu Mörike, Stifter, dem wird auch der Dichter wie Komponist Cornelius lieb sein. Es sind ja nicht viele, die wie dünne Fäden die Romantik mit der Modernen verbinden, darum aber werden wir mit ihnen um so leichter Freunde und haben das Verlangen, ihnen näher zu kommen. Aber nur, wer dafür Sinn hat und Zeit, zu hören, was Freund Cornelius von sich plaudert, wer mit ihm sprechen mag von Mütterchen, von Braut, von Schwester und Freunden, wer hineinschauen mag in die Alltäglichkeiten eines Junggesellenlebens, das er bis fünf Jahre vor seinem Tode geführt hat, der kann ihn geniessen; der wird auch Freude haben an den vielen rein lyrischen Stellen, aus denen keine problematische, aber eine echte Dichterseele spricht, wie aus Cornelius' lyrischen Gesängen. Dem wird es auch nicht zu viel sein, über das hinwegzulesen, was gut hätte fehlen dürfen, die vielen Wieder-

holungen, die Ärgereien über Verleger, Aufführungen u. s. w., die die beiden Bände so dick machen (1400 Seiten). Interessant ist es, wie ein solcher Mann seine Zeitgenossen angesehen hat; man erfährt vieles über Wagner, freilich nicht durch die Gläsernapsche Brille gesehen, vielleicht Wahres, aber wenig Schmeichelhaftes über seine Person. Den Freunden Cornelius' also empfehle ich dies Buch, und nur ihnen — oder sollte es möglich sein, dadurch zum Freunde zu werden? × Nicht ganz den gleichen Genuss verschafften mir die Memoiren Hector Berlioz' /ebenda/. Interessant geschriebene Feuilletons, hübsche Anekdoten aus seinem vielbewegten Leben, nicht vieles, aber, was einem die Persönlichkeit Berlioz' nahe bringen könnte. Die Urteile über meist zeitgenössische Komponisten waren für mich das Lesenswerteste. × Zum 150. Geburtstage Mozarts erschien die bewährte, gediegene Biographie von Jahm in neuer Auflage im selben Verlage. Über weitere Mozartwerke das nächste Mal. ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Sozialdemokratische Gemeindepolitik Wer auf einem Spezialgebiet erkennen will, welche Fülle von Sachkunde und Fleiss heute in unserer Bewegung am Werke ist, der möge die Schriftenammlung *Sozialdemokratische Gemeindepolitik* (herausgegeben unter der Leitung von Paul Hirsch) /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ vornehmen, nicht zum Blättern, sondern zum gründlichen Studium. Es ist eine notwendige Folge der weiteren und immer rascheren Ausbreitung und Machterweiterung der Partei, dass ihre Betätigung auf kommunalpolitischem Gebiete immer reger, ihr Einfluss hier immer grösser wird. Und es ist ein Zeichen für den tiefen Ernst und den werktätigen Idealismus, der sie beherrscht, dass darin gleichzeitig das Bestreben nach voller Beherrschung des ausserordentlich schwierigen Stoffes, der heute bereits eine ganze verwaltungswissenschaftliche Disziplin abgibt, sich aufs kräftigste durchsetzt. Wie die sozialistische Kommunalpolitik mit ihrem festen Untergrund der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Proletariatsmassen und ihrem klaren Ziel der sozialistischen Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft hoch über der landläufigen bürgerlichen Gemeindepolitik steht mit ihrem steten

Schwanken zwischen den Interessen des Kapitalismus, bürokratischer Routine und gelegentlichen philanthropischen und sozialen Anwendungen, so zeichnet sich auch unsere Literatur auf diesem Gebiet vor der der anderen Parteien durch klare und entschiedene Grundsätze aus, vor der wissenschaftlichen und verwaltungstechnischen durch ihren sozialen Charakter und ihren Zusammenhang mit den treibenden Kräften des wirklichen Volkslebens. Die Gemeindepolitik, bei der es sich um die nächstliegenden und zugleich wichtigsten Interessen handelt, ist ein Prüfstein für die Echtheit der sozialen Gesinnung, weshalb denn so manche *radikal-oppositionellen* bürgerlichen Politiker hier so überaus kläglich versagen. So ist es kein Zufall, dass die Sozialdemokratie, obgleich die ganze wissenschaftliche Behandlung dieses, wie jedes sozialen Gebietes bürgerlichen Ursprungs ist, hier die Führung übernommen hat. Lindemanns grosses Unternehmen ist auch ausserhalb der Partei als *standard work* anerkannt, und der *Kommunalen Praxis*, wie der kommunalpolitischen Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften* hat man anderwärts nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen.

Die vorliegende Sammlung, von der bisher 5 Hefte erschienen sind, reiht sich diesen Bestrebungen und Leistungen würdig an. Im 1. Heft behandeln Hirsch und Lindemann das kommunale Wahlrecht, das ja für die Zusammensetzung der Gemeindevertretung und damit den ganzen Charakter der Gemeindepolitik von entscheidender Bedeutung ist. Eine etwas eingehendere Beleuchtung dieses Zusammenhangs wäre von aufklärender Wirkung gewesen und hätte gleichzeitig das ganze Unternehmen programmatisch gekennzeichnet. Im übrigen wird eine kurze Übersicht der entscheidenden Tendenzen: der Entwicklung der Bürgergemeinde zur Einwohnergemeinde und des plutokratischen Charakters des Gemeindegewahlrechts, geboten, danach eine geschichtlich-juristische Darstellung der überall verwickelten, mitunter kaum zu übersehenden Rechtsverhältnisse — nur Elsass-Lothringen zeichnet sich durch grössere Einfachheit und relative Volkstümlichkeit hier aus — gegeben. Leider fehlen die kleinsten Staaten von Hessen abwärts. Deren Wahlrecht wäre nicht nur für die beteiligten Genossen, sondern auch vom allgemeinen Gesichtspunkte aus von Interesse. Der

trockene Stoff ist übersichtlich und verständlich behandelt. Das 2. Heft bringt eine Abhandlung Lindemanns über kommunale Arbeiterpolitik. Die Darstellung ist wohlgeordnet und von dem einheitlichen Gedanken des massgebenden Arbeiterinteresses beherrscht, mitunter freilich die Auffassung nicht ganz unanfechtbar. So erscheint mir die völlig wegwerfende Behandlung der Lieferanteninteressen in der Submissionsfrage weder vom Standpunkt des Gemeinde-, noch von dem des Arbeiterinteresses aus gerechtfertigt, ebenso die Gering-schätzung der paritätischen Arbeitsnachweise, die in der Gewerkschaftswelt ständig an Anhang gewinnen. Bei der Behandlung der Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen, wie der Verhältnisse der Gemeindegewahlten wäre mehr Material im Interesse der Agitation, wie der Aufklärung der Praktiker zu wünschen. Es mag sein, dass gerade die Fülle des von ihm beherrschten Stoffes Lindemann die Auswahl erschwert und ihn zu einer übergrossen Beschränkung genötigt hat, die den vielen, die über keine anderen Quellen verfügen, zu wenig bietet. Eine in jedem Betracht treffliche Leistung ist das 3. Heft *Kommunale Schulpolitik* von Max Quarc. Man muss die Unsunne des vorhandenen rechtlichen und tatsächlichen Materials, das in Frage stand, bedenken, um die Übersichtlichkeit und relative Vollständigkeit, die hier erreicht ist, zu würdigen. Und diesen Stoff hat Quarc mit grossem Geschick unter Beachtung der wichtigsten pädagogischen Gesichtspunkte mit wahrhaft warmem Herzen für die Kleinen und klarem Blick für die sozialen Zusammenhänge gemeistert. Gerne hätte ich hier neben den neueren Parteischriften etwas mehr Bezugnahme auf die alte und in der Fülle des Selbsterlebten, wie in der Kraft des Ausdrucks noch unerreichte Literatur der Diesterweg und Ed. Sack gefunden. Auf kaum einem anderen Gebiete der Sozialpolitik ist das wesentliche Zutreffende schon seit so langer Zeit und so vortrefflich gesagt, wie auf diesem, und dabei ist der Grossteil der dazumal vorgebrachten Klagen und Anklagen noch immer aktuell. Auch die Behandlung der Wohnungsfrage von Paul Hirsch im 4. Heft ist durchaus zu loben. Das reiche Material des umfassenden Gebietes ist in grosser Fülle zusammengetragen, die verschiedenen Missstände nach Ursprung und Tragweite, ebenso die

mannigfachen Reformbestrebungen und die Forderungen der Partei sind in umfassendem Masse dargestellt und meist zutreffend beleuchtet. Nebenbei: woher kommt die auf Seite 35 gegebene Sterblichkeitszahl von 163,5 ‰ in einzimmerigen Wohnungen, die durch die ganze Literatur läuft und nach der täglichen Erfahrung, wie nach dem Durchschnittsergebnis der selben Statistik unbedingt falsch ist? Im übrigen ist die Schrift, deren Gegenstand wohl der allerdringlichste Notstand ist, zu eindringendem Studium sehr zu empfehlen. Das Gebiet der Steuern und Gebühren, die Lindemann im 5. Heft bespricht, ist sehr umfassend und mit den verschiedensten sozialpolitischen Fragen eng zusammenhängend. Der Verfasser behandelt es in übersichtlicher und zumeist zutreffender Weise; namentlich die grundsätzliche Darlegung des besonderen Wesens der Gemeindesteuern ist klar und lehrreich. Von den direkten Steuern, wie vom Oktroi hätte man auch hier gern mehr gehört.

So führt die Sammlung sich in anerkanntenswerter Weise ein. Auch dort, wo man abweichender Meinung ist, wird man die Auffassung der Verfasser als wohlüberlegt und ihre Behandlung als gediegen anerkennen müssen. Weitere Hefte sollen behandeln: Armen- und Waisenpflege, öffentliche Gesundheitspflege, städtische Selbstverwaltung und Bildungswesen. Hoffentlich werden auch die wichtigsten technischen Gebiete Berücksichtigung finden. Möchte die dankenswerte Sammlung von jedem ernststrebenden Genossen nach Gebühr gewürdigt werden! Die Früchte werden nicht ausbleiben.

X · X
Gradnauer: Das Vor etwa zwei Jahren ver-
Blend des Straf- öffentlichten die Berliner
vollzugs

Zeit am Montag und der
Vorwärts eine Anzahl Aktenstücke, die eine Reihe grauenhafter Fälle aus der preussischen Strafrechtspraxis beleuchteten. Wie üblich, war die Antwort der Verwaltung eine Beleidigungsklage, die jedoch auf Grund einer Ehrenerklärung der angeklagten Redakteure für die klagenden Ärzte und Verwaltungsbeamten mit der Zurücknahme des Strafantrags und demzufolge mit der Einstellung des Verfahrens endete. Da den genannten Organen die Absicht, irgend jemand persönlich zu beleidigen, ferngelegen hatte, konnten sie diesen Abschluss wohl gelten lassen. War doch alles Wesentliche,

was sie behauptet, und um dessentwillen sie sich der Strafjustiz ausgesetzt hatten, bewiesen. Die Fälle Grosse, Sklarow etc. werden für die Erkenntnis unserer kriminalistischen Zustände unverloren bleiben.

An diese Verhandlungen und Feststellungen knüpft die im Verlag der *Vorwärts*buchhandlung erschienene Schrift Georg Gradnauers an, und sie berührt dabei über das enge Gebiet des Strafvollzugs hinaus den ganzen Zusammenhang des Verbrechen und die Mittel zu seiner Bekämpfung. Sie kennzeichnet an der Hand der Tatsachen den »Chauvinismus der Zeit«: das Bewusstsein, wie wir's so herrlich weit gebracht in der Humanität gegen den Sträfling, als eine Lüge, die beruht auf der Verkenning der sozialen Zusammenhänge der Kriminalität und des Klassencharakters unseres Strafrechts und gestützt wird durch das scholastische Erbstück vom *freien Willen*. Gradnauer weist einfach und ohne Übertreibung auf die wirklichen Ursachen hin und kennzeichnet den Rechtsbruch als das Ergebnis sozialer Missstände und ungenügender Widerstandskraft gegen sie. Sehr lehrreich und übersichtlich ist der kurze Abriss der Geschichte des Strafvollzugs. An seinem Ende finden wir den fast völligen Stillstand, der, allen Vertröstungen zum Trotz, die Zustände im Deutschen Reich auf diesem Gebiete kennzeichnet. Die Abschnitte über den *Strafvollzug der Rache*, die Erfolglosigkeit des Strafvollzugs, die Disziplinarstrafen, Krankheit und Krankenfürsorge und namentlich, an der Hand des Materials vom Plötzensee-prozess, über Geisteskranke und geistig Minderwertige im Strafvollzug bieten eine Menge Tatsachen und zahlreiche gute Beobachtungen und kritische Bemerkungen. Etwas mehr Kritik sollte freilich auch der amtlichen Kriminalstatistik entgegengebracht werden. Wenn dort von 1882 bis 1901 ein Wachstum der Rückfälligkeit von 259 auf 100 000 strafmündige Personen bis auf 528, also über das Doppelte (relativ!), der ömal oder noch öfter Vorbestraften gar von 23 auf 95, also über das Vierfache *festgestellt* wird, so müsste jeder Sachkundige einer derart ungeheuerlichen Vermehrung des Gewohnheitsverbrechertums auf dem Papier, für die in der wirklichen sozialen Entwickeiung durchaus kein genügender Anhalt gegeben ist, skeptisch gegenüberstehen. Und sie erklärt sich auch ungezwungen, wenn man

berücksichtigt, dass diese Statistik eben erst 1882 eingeführt worden ist, mithin die aktenmässigen Unterlagen dafür anfangs unzulänglich und weitere statistische Materialien nicht vorhanden waren, wodurch eine ganz unvollständige Feststellung der Vorstrafen in dieser Anfangszeit verständlich wird. Es ist meines Erachtens ganz ausgeschlossen, dass im Jahre 1882 nur 26 % aller Verurteilten vorbestraft gewesen seien; man war eben damals grossenteils auf die Angaben der Delinquenten selbst angewiesen, die natürlich nicht nach Vollständigkeit geizten. Muss sonach ein gut Stück von der zahlenmässigen Zunahme der Rückfälligkeit abgerechnet werden, so bleibt doch noch genug übrig, um die Behauptung von der Erfolglosigkeit des heutigen Strafvollzugs als erwiesen gelten zu lassen. Besonders grell wird durch diese Erfolglosigkeit der Strafmittel die Grausamkeit beleuchtet, die sich namentlich in der Anwendung von Disziplinar-mitteln, vornehmlich Kotschmälerung, einsamer Einsperrung und selbst noch Prügelstrafe, kundgibt. Geheimrat Baer, der Chefarzt von Plötzensee, hat selbst festgestellt, dass die Strafe des verschärften Arrests, das heisst die Entziehung aller warmen Nahrung mit Unterbrechung der *guten Tage* und gleichzeitiger Entziehung des Bettlagers bei einer längeren Dauer niemals ohne ersten Eingriff in den Gesundheitszustand des Gefangenen bleibt; bleibend und nicht reparierbar, wenn er sich häufig wiederholt. »Der Mensch, welcher auf längere Zeit auf Brotnahrung allein angewiesen ist, ist tatsächlich dem langsamen Verhungern ausgesetzt. Die Hungerstrafen von längerer Dauer sind hart und grausam, weil sie, ohne das Leben unmittelbar zu bedrohen, doch die Körperkräfte erschöpfen und eine Gemütsstimmung erzeugen, die zu Verzweiflung, Wahnsinn und Selbstmord führt.« Wie diese Quälerei, die in noch raffinierterer Form im Dunkelarrest wiederkehrt, die geistige Gesundheit ruiniert und das Leben verkürzt, wird in einer Reihe von Zitaten aus der Fachliteratur dargelegt und durch die zu Eingang erwähnten Fälle von Plötzensee erhärtet. Man denke an den Augenkranken, der wegen mangelhafter Leistungen in 1½ Jahren über 200 Tage im Dunkelarrest verbracht hat, bis sein Leiden konstatiert wurde! Ganz entsetzlich wird diese mittelalterlich grausame Strafanwendung, wenn sie an *Simulan-*

ten geübt wird, die sich, wie der arme Sklärów, hinterher als Geisteskranke erweisen und natürlich durch die erlittenen Qualen vollends erschöpft werden oder gar zu Tode kommen. Kurz, man muss alle diese Greuel kennen lernen, um die Krokodilstränen der Oertel und Konsorten über die übertriebene Milde des Strafvollzugs recht zu würdigen und die Verstocktheit der Bureaucratie zu beklagen, die sich von ihrem *wohlerworbenen* Rechte der Menschenpeinigung kein Pünktchen abziehen lassen will.

An Stelle dieser vielfach grausamen und meist nutzlosen Strafmittel schlägt Gradnauer eine Reihe anderer vor, die, im wesentlichen bereits vorher von sozialistischer oder kriminalreformerischer Seite empfohlen, sich durch grössere Menschlichkeit auszeichnen, zugleich aber auch durch besseres Verständnis für die psychologischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge besseren Erfolg verheissen. Nicht Niederdrückung, sondern Festigung und Heilung des Geschwächten, Anpassung an die Bedingungen des Lebens in der Freiheit, für das der Gefangene heute durch die ganze Einrichtung der Strafanstalt geradezu untauglich gemacht wird, sind seine Ziele, denen er mit einer Reihe wohldurchdachter Vorschläge zustrebt. Ich kann ihm nicht überall beistimmen. So ist die unbestimmte Strafzumessung in gewissen Fällen — allerdings auch unter der Voraussetzung eines ganz anderen Beamtenmaterials und ganz anderer sozialer Auffassungen und Ziele, als heute massgebend sind — wohl zu empfehlen. Und die Verpflichtung des Täters zum Schadenersatz als Haupt- oder alleinige Strafe würde in manchen Fällen — man denke an Brandstiftung! — lebenslängliche Schuldknechtschaft bedeuten, lässt sich also nur als allgemeines Prinzip anerkennen; ebenso die Zahlung des allgemein üblichen Lohnes an Gefangene, der in der Praxis der Gefängnisarbeit auch mannigfache Schwierigkeiten im Wege stehen. Diese Ausstellungen vermindern nicht den Wert der Schrift, die ja wohl nicht abschliessend und erschöpfend sein will, und deren Verdienst es geworden ist, zu vielfältigen Betrachtungen anzuregen. Die Frage der Strafrechtspflege wird noch lange eine im schlimmsten Sinne des Wortes brennende bleiben. So treffliche Agitationsschriften, wie die vorliegende, werden zur Aufklärung und in letzter Linie zur Abhilfe ihr Teil beitragen.

SIMON KATZENSTEIN